
A
ARCHITEKTUR
DER DDR
1'76
Preis 5,— Mark

Die Zeitschrift „Architektur der DDR"
erscheint monatlich
Heftpreis 5,– M, Bezugspreis vierteljährlich 15,– M

Bestellungen nehmen entgegen:
Заказы на журнал принимаются:
Subscriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner à la revue:

In der Deutschen Demokratischen Republik:
Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Im Ausland:
Für Buchhandlungen:
Buchexport, Volkseigener Außenhandelsbetrieb der Deutschen Demokratischen Republik
DDR, 701 Leipzig
Leninstraße 16

Für Endbezieher:
Internationale Buchhandlungen in den jeweiligen Ländern bzw. Zentralantiquariat der DDR
DDR, 701 Leipzig
Talstraße 29

Allen Lesern
und Autoren
wünscht
die Redaktion
ein glückliches
neues Jahr,
Gesundheit und
erfolgreiches Schaffen

Redaktion
Zeitschrift „Architektur der DDR"
VEB Verlag für Bauwesen
108 Berlin,
Französische Straße 13–14
Telefon: 204 12 67 · 204 12 68
Lizenznummer: 1145 des Presseamtes
beim Vorsitzenden des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik

Verlag
VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Französische Straße 13–14
Verlagsleiter: Georg Waterstradt
Telefon: 204 10
Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin
Fernschreiber-Nr. 011 441 Techkammer Berlin
(Bauwesenverlag)

Gesamtherstellung:
Druckerei Märkische Volksstimme, 15 Potsdam
Friedrich-Engels-Straße 24 (I/16/01)
Printed in GDR
P 3/1/76 bis P 3/5/76

Anzeigen
Alleinige Anzeigenannahme: DEWAG-Werbung Berlin
1054 Berlin, Hauptstadt der DDR
Wilhelm-Pieck-Str. 49, Fernruf: 2 26 27 12
und alle DEWAG-Betriebe und -Zweigstellen der Bezirke der DDR
Gültige Preisliste Nr. 3
Archit. DDR, Berlin **25** (1976)
Januar, 1, S. 1–64

Im nächsten Heft:

Krankenhaus in Schwedt
Klinikum Kröllwitz
Pathologisches Institut in Hoyerswerda
Feierabendheime
Altenwohnungen

Redaktionsschluß:

Kunstdruckteil: 4. November 1975
Illusdruckteil: 11. November 1975

Titelbild:

Blick auf den Freibereich eines neuen Wohnkomplexes
Foto: Bauinformation/Baum

Fotonachweis:

Bauinformation/Hartmetz (1); Bauinformation/Wolter (2); Bauinformation/Baum (2); Bauinformation/Skoyan (1); Wolfgang Timme, Eisenhüttenstadt (1); Büro für Stadtplanung Rostock (1); Büro des Bezirksarchitekten Gera/Mann (4); Werner Ziegler, Halle (1); Gerhard Clages, Hoyerswerda (1); Hanns Höhns, Erfurt (1); Fotoatelier Goethe, Cottbus (10); Peter Biernath, Hoyerswerda (3); Klaus Stopper, Riesa (4); Friedrich Weimer, Erfurt (8); PGH Fotostudio Leipzig (1); Wolfgang Geisler, Halle (2); Hochschule für industrielle Formgestaltung/Harnisch (4); Amt für industrielle Formgestaltung Berlin (3); Kurt Mihatsch, Berlin (5); Gottfried Dittmann, Berlin (2); Büro für Städtebau, Berlin/Bildstelle (1); Sommerfeld-Ziebarth, Berlin (2); Rochus Schrammek, Dresden (4); Monika Uelze, Berlin (1)

ARCHITEKTUR DER DDR

1'76

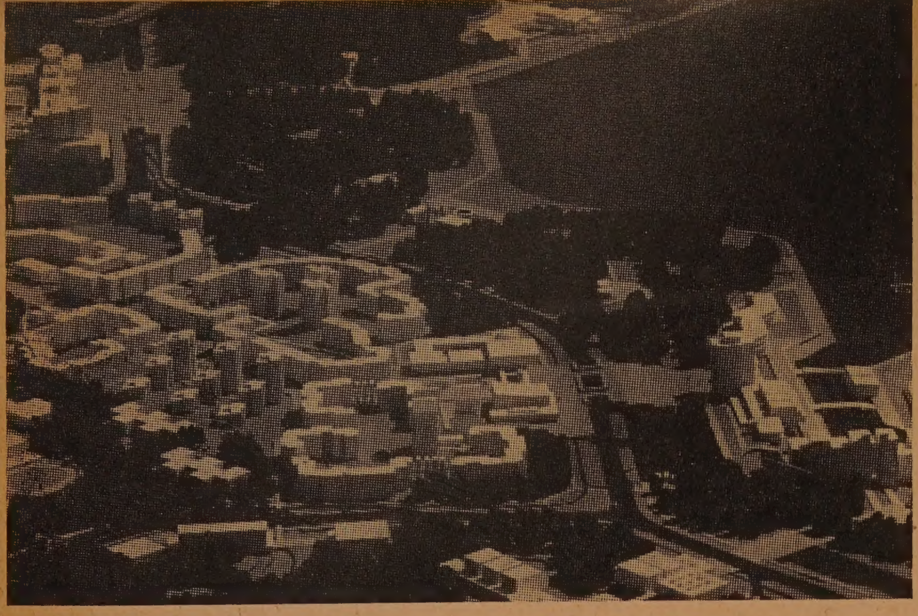
XXV. JAHRGANG · BERLIN · JANUAR 1976

Herausgeber: Bauakademie der DDR und Bund der Architekten der DDR

Redaktion: Prof. Dr. Gerhard Krenz, Chefredakteur
Dipl.-Ing. Claus Weidner, Stellvertretender Chefredakteur
Detlev Hagen, Redakteur
Ruth Pfestorf, Redaktionelle Mitarbeiterin

Gestaltung: Erich Blocksdorf

Korrespondenten im Ausland: Janos Böhönyey (Budapest, Daniel Kopeljanski (Moskau), Luis Lapidus (Havanna),
Nadja Hadjiewa (Sofia), Zbigniew Pininski (Warschau), Jana Guthova (Prag)



Modell für eine neue Stadt in der Litauischen SSR. Hier wurden die natürlichen Gegebenheiten (Lage zur See, Grünbereiche) optimal berücksichtigt.

Moskau wird schöner und jünger

Auf der Grundlage des 1971 gebilligten Generalbebauungsplans, der die Grundlinie für die weitere Gestaltung Moskaus bis 1990 regelt, entwickelt sich die Hauptstadt der UdSSR auf einem Territorium von 87 500 ha von Jahr zu Jahr mehr zu einer Stadt, die ihren Bürgern gute Lebensqualitäten auf allen Bereichen sichert.

Der Generalbebauungsplan bezieht große Waldmassive, die die Stadt umgeben, Parks und Stauseen in die Planung künftiger Naherholungszentren ein. Auch im Bereich des neuzugestaltenden Stadtkerns sind differenziert gestaltete Grünzonen vorgesehen.

Den Forderungen des Umweltschutzes entsprechend wird etappenweise eine Reihe von Industriebetrieben aus den Wohngebieten in speziell vorbereitete Industriezonen verlagert.

Größte Aufmerksamkeit wird der weiteren Verbesserung der Wohnbedingungen geschenkt. In der Periode bis 1990 werden die Komplexbebauung zahlreicher Wohngebiete abgeschlossen und neue Standorte vorbereitet (z. B. Lianosowo, Otradnoje, Jassenewo, Tschertanowo und Orechowo-Borissowo). Insgesamt wird die Wohnraumfläche die beeindruckende Zahl von 145 Millionen m² erreichen.

In bedeutendem Umfang werden moderne Kultur- und Bildungsstätten, Dienstleistungskomplexe und medizinische Einrichtungen entstehen. Die Moskauer erhalten neue Theater, Cafés, Restaurants, Handelseinrichtungen, Schulen, Kinderkrippen und -gärten.

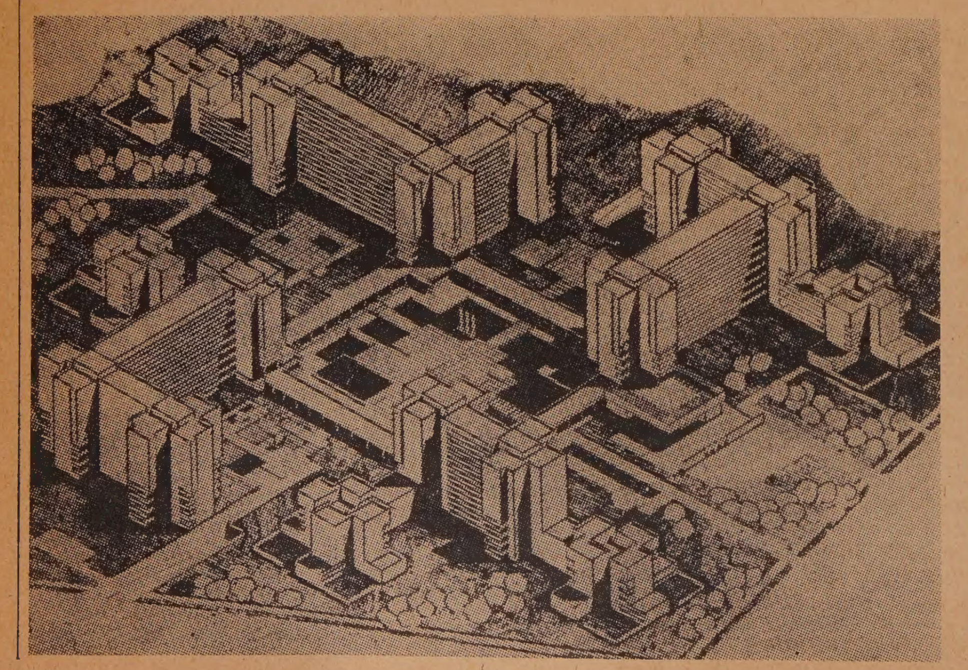


Selenograd — ein neues Stadtgebiet von Moskau

Die Architekten und Bauschaffenden Moskaus lösen diese großen Aufgaben auf der Basis effektivster Technologien und streben die optimale Verbindung von sozialpolitischem Anliegen und städtebaulich-architektonischer Gestaltung an.

(nach PdSU 41/75)

Perspektive für einen Experimentalwohnkomplex (2000 Bewohner) in Taschkent mit differenziert zugeordneten gesellschaftlichen Einrichtungen



A NOTIZEN

Materialökonomie durch Gemeinschaftsarbeit

Bei einem Wert des Materialanteils von 50 Prozent an den Bauleistungen kommt dem sparsamen Umgang mit Material höchste Bedeutung zu. In den Jahren 1970 bis 1974 gelang es Werktätigen des VEB Metalleichtbaukombinat, durch Verbesserung der Materialökonomie u. a. 40 000 t Walzstahl, rund 3400 t Zink und für rund 11 Millionen Mark Energie einzusparen. Insgesamt belief sich der Nutzen auf 75 Millionen Mark. 1973 wurde im VEB MLK in breiter Gemeinschaftsarbeit mit der Neuentwicklung eines Dachtragwerkes begonnen, bei dem im Vergleich zu ähnlichen Produkten auf dem Weltmarkt die Materialkosten um 40 Prozent gesenkt werden konnten und die Qualität und der Gebrauchswert erheblich stiegen (die Belastbarkeit wuchs z. B. von 180/220 kg je m² auf 270 kg je m²).

Territoriale Rationalisierung erschließt Reserven

Durch die planmäßige Zusammenarbeit aller verantwortlichen Kräfte und gesellschaftlichen Organisationen im Bezirk, im Kreis, in Städten und Gemeinden und die Koordinierung und Zusammenführung aller vorhandenen Potenzen können im Bauwesen erhebliche Investitionskosten eingespart und die Arbeits- und Lebensbedingungen vieler Bürger schneller verbessert werden.

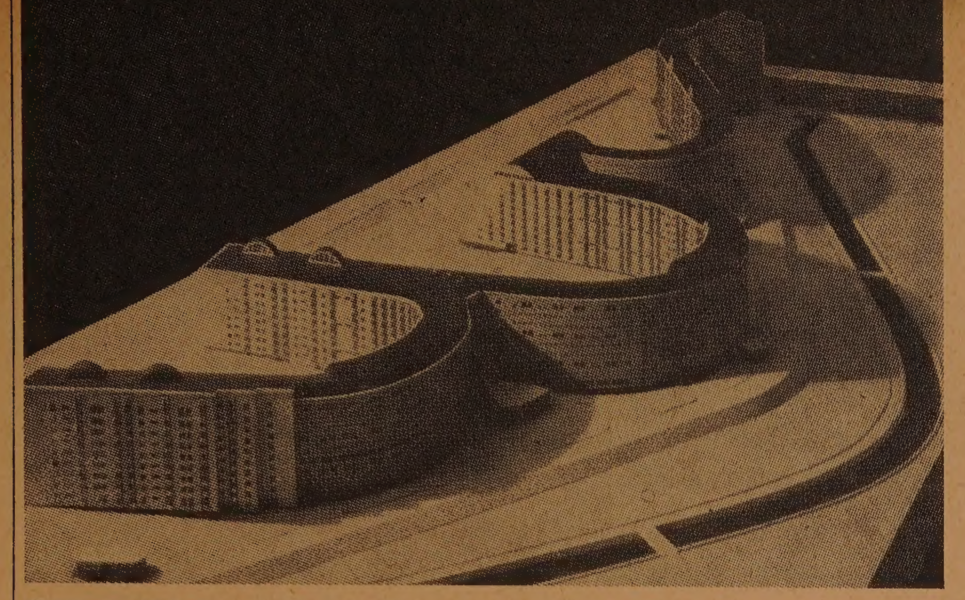
So konnten z. B. 1974 im Bezirk Dresden durch 60 realisierte Maßnahmen rund 16 Millionen Mark Investitionskosten, davon 11 Millionen Mark Kosten für Bauarbeiten, eingespart werden. 1975 wurde im Bezirk Dresden bereits an der Realisierung von rund 700 Maßnahmen aus Plänen der territorialen Rationalisierung gearbeitet.

Betreuung älterer Bürger verbessert

In Verwirklichung der nach dem VIII. Parteitag der SED beschlossenen sozialpolitischen Maßnahmen wurden in den letzten Jahren zahlreiche Feierabend- und Pflegeheime neu geschaffen und die Wohn- und Betreuungsbedingungen in den Heimen durch Rekonstruktion und Modernisierung verbessert. In den Bezirken Cottbus, Suhl, Dresden, Karl-Marx-Stadt, Halle und in Berlin entstanden z. B. neue Wohnheime und Appartementhäuser mit mehr als 4000 Plätzen.

In Berlin wurden 1975 über 7000 Wohnungen älterer Bürger kostenlos renoviert. Um den Wunsch nach altersgerechten Wohnungen besser befriedigen zu können, kommt dem Bau von Wohnheimen und Appartementhäusern, der Schaffung von Wohnungen für ältere Bürger in Neubaugebieten und entsprechenden Rekonstruktionsmaßnahmen in Altbaugebieten große Bedeutung zu.

In den Wohngebieten werden im Zusammenwirken aller gesellschaftlicher Kräfte die Lebensbedingungen für die älteren Bürger verbessert (Erweiterung der Hauswirtschaftspflege, Steigerung des Dienstleistungsangebotes und Wohnungsrenovierungen).





Modell des „Wellenhauses", das in der Klimazone in der Nähe des Polarkreises eine maximale Sonneneinstrahlung gewährleistet



Architekten: A. Schipkow, E. Schipkowa

Wohnkomplex Teofilow C in Lodz mit gesellschaftlichem Zentrum

„Wellenhaus" mit 1100 Wohnungen

Mit dem Bau eines ungewöhnlich gestalteten Wohnhauses, dessen wellenförmiges Äußere jedem Fenster eine maximale Sonneneinstrahlung gewährleisten wird, soll noch in diesem Jahr in Workuta, einer Stadt jenseits des Polarkreises, fertiggestellt werden.

Das wellenförmige, 750 m lange Gebäude mit 1100 sehr komfortablen Wohnungen wird am Nordrand der Stadt wie eine Mauer die naheliegenden Häuserblocks vor allzu großer Kälteeinwirkung abschirmen. Während die Nordseite des Hauses wenig Fenster haben wird, haben die Leningrader Architekten, die für diese Konstruktion verantwortlich zeichnen, die Südfassade des Hauses mit viel Glas ausgestattet.

In allen Wohnungen sind Wohn/Schlaf- und Kinderzimmer nach Süden gelegen. In den „Wellentälern" des Wohnhauses, wo besonders viel Wärme gespeichert wird, sind die Kinderspielzimmer angeordnet. „Sonnenspeicherräume" befinden sich auch unter dem Dach. Die Räume des Dachgeschosses haben Decken aus Glas, das ultraviolette Strahlen durchläßt.

Das riesige Gebäude wird außer den Wohnräumen auch einen Kino- und Konzertsaal, einen Sportsaal, eine Bibliothek, Dienstleistungseinrichtungen und einen Dachgarten beherbergen.

Für den Norden der UdSSR wurden auch verschiedene Typen von Fertigteilhäusern entwickelt.

UNO-Konferenz HABITAT

Vom 31. Mai bis zum 11. Juni 1975 wird in Vancouver (Kanada) eine von der UNO organisierte, internationale Konferenz zum Thema „Gestaltung menschenwürdiger Umweltbedingungen" stattfinden. An ihr nehmen Vertreter aus über 140 Ländern teil, die über die Probleme der zunehmenden Urbanisierung, Fragen des Umweltschutzes usw. beraten werden.

Umgestaltung in Budapest

Vor einigen Monaten wurde mit der Neugestaltung des alten Budapester Stadtviertels Ujpest begonnen. In der ersten Etappe sollen auf einer Fläche von 93 Hektar Neubauten mit 9000 Wohnungen entstehen. Insgesamt sollen hier einmal 80 000 Bürger wohnen. Vorgesehen sind Kindergärten mit 1000 Plätzen und Kinderkrippen mit 240 Plätzen. Auch neue Verkaufsstellen werden eröffnet. In einigen Jahren wird die Untergrundbahn in dieses Arbeiterviertel führen.

Letzter Schrei: Ruinenarchitektur

Am Reißbrett konstruierte verfallene Häuser sind die neuesten Modeerscheinungen in den USA. Im Bild rechts ist eine „neue" Filiale eines Versandhauskonzerns in Houston abgebildet.

US-amerikanische Architekten nennen diese Gebilde „unbestimmt, pluralistisch, mehrdeutig". Dieser Ruinenstil sei eine „Reaktion auf die niederdrückende formalistische Superarchitektur".

VR Polen: Positive Bilanz im Wohnungsbau

Die vom VI. Parteitag der PVAP gestellten Ziele zur Verbesserung der Wohnungssituation im Zeitraum 1971 bis 1975 werden überboten werden.

In dieser Zeit erhielten die Bürger der VR Polen rund 1,2 Millionen neue Wohnungen mit einer Nutzfläche von insgesamt 65 Millionen m².

Die Qualität im Wohnungsbau wurde verbessert, und die durchschnittliche Wohnungsgröße erhöhte sich beträchtlich.

Diese Erfolge sind zu einem großen Teil in der Steigerung der Arbeitsproduktivität in den Bau- und Montagebetrieben begründet. So stieg die Arbeitsproduktivität z. B. 1974 um 12,5 Prozent.

Konstruierter Verfall: Versandhausfiliale im „Ruinenstil"

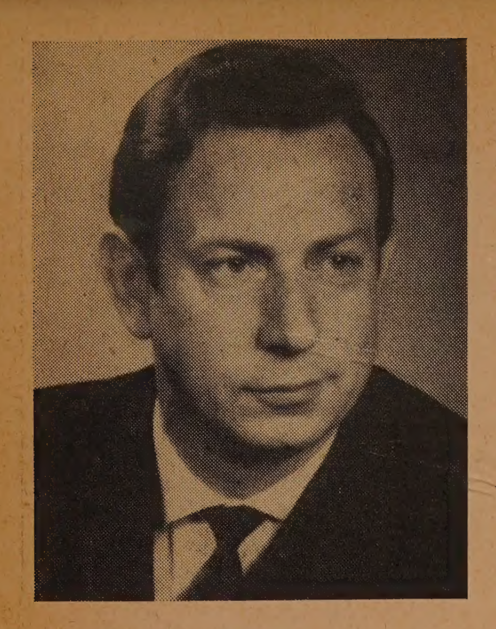


Wohngebiet Domaine de Montval in Marly le Roi (Frankreich) mit 1600 Wohneinheiten
Architekt: Jean Ginsberg, Paris



Auch ein Thema von HABITAT: Notunterkünfte für Katastrophenfälle





Die gesellschaftliche Wirksamkeit unseres Architektenverbandes erhöhen

Interview mit dem Präsidenten des BdA/DDR, Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Urbanski

Redaktion: Die Redaktion unserer Zeitschrift möchte Ihnen zunächst herzliche Glückwünsche zu Ihrer Wahl als Präsident des BdA/DDR aussprechen und Ihnen viel Erfolg bei dieser verantwortungsvollen gesellschaftlichen Tätigkeit wünschen. Wo sehen Sie jetzt nach dem 7. Bundeskongreß des BdA/DDR die Hauptschwerpunkte, auf die sich der Architektenverband konzentrieren wird?

Prof. Dr. Urbanski: Der 7. Bundeskongreß des BdA/DDR hat mit dem Referat, dem Schlußwort des Ministers für Bauwesen Wolfgang Junker und den zahlreichen konstruktiven Diskussionsbeiträgen die Richtung für zukünftige Arbeit unseres Verbandes gewiesen.

Die Gesellschaft erwartet von dem großen Kollektiv der in der städtebaulichen Planung und in der Projektierung tätigen Architekten, daß sie die komplizierten Aufgaben des Wohnungsbauprogramms in hoher Qualität lösen und damit einen entscheidenden Beitrag zur emotionalen Wirksamkeit der Umgestaltung unserer Städte und Dörfer leisten. Die Kompliziertheit der Erhöhung der Qualität in Städtebau und Architektur besteht darin, daß sie unter den Bedingungen des industriellen Bauens und der strikten Einhaltung der Normative zu erfolgen hat. Es gilt, die Architektur noch besser als Synthese künstlerischer, funktioneller, technischer und ökonomischer Komponenten wirksam werden zu lassen. Dabei erweist es sich als notwendig, die interdisziplinäre Arbeit stärker zu entwickeln, sowohl außerhalb des Bundes mit Planträgern und gesellschaftlichen Organen als auch zwischen den verschiedenen Fachgruppen und zu den bauausführenden Kollektiven.

Veranstaltungen des Bundes zu nutzen, um mit Verantwortlichen der Investvorbereitung und am Bau beteiligten Kollegen über Probleme der Gestaltung am konkreten Objekt und über Wege der effektivsten Bauvorbereitung zu beraten und den wissenschaftlichen Meinungsstreit zu führen, dürfte dazu beitragen, der Sache zu dienen, ein interessantes, anspruchsvolles geistig-kulturelles Leben zu entwickeln und die gesellschaftliche Wirksamkeit des Bundes zu erhöhen. Ich halte es für besonders wichtig, die vielen jungen Kollegen, die in der Projektierung tätig sind, einzubeziehen.

Im Zusammenhang mit der Lösung der uns gestellten umfangreichen Aufgaben ist die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den uns brüderlich verbundenen Architektenverbänden zu sehen. Die gemeinsamen Ziele der sozialistischen Staatengemeinschaft und die ähnlichen Probleme in Theorie und Praxis des Städtebaus und der Architektur erfordern zwingend, daß wir einer engen Zusammenarbeit und einem wissenschaftlichen Erfahrungsaustausch größte Aufmerksamkeit schenken.

Wir sehen unsere Aufgabe darin, mit der Kraft unseres sozialistischen Architektenverbandes aktiv zur Verwirklichung der großen Aufgaben des kommenden Fünfjahrplanes, zur Stärkung der DDR und der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft beizutragen.

Redaktion: Wie wird der BdA/DDR schon in Vorbereitung des IX. Parteitages Initiativen entwickeln? Gibt es dafür aus den Bezirks- und Betriebsgruppen schon Beispiele?

Prof. Dr. Urbanski: Ich darf hier versichern, daß die Architekten ihre Verantwortung für eine hohe Effektivität und Qualität im komplexen Wohnungsbau, im Industriebau und beim Bauen auf dem Lande sehr ernst nehmen. Die Einberufung des IX. Parteitages war für unseren Bundesvorstand Anlaß, darüber zu beraten, wie wir als Architekten mit neuen Initiativen und schöpferischen Leistungen zur weiteren Verwirklichung der vom VIII. Parteitag beschlossenen Hauptaufgabe beitragen können.

Die Mitglieder einer Reihe von Betriebsgruppen und Kreisgruppen unseres Bundes leisten hierbei im Wettbewerb zu Ehren des IX. Parteitages eine beispielhafte Arbeit. In der Betriebsgruppe des WBK Erfurt arbeiten die Kollegen nach einem mit der Kombinatsleitung und der KdT-Sektion abgestimmten Rahmenvertrag, in dessen Mittelpunkt die Intensivierung und die Überleitungskonzeption für die WBS 70 stehen.

Redaktion: Wo sehen Sie die Ansatzpunkte, um die Wirksamkeit des Bundes durch neue Formen der Arbeit weiter zu erhöhen?

Prof. Dr. Urbanski: Ich habe diese Frage zum Teil bereits beantwortet. Ansatzpunkte für die Wirksamkeit der BdA-Arbeit sind in zwei Richtungen gegeben. Innerhalb des Bundes haben die gewählten leitenden Organe die Aufgabe, die Arbeit interessant und vielfältig zu gestalten, solche Bedingungen zu schaffen, daß alle BdA-Mitglieder einen festen Platz in der Bundesarbeit finden, der möglichst ihren Neigungen und Fähigkeiten entspricht. Besonders unsere jungen Kollegen wollen wir für eine aktive Mitarbeit gewinnen.

Nach außen ist eine immer engere und effektivere Arbeit mit den gesellschaftlichen und staatlichen Organen anzustreben und die interdisziplinäre Arbeit insgesamt stärker zu entwickeln und durch Mitarbeit an Gutachten, Vorschlägen und Stellungnahmen Einfluß auf die Entscheidungsfindung in den Bezirken, Städten und Gemeinden zu nehmen. Der Abschluß von Vereinbarungen zwischen Bezirksbauämtern, gesellschaftlichen Organisationen und unserem Bund hat sich besonders dort bewährt, wo konkrete Aufgaben fixiert wurden. Hinweise und Vorschläge zum Abschluß solcher Vereinbarungen als Voraussetzung für eine planmäßige, zielgerichtete Zusammenarbeit waren Bestandteil des Referates zum 7. Bundeskongreß.

Ich halte es für richtig, stärker als bisher die Möglichkeiten von Architekturwettbewerben auch im Rahmen der Kombinate zu nutzen, um zu neuen, niveauvollen und effektiven gestalterischen Lösungen zu gelangen. Wir sollten uns dann nicht davor scheuen, die von vielen prominenten Laien- und Fachpreisrichtern mit einem 1. Preis ausgezeichnete Arbeit auch zu realisieren.

Redaktion: Wäre es nicht wichtig, daß der Architektenverband einen noch engeren Kontakt zwischen den gesellschaftlichen Auftraggebern, den Architekten und den Nutzern, also der Bevölkerung, fördert?

Prof. Dr. Urbanski: Aus Ihrer Fragestellung könnte man heraus hören, daß der BdA hier ein Versäumnis aufzuholen hätte. Das ist nicht der Fall. Ich bin aber völlig einverstanden, wenn wir uns vornehmen, die bestehenden Kontakte noch enger und effektiver zu gestalten. Festzustellen ist die Gestaltung vielfältiger Beziehungen in den letzten Jahren und zwar auf zentraler Ebene mit den Ministerien, dem FDGB, der Bauakademie und den gesellschaftlichen Verbänden sowie zwischen unseren Bezirksgruppen und den Bezirksleitungen der Partei, den entsprechenden Gremien und Fachorganen der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Räte. Ferner ist hier hervorzuheben die wachsende Rolle und Aktivität der Betriebsgruppen unseres Fachverbandes in den Fachorganen der staatlichen Leitung, in den Zentren der Wissenschaft und Lehre und ganz besonders in den Baukombinaten. Hier hat sich ein breites Feld der unmittelbaren aktiven Mitwirkung unserer Mitglieder bei der Lösung der spezifischen Aufgaben in den genannten Ebenen herausgebildet.

Es ist auch ein Anliegen unseres Verbandes, über den Rahmen der Organisation hinaus in die Öffentlichkeit zu treten und die späteren Nutzer über unsere Arbeiten zu informieren und zu einem fruchtbaren Gedankenaustausch anzuregen. Das geschieht zum Beispiel durch Ausstellungen, Foren, öffentliche Vortragsveranstaltungen, durch Beratung mit Baustellenkollektiven, durch Veröffentlichungen in der Presse und durch Gespräche mit den Bewohnern unserer Neubaugebiete. Immer gehen wir davon aus, Probleme von Städtebau und Architektur als bewußtseinsbildenden Faktor unseren Bürgern nahe zu bringen und Hinweise, Ratschläge oder Meinungen dazu zu hören.

Redaktion: Eine abschließende Frage noch: Welche Richtung wird die internationale Arbeit des Bundes nehmen?

Prof. Dr. Urbanski: Seit dem 6. Bundeskongreß wurden die Verbindungen zum Sowjetischen Architektenverband intensiviert und die Zusammenarbeit mit den Architektenverbänden in der VR Polen, der ČSSR, der UVR, der VR Bulgarien, der SR Rumänien, der Republik Kuba, der DRV, der MVR, der FSR Jugoslawien und der KVDR weiter gefestigt. Durch die mit den Architektenverbänden der Sowjetunion, der VR Polen, der ČSSR, Ungarns, Bulgariens, Rumäniens und Kubas abgeschlossenen langfristigen Vereinbarungen und Jahresvereinbarungen werden Erfahrungsaustausche, Fachexkursionen, Einzelreisen und Konsultationen sowie Fragen des Informations- und Ausstellungsaustauschs geregelt und weiter entwickelt. Unsere Verpflichtungen in den internationalen Organisationen, in denen der BdA/DDR mitwirkt, wie UIA und IFHP werden entsprechend dem Status der jeweiligen Organisation gewissenhaft erfüllt.

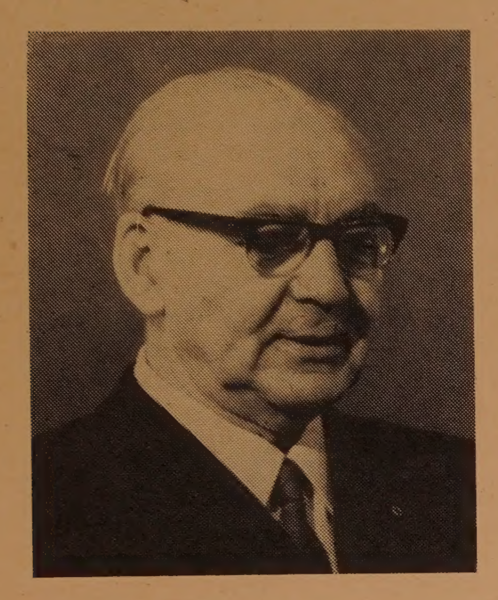
Edmund Collein zum 70. Geburtstag



In diesen Tagen, am 10. Januar, begeht Prof. Dr.-Ing. e. h. Edmund Collein seinen 70. Geburtstag, zu dem wir ihm auch hier unsere herzlichsten Glückwünsche aussprechen möchten.

Als Architekt und Wissenschaftler genießt Edmund Collein unter den Architekten unserer Republik und bei vielen Fachkollegen der uns befreundeten sozialistischen Länder höchste Achtung und Anerkennung. Sein verdienstvolles Wirken ist untrennbar mit dem Fortschritt in der Architektur der DDR verbunden.

Nach seinem Studium in Darmstadt war Edmund Collein am Bauhaus Dessau tätig, wo er nicht nur seine Fähigkeiten ver-



vollkommnete, sondern auch mit den progressiven Kräften jener Zeit Berührung fand.

Nach der Befreiung unseres Volkes vom Faschismus gehörte er zu den Aktivisten der ersten Stunde, die den Wiederaufbau unseres Landes begannen. Bis 1951 wirkte er in Berlin für die städtebauliche Planung und den Aufbau wichtiger Einrichtungen der Stadt. Er war maßgeblich an der Ausarbeitung des Aufbaugesetzes und der 16 Grundsätze des Städtebaus beteiligt und wurde 1951 vom Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, zum Vizepräsidenten und Ordentlichen Mitglied der Bauakademie berufen. Für seine wissenschaftlichen Leistungen wurde er zum Professor ernannt. Wichtige Arbeiten leistete er zum Aufbau des ersten Bauabschnittes der Berliner Karl-Marx-Allee, für Ensembles im Zentrum der Hauptstadt sowie für den Aufbau von Magdeburg. Bei seiner späteren verantwortungsvollen Tätigkeit als Vorsitzender des Beirates für Bauwesen beim Ministerrat der DDR nahm er maßgeblichen Einfluß auf die Planung und Gestaltung der bedeutendsten Städte unserer Republik.

Mit einem Kollektiv des Institutes für Städtebau, das er in den Jahren 1958 bis 1960 leitete, schuf er in einem Wettbewerb die Konzeption für den zweiten Bauabschnitt der Karl-Marx-Allee in Berlin, die wegen ihrer großen Bedeutung für die Weiterentwicklung der Architektur mit dem Nationalpreis gewürdigt wurde.

Seine gesamte erfolgreiche Tätigkeit an der Bauakademie der DDR war von dem Bestreben durchdrungen, Forschung und Praxis aufs engste zu verbinden.

Edmund Collein gehörte zu den Gründern des Bundes der Architekten der DDR und war vom ersten Kongreß bis auf den heutigen Tag als Mitglied des Bundesvorstandes aktiv an der Arbeit unseres sozialistischen Fachverbandes beteiligt. 1966 wurde er auf dem 5. Bundeskongreß zum Präsidenten gewählt.

In dieser hohen Funktion hat er über ein Jahrzehnt unermüdlich für den Fortschritt in der Architektur und die Entwicklung des BdA/DDR gewirkt. Unter seiner Leitung haben sich die Praxisverbundenheit und die öffentliche Wirksamkeit aller Organe des Bundes wesentlich erhöht.

Besondere Verdienste erwarb er sich um die Vertiefung der freundschaftlichen Zusammenarbeit mit den Bruderverbänden der Sowjetunion und der anderen Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft, die ihm stets als Herzenssache galt.

In vielen internationalen Gremien hat Edmund Collein unseren Architektenverband würdig vertreten und mit seinem Auftreten dazu beigetragen, das Ansehen unseres sozialistischen Staates in der Welt zu erhöhen. Seine Wahl in das höchste Leitungsgremium des Internationalen Architektenverbandes, in dem er seit vielen Jahren eine verdienstvolle Arbeit leistet, ist Ausdruck der hohen Wertschätzung, die ihm auch auf internationaler Ebene entgegengebracht wird.

Alle, die mit Edmund Collein in diesen Jahren im Kollektiv unseres Bundes zusammenarbeiten konnten, haben ihn als eine hervorragende Persönlichkeit schätzen gelernt, als einen Genossen, der seine ganze Kraft für die Politik der Partei der Arbeiterklasse einsetzt. Mit seiner parteilichen Haltung, seinem umfassenden Wissen und seinen reichen Erfahrungen, mit seiner schöpferischen Aktivität, seiner Achtung der kollektiven Meinung und seinem unermüdlichen kämpferischen Einsatz für die Sache der Architektur hat er uns allen ein Vorbild gegeben.

Die außergewöhnlichen Leistungen für die Entwicklung des Städtebaus und der Architektur und seine Verdienste um die Stärkung der DDR wurden mehrfach durch hohe staatliche Auszeichnungen und jetzt auch mit der Verleihung eines Ehrendoktors der Bauakademie der DDR gewürdigt.

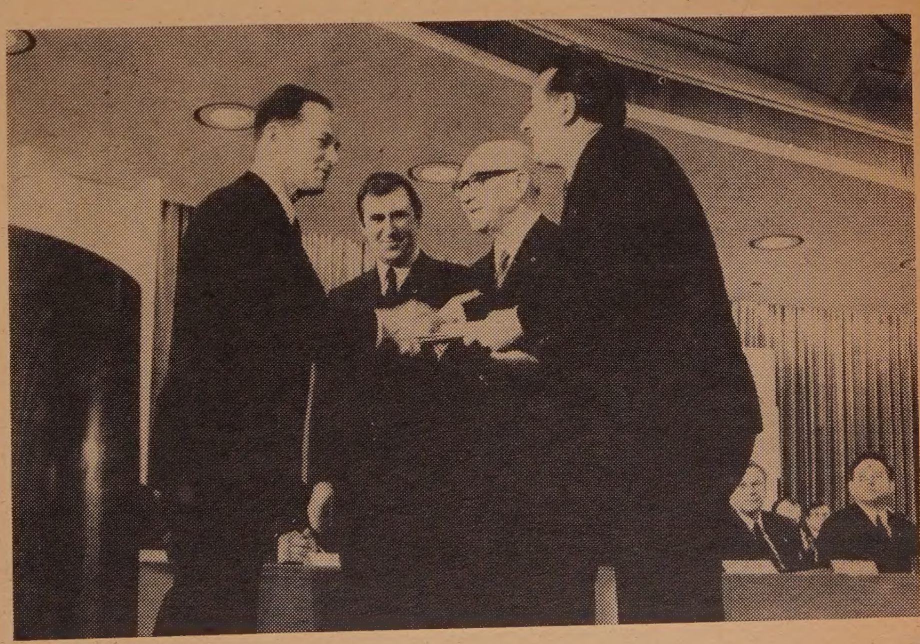
Mit der Wahl Edmund Colleins zum Ehrenpräsidenten haben die Delegierten des 7. Bundeskongresses des Bundes der Architekten der DDR einem Kollegen Ehre gegeben, dem Ehre gebührt.

Wir wünschen dem Jubilar, verbunden mit dem Dank für die ständige Förderung unserer Arbeit, ein weiteres erfolgreiches Wirken mit bester Gesundheit, gewohnter Schaffenskraft und voller Lebensfreude.

Redaktion „Architektur der DDR"

Oben: Wilhelm Pieck, der erste Präsident unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates, empfing im Beisein des damaligen Ministers für Aufbau, Dr. Bolz, Prof. Liebknecht und Prof. Collein anläßlich ihrer Berufung als Präsident bzw. Vizepräsident der Bauakademie.

Unten: Auf dem 6. Bundeskongreß des BdA/DDR nahm Prof. Collein als BdA-Präsident den Orden „Banner der Arbeit" als Auszeichnung des Staatsrates der DDR für die Leistungen unseres Architektenverbandes entgegen.



Projektanten auf Intensivierungskurs

Zur Führung des sozialistischen Wettbewerbes im Betrieb Projektierung des VEB Baukombinat Dresden

Heinz Hälbig,
Mitglied im Verband der Journalisten der DDR

Auf „Intensivierungskurs" befinden sich die rund 400 Architekten, Ingenieure und technischen Mitarbeiter des Betriebes Projektierung im VEB Baukombinat Dresden, die zu Ehren des IX. Parteitages der SED umfangreiche Projektierungsinitiativen beschlossen. Sie haben sich, wie Betriebsdirektor Dr. Lohse erklärte, im sozialistischen Wettbewerb das Ziel gestellt, die Prozesse der geistig-schöpferischen Arbeit effektiver zu leiten, zu planen und abzurechnen. Sie kommen damit der Forderung der Baukonferenz und des 15. Plenums nach, wo gesagt wurde, daß die Intensivierung auf allen Gebieten die entscheidende Voraussetzung für die weitere Erhöhung der Leistungskraft unserer Volkswirtschaft bleibt.

Projektierungsleistungen werden in großem Umfang benötigt, sie müssen bei dem gegenwärtigen Bauablauftempo weiter erhöht werden." Davon sind wir ausgegangen", sagte uns Direktor Dr. Lohse. „Wir müssen die Leistungsfähigkeit unseres Projektierungsbetriebes auf dem Gebiet der Forschung, Entwicklung und Projektierung weiter steigern. Unser von den Kollektiven beratenes und beschlossenes Initiativprogramm trägt dazu bei, die Leistungs- und Planungsprozesse überschaubarer zu organisieren und die Anteile der Kollektivmitglieder an der Leistungssteigerung zu kennzeichnen. Bei der Intensivierung geht es uns darum, den Projektierungs- und Bauaufwand weiter zu senken und dabei eine Verbesserung der städtebaulich architektonischen Qualität mit zu erreichen."

Die Zusammenfassung der zahlreichen Verpflichtungen ergibt ein beachtliches Ergebnis: 1,2 Millionen Mark wurden noch im Jahr 1975 eingespart; 1976, im Jahr des IX. Parteitages, sollen es 2,2 Millionen Mark werden! Dazu nannte uns Betriebsdirektor Dr. Lohse einige Beispiele. Allein durch Einführung neuer Projektierungstechniken und -technologien will die Abteilung Projektierungstechnik bis Ende 1975 16 630 Stunden Arbeitszeit einsparen; das ist ein Nutzen von rund 200 000 Mark. 1976 sollen es 23 870 Stunden werden, und der Nutzen wird auf fast 300 000 Mark steigen. Durch Anwendung moderner Techniken wie Xerographie, volle Nutzung der einzuführenden Lichtpause-, Schneid- und Faltautomaten, erweiterte Anwendung der Fotomodellprojektierung wird bis 1980 die Arbeitsproduktivität etappenweise bis um fast 100 Prozent steigen.

Die in diesem Dresdner Projektierungsbetrieb entwickelten Geschäftsvorbauten im Erdgeschoß der Wohngebäude bezeichneten Fachleute als eine architektonisch gut gelungene Lösung. Die Innere Neustadt in Dresden wird erstmals solche Geschäftsvorbauten innerhalb der Hauptmagistrale erhalten. Eine ähnliche architektonische Lösung ist für das Baugebiet Altgruna in Dresden vorgesehen. Die Abteilung Wohnungs- und Gesellschaftsbauten unter Leitung von Architekt NPT Gruner verpflichtete sich, die für das Wohngebiet Innere Neustadt projektierten Gebäude mit Geschäftsvorbauten im Wohnkomplex Altgruna maximal wiederzuverwenden. Das bedeutet: Senkung des Projektierungsaufwandes um rund 70 Prozent, das sind rund 24 000 Stunden Arbeitszeit, die eingespart werden.

Oder ein anderes Beispiel: Durch das Anwenden des DDR-Patents „Kessellose Druckerhöhungsanlage" verringern sich die Kosten je Anlage beim 17geschossigen Wohnhaus um 30 000 Mark. Das sind zugleich 500 kg Stahl, die eingespart werden. Die Verpflichtungen der einzenen Kollektive beinhalten z. B. verbesserte elektrotechnische Erschließung, Rationalisierung der Ausbauprozesse, Einsparung von Heizenergie und mehrere Neuerervorschläge zur Rechnungsführung und Statistik.

„Mit unserem Intensivierungsprogramm aktivieren wir Reserven zur Planerfüllung," erklärte Dr. Lohse. „Besonders in den letzten Planjahren und auch in jüngster Zeit war das unter Führung der Partei der Arbeiterklasse entstandene Potential von Erfahrungen der Besten in erster Linie Grundlage und Maßstab für Ideen zum niveauvollen Ausschöpfen unserer Kapazitäten. Wir fühlen uns in Vorbereitung des IX. Parteitages der SED aufgerufen, neue Ideen für Initiativleistungen zu entwickeln. Die ersten Schritte sind jetzt getan."

Die 6. Baukonferenz – Impuls und Verpflichtung

Dr. Götz Grosche
Dipl.-Phil. Heinz Sonntag
Ingenieurschule für Bauwesen und Ingenieurpädagogik Magdeburg

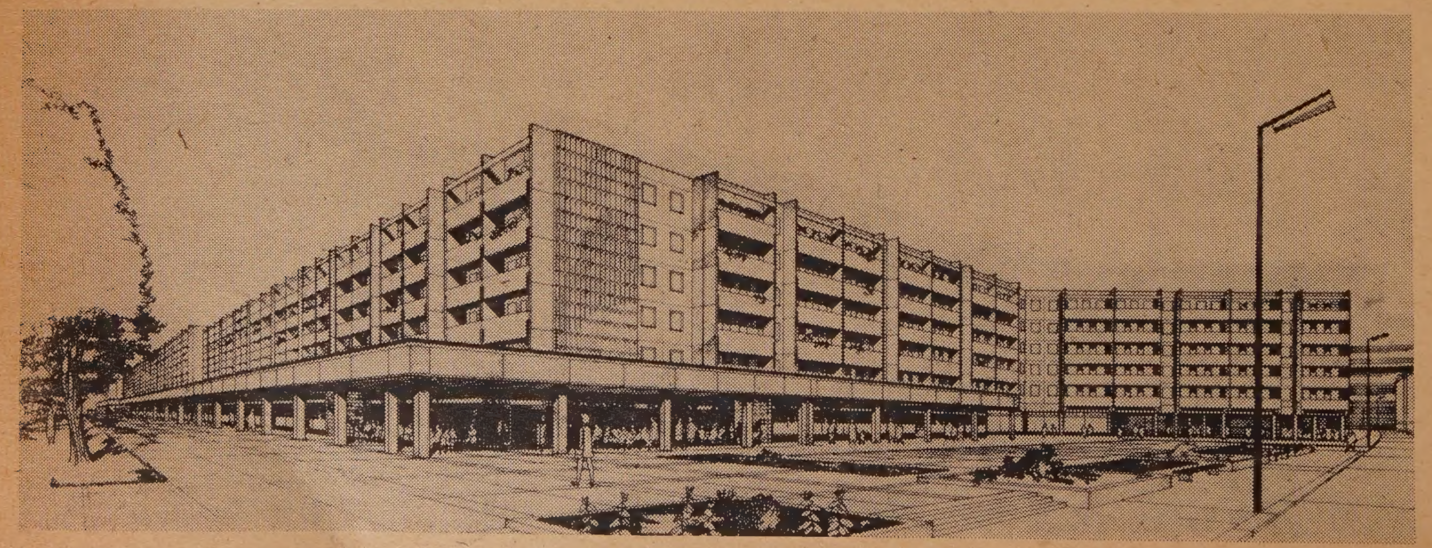
Die 6. Baukonferenz gab und gibt nicht nur Anregungen zum Überdenken und Lösen von Tagesfragen des Bauens, sondern auch für eine perspektivische Sicht auf einem wichtigen Gebiet unserer Gesellschaftspolitik, dem Städtebau, mit dem Blick auf den IX. Parteitag. „Eine dem Sozialismus entsprechende Umwelt für die Menschen zu schaffen, stellt Anforderungen auch an die architektonische, künstlerische und städtebauliche Gestaltung", betonte Genosse Honecker in seinem Schlußwort auf der Baukonferenz. Die daraus abgeleiteten Forderungen für Städtebau und Architektur sind Zielorientierung und Programm zugleich.

Die Stadt ist die dynamischste aller Siedlungsformen in der Geschichte der Menschheit, sie ist Konzentrationspunkt der Wissenschaft, der Bildung, der Produktivkräfte schlechthin, sie ist Geburtsstätte der Arbeiterklasse und ihr wichtigster Lebensbereich.

Mit der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft müssen auch die Konsequenzen für den sozialistischen Städtebau neu gesehen werden. Ein daraus resultierendes Grundproblem, über das die Theoretiker leichter reden können als die Praktiker es zu lösen vermögen, ist die dialektische Einheit von intensiver Massenfertigung im Wohnungsbau und dem sozialen Anliegen des sozialistischen Städte- und Wohnungsbaus.

In perspektivischer Sicht ist mehr Raum für die Entwicklung allseitig gebildeter sozialistischer Persönlichkeiten zu schaffen. Wie diese Aufgabe schöpferisch-humanistisch gelöst wird, hängt nicht allein vom guten

Wohngebietszentrum Dresden Innere Neustadt. Die Geschäftsvorbauten werden auch im Wohnkomplex Altgruna maximal wiederverwendet.



Willen des Städtebauers ab, sondern vom Gesellschaftssystem, seinem Menschenbild, seinen Triebkräften und Möglichkeiten.

Unsere Gesellschaft bietet dafür objektiv alle Voraussetzungen. Die Lösung der nachfolgenden Problemkreise verlangt jedoch eine intensive geistige Bewältigung.

■ Mit dem ständigen Anstieg der Qualifizierung der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, mit dem Aufblühen der sozialistischen Kultur wachsen auch die Maßstäbe für das zu Erreichende im Städtebau. Daraus ergibt sich, daß an die Umweltgestaltung, an den Wohnungsbau usw. schon heute die Maßstäbe von morgen anzulegen sind. Maßstab wird nicht sein, daß man in einem Wohnkomplex mit soundsoviel Wohnungen wohnt, sondern wie die Umwelt gestaltet ist, fördernd oder hemmend für die Persönlichkeitsentwicklung. So gesehen, ist auch die Umgestaltung alter Arbeiterbezirke, deren Mängel ein trauriges Erbe des Kapitalismus sind, nicht allein eine Kapazitätsfrage, sondern eine politische Aufgabe.

Die politische Dimension zeigte sich in der Reaktion der Bevölkerung auf Initiativbauten zum 30. Jahrestag der Befreiung: Das neue Staatsbewußtsein erhält verstärkte Impulse durch die Identifizierung mit dem Territorium, seinen Bauten, seinen Reizen, seinen Erlebnisbereichen, was sich künftig mit der Meisterung der innerstädtischen Baumaßnahmen noch verstärken wird.

■ Der vom VIII. Parteitag gestellten Hauptaufgabe entsprechend ist Städtebau und Architektur Teil der materiellen und geistigen Kultur in dialektischer Einheit. Daraus ergibt sich, daß Wohnkomplexe Komplexe des geistigen Lebens sind und sein müssen, nicht Schlafstädte an der Peripherie, sondern Stätten der sozialen Geborgenheit, Erlebnisbereiche, unverwechselbare Räume, in denen die neue Generation heranreift und in denen die ältere Generation einen erfüllten Lebensabend finden kann. Natürlich können diese Ziele nur im Komplex der Möglichkeiten von heute gefunden werden, und da gibt es bereits in vielen Städten der DDR wie in Rostock Beispiele, wo durch Flachbauten zwischen den Wohngebäuden Freiräume für die gesellschaftliche Begegnung geschaffen wurden, auch zum Tanz für die Jugendlichen, für das Glas Bier in der „eigenen" Eckgaststätte.

Sozialistische Umwelt – das ist die Einheit von persönlicher Sphäre, gesellschaftlichem Bereich und Arbeitsstätte, architektonischer Gestaltung und baugebundener Kunst!

■ Auf Grund der erhöhten Kommunikation zwischen den sozialistischen Ländern, ursächlich in der wachsenden ökonomischen Integration angelegt, bleiben die Maßstäbe nicht provinziell, sondern erhalten internationale Dimensionen. Wie z. B. der industrielle Wohnungsbau und die ursprüngliche Landschaft in manchen Wohngebieten der Sowjetunion vereint werden, sollte auch für uns Maßstab werden. Dies muß schon bei der Standortbestimmung gesehen werden: Wie läßt sich aus dem Standort ein Erlebnisbereich formen, eine Unverwechselbarkeit bei relativ gleichem Erzeugnis im Wohn- und Gesellschaftsbau? Gelungenes und Unbefriedigendes liegen in dieser Hinsicht oft beieinander.

■ Das Bauwerk selbst lebt auch vom liebevoll behandelten Detail, eine alte Bautradition, die man auch bei uns in dreifacher Sicht aufheben sollte: bewahren, erhöhen und weiterführen. In den Typenreihen sind längst nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft, z. B. in der künstlerischen Gestaltung der Giebel, der Sockel- und Drempelzone, in der Außenhaut.

Warum gelingt es nicht, effektvolle Loggienbrüstungen, Eingangssituationen oder Auskragungen bei Einhaltung der Normative zu erreichen?

Vorschläge und Varianten der Architekten, keine Kopien, und die breite Diskussion mit späteren Bewohnern sollten eine Einheit bilden, schon heute. Auch die Einführung der WBS 70 macht dies nicht überflüssig, im Gegenteil: Die angebotenen Gestaltungsmöglichkeiten zu Gebäudehöhen und Abknickungen, zu den Grundrißlösungen usw. verlangen persönliches Engagement und breite Diskussion, und zwar eine niveauvoll-schöpferische Diskussion, die bei der Bebauungskonzeption beginnt und bis zur Organisierung des gesellschaftlichen Lebens reicht, also nicht eingeengt auf die Versorgung, sondern bis hin zu den gesellschaftlichen Zentren.

Wenn hier kritische Meinungen geäußert werden, dann bei Anerkennung des unter Mühen aller Bauschaffenden Erreichten und mit konstruktiver Absicht und Verantwortung.

Für unsere Ingenieurschule, an der wir rund 300 Ingenieurkader jährlich ausbilden (für die DDR, die DRV und für 12 weitere Staaten), besteht der gesellschaftliche Auftrag darin, die 6. Baukonferenz schöpferisch auf unsere Arbeit hin auszuwerten.

Den jungen, zukünftigen Bauleuten wollen wir bewußt machen, daß jegliches Bauen einen Eingriff in die Umwelt darstellt, daß durch die Gestaltung des gebauten Objektes die räumliche Umwelt verändert wird. Diese Veränderung muß im Sinne der Bedürfnisse der in der gebauten räumlichen Situation lebenden und arbeitenden Menschen sein. Nun beschränkt sich die Ausbildung an unserer Ingenieurschule auf die Fachrichtungen Hochbau, Tiefbau, Ingenieurökonomie und Ingenieurpädagogik, es wird also der technisch-technologische Aspekt besonders betont, wobei ästhetisch-kulturelle Faktoren nicht vernachlässigt werden dürfen. Es muß die gesellschaftliche Bedeutung des Bauwesens, sein Einfluß auf neue Lebensweisen und gesellschaftliche Entwicklungen im Studium vermittelt werden.

In diesem Zusammenhang gesehen, muß der Student ständig mit den Problemen der Praxis konfrontiert werden. Es sind nicht nur technische Fragen wie technologische Möglichkeiten und konstruktive Entwicklungen an den Studenten heranzutragen, sondern auch die ästhetischen Auswirkungen darzustellen. Dadurch wird dem zukünftigen Spezialisten seine Einordnung in die komplexe sozialistische Umweltgestaltung bewußt gemacht.

Um die Ausbildung unter diesem Blickwinkel an der Ingenieurschule zu verbessern, werden einige gemeinsame Aufgaben von Lehrern und Studenten diskutiert. Zu nennen wären:

■ Praxisbezogene Unterrichtsgestaltung

Alle Fachabteilungen nehmen Verbindungen zu Baubetrieben des Bezirkes Magdeburg auf und schließen Vereinbarungen über die Zusammenarbeit ab.

Durch Zusammenarbeit mit Arbeiterkollektiven und dem Ingenieurtechnischen Personal wird der effektive Einsatz der Studenten nach dem Studium erleichtert. Die Studenten werden über technologische, konstruktive, ökonomische und ästhetische Anforderungen und Möglichkeiten, ihnen Rechnung zu tragen, informiert.

■ Studienaufgaben aus der Praxis

Größere Belege sind als Praxisaufgaben zu realisieren. Dadurch, daß die Bearbeitungskollektive keine fiktiven, vom Lehrer gestellten Aufgaben „nur zum Üben" lösen, sondern konkrete vor Arbeitern und Ingenieuren zu verteidigende Belege anfertigen, wird die Initiative gefördert und ein größeres Erfolgserlebnis ermöglicht. Die in den letzten Jahren durchgeführten Praxisarbeiten bestätigen die stimulierende Wirkung konkreter Belegthemen.

Neben den Studienaufgaben aus der Praxis wird versucht, eine neue Qualität der Praxisorientierung durch zusätzliche, in den Rahmen der Ausbildung eingeordnete Arbeiten für die Praxis zu erzielen. Zur Schulung der wissenschaftlichen Arbeitsweise sollen, abgestimmt mit den Themen der Pläne Wissenschaft und Technik der Betriebe, begrenzte Forschungsaufgaben gestellt werden.

Auch bestimmte Probleme der architektonischen Qualität unserer Wohngebiete, insbesondere Detaillösungen, werden von Studentenkollektiven untersucht und bearbeitet. Dabei sollen den Baubetrieben und Projektanten Möglichkeiten zum variablen und abwechslungsreichen Bauen angeboten werden. So sind z. B. für die Wohnungsbauserie 70 folgende Problemkreise vorgesehen:

Hauseingänge
Loggien
Verbindungselemente
Oberflächengestaltung
Zwischenbauten mit gesellschaftlichen Funktionen.

Weiterhin sollen Studentenkollektive bei der Vorbereitung der Altbausanierung und dem Umbau bestehender Gebäude der Stadt Magdeburg mithelfen.

Unter der Mitwirkung der FDJ werden wir aus dem angeführten Aufgabenkreis Objekte in die MMM-Bewegung aufnehmen, so daß Unterricht und Arbeit in die MMM-Bewegung integriert, und die Intensität der Ausbildung erhöht wird.

Durch den einheitlichen Prozeß von Ausbildung und gesellschaftlicher Aktivität werden unseres Erachtens auch stärkere Anstöße zur klassenmäßigen Bewußtseinsbildung erreicht, was zur Einsicht in gesellschaftliche Notwendigkeiten in Verbindung mit der eigenen persönlichen Verantwortung im Studium und späteren Einsatz führt. Es gilt, die Vorzüge der entwickelten sozialistischen Gesellschaft auch auf dem wichtigen Feld von Architektur und Städtebau zu realisieren. Wir haben die Möglichkeit, einen sozialen Auftrag erfüllen zu können, ohne Bodenspekulation, Zersiedlung, chaotische Verkehrsregelungen, Entfremdung, ohne eingrenzende Privilegien für einige wenige und ohne Mietwucher.

Wohnungsmangel und leerstehende Wohnungen – welcher Antagonismus der kapitalistischen Welt, wie klar und revolutionär ist dagegen die Losung unserer Partei, das Wohnungsproblem bis zum Jahre 1990 in sozialer Weise zu lösen.

Wir konstatieren diese Lage nicht nur, sie ist uns Antrieb zur vollen Nutzung der im Sozialismus gegebenen Möglichkeiten zur Intensivierung der Produktion im Bauwesen und zur Erhöhung der architektonischen Qualität, für die uns die 6. Baukonferenz neue Impulse gab.

Wohngebiet Gera-Lusan

Günstige Ausnutzung von bewegtem Baugelände

Dipl.-Arch. Werner Lonitz, Architekt BdA/DDR

Ausgehend von der auf dem VIII. Parteitag der SED beschlossenen Hauptaufgabe stellen Partei und Regierung das Ziel, bis zum Jahre 1990 die Wohnungsfrage in der DDR zu lösen.

Mit dieser Zielstellung wird aber auch die Forderung nach einer Erhöhung der Qualität der Architektur und des Städtebaues erhoben. So wurde auf der 13. Tagung des ZK der SED im Zusammenhang mit der Steigerung der Leistungsfähigkeit des Bauwesens festgestellt, daß nicht nur das Tempo des Wohnungsbaues zu beschleunigen ist, sondern zugleich Voraussetzungen für eine weitere Erhöhung der gestalterischen Qualitäten zu schaffen sind.
Auch im Bezirk Gera bemühen sich die Bauschaffenden der Produktion mit Architekten und Ingenieuren diesen neuen Forderungen Rechnung zu tragen und Wohngebiete für die Bürger zu erstellen, die diesen höheren Qualitäten gerecht werden. Die Ausnutzung und Erhaltung der natürlichen und typischen Geländesituation ist eine von Möglichkeiten, Wohngebiete zu erstellen, die abwechslungsreich sind und den Kultur- und Erlebniswert seiner Bewohner entscheidend erhöhen. Das neue Erzeugnis des VEB Wohnungsbaukombinates Gera – der gekrümmte Wohnungsbaukörper – sowie kürzere Blocklängen, die im Wohngebiet Gera-Lusan erstmalig angewandt wurden, bietet hierfür eine überzeugende Voraussetzung.
Die natürliche Geländestruktur dieses Gebietes wurde in die städtebauliche Planung als Charakteristikum mit einbezogen und fand ihren gestalterischen Ausdruck u. a. auch mit in der Anwendung von ge-

2



1

krümmten Baukörpern. So entsteht eine gebaute Umwelt, die die typischen Gegebenheiten der Landschaft mit den heutigen Mitteln des industriellen Bauens unterstützt und erhält. Wird doch gerade hierdurch auch eine der Grundforderungen der „Architekturkonzeption des Bezirkes Gera" erfüllt, die fordert, daß die typischen Landschaftsmerkmale des Bezirkes in der zu bebauenden Umwelt zu erhalten sind. Das heißt, daß mit der Erhaltung der natürlichen Landschaftsstruktur Neubaugebiete zu errichten sind, die diesen spezifischen typischen Merkmalen Rechnung tragen. Umsomehr, daß damit auch gleichzeitig ökonomischer gebaut werden kann.

Der Bezirk Gera gehört zu den Bezirken der DDR, wo vorwiegend hängiges und bewegtes Baugelände bebaut werden muß. Lange, gerade Wohnbauzeilen, wie sie in den nördlichen Bezirken der Republik gebaut werden und daher dort typisch sind, fordern im Geraer Raum umfangreiche Erdbewegungen, Aufschüttungen, Böschungen und zusätzliche Stützmauern. Das aber erfordert zusätzliche Mittel und das dadurch künstlich geschaffene Gelände erzeugt meistens eine Einfallslosigkeit, die von den Bürgern mit Recht kritisiert wird.

Bereits schon jetzt kann man entlang der F 92 oder von den angrenzenden Höhen die architektonische Wirkung dieser Hausform als gelungenes städtebauliches Gestaltungselement erkennen. Weiterhin werden mittels kleiner Hausgärten, Grünanlagen mit Baumgruppen und Alleen, Sitzterrassen und Kinderspielplätzen Freiräume hinzukommen und entstehen, die die Verbindung zum Gesamtgrünraum um Gera-Lusan herstellen und durch Öffnen der Randzonen ein Wohnen im „Grünen" mit Ausblicken in das Elstertal und auf die umliegenden Höhen der Landschaft gestatten. In dem gekrümmten Wohnblock sind funktionstüchtige Wohnungen mit hohem Nutzeffekt enthalten, der dem in geraden Wohnblöcken voll entspricht. Die Krümmung des Gebäudes ist durch die innere Untergliederung der Räume nicht spürbar.

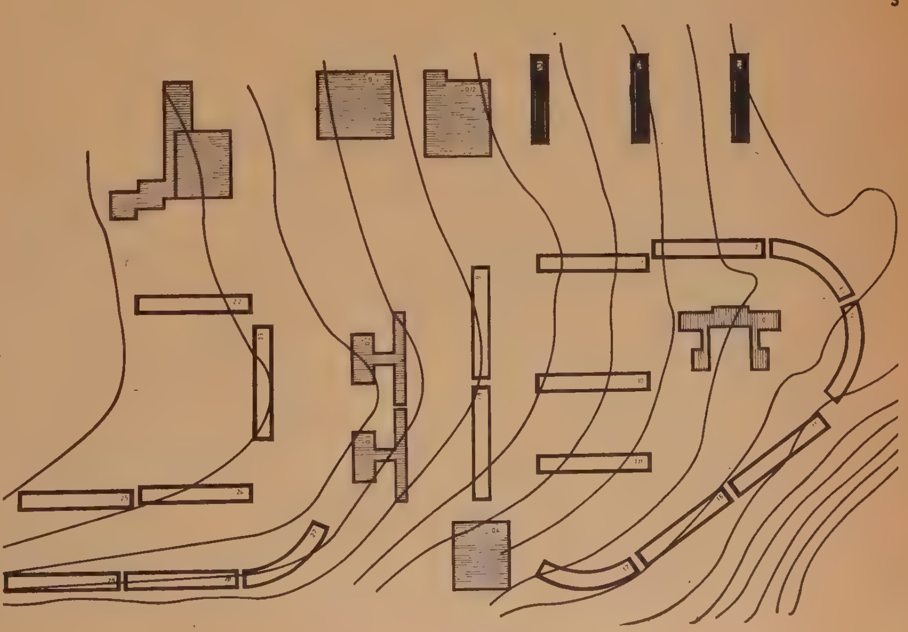
Die neuen Forderungen für eine höhere Qualität in Architektur und Städtebau, die auch in Direktiven und Grundorientierungen auf der 6. und 10. Tagung des ZK der SED sowie auf der 6. Baukonferenz festgelegt wurden, stellen aber auch erhöhte Anforderungen an die Bauvorbereitung und Baudurchführung. In sozialistischer Gemeinschaftsarbeit sollten daher die Fachverbände des BdA/DDR und der KDT mit den Werktätigen in den Plattenbauwerken und der Baustelle unter Anwendung neuer ökonomischer Verfahren und Methoden diese Aufgaben immer mehr meistern helfen.

Aufgabe muß es sein, einen größtmöglichen architektonisch-städtebaulichen und hohen funktionellen Gebrauchswert zu erhalten, der optimal einer günstigen industriellen Herstellungsökonomie entspricht.

1|2
Blick auf den 1. Bauabschnitt des Wohngebietes Gera-Lusan. Generalprojektant: VE WBK Gera

3
Lageplan

3





1



2



3

Lärmschutzgerechte Planung neuer Wohngebiete

unter Anwendung des Standards TGL 10 687, Bl. 6

Dipl.-Ing. Rochus Schrammek
Büro des Bezirksarchitekten Dresden

Die Berücksichtigung des Lärmschutzes bei der Planung von neuen Wohngebieten wird grundsätzlich durch Einhaltung der Forderungen des Landeskulturgesetzes bzw. des Standards TGL 10 687 (Schallschutz) gewährleistet. Beide Vorschriften enthalten höchstzulässige Immissionsgrenzwerte, die außerhalb bzw. innerhalb von Wohngebäuden und gesellschaftlichen Einrichtungen eingehalten werden müssen. Insofern ist es also prinzipiell möglich, eine lärmschutzgerechte Planung des komplexen Wohnungsbaues zu betreiben. Nach langjähriger praktischer Handhabung des Standards TGL 10 687, besonders des Blattes 6, erscheint es jedoch notwendig, die gewonnenen Erfahrungen in den nachfolgenden drei Problemkreisen darzulegen und Vorschläge zur weiteren Qualifizierung des Blattes 6 zu unterbreiten.

1. Die Genauigkeit der Ausgangsdaten beeinflußt entscheidend das Rechenergebnis nach Blatt 6

In der Planungsphase können bekanntlich weder die künftigen Schallquellen gemessen noch die Wirkung geplanter Schutzmaßnahmen praktisch überprüft werden. Diesem Umstand soll das Blatt 6 des Standards TGL 10 687 — Schallschutz — Nachweis der Lärmimmission für Außenlärm (früher: Territoriale und städtebauliche Planung) — Rechnung tragen.

Das Blatt 6 enthält für wohngebietstypische Lärmquellen (z. B. Verkehr, Kinder) die zugehörigen Emissionswerte, die aus Messungen abgeleitet wurden. Allerdings hängen diese Emissionswerte von vielen Faktoren ab, die einen verschieden großen Einfluß ausüben und deshalb in ihrem Zusammenwirken sehr schwer überschaubar sind. So wird der äquivalente Dauerschallpegel einer Straße unterschiedlich stark beeinflußt durch

a) die Anzahl der tags und nachts verkehrenden Kraftfahrzeuge
b) den prozentualen Anteil der einzelnen Kraftfahrzeugarten (Verkehrsmischung)
c) die Art der Straßendecke
d) den Zustand der Straßendecke
e) das Längsgefälle der Straße
f) die Nähe von Kreuzungen, Fußgängerschutzwegen.

Die Berücksichtigung aller dieser Faktoren bei der Berechnung des künftig zu erwartenden äquivalenten Dauerschallpegels ist zweifellos notwendig, um ein hinreichend exaktes Ergebnis zu erhalten.

Andererseits muß jedoch mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß sich die Prognose-Größen dieser Faktoren zur Zeit der Planungsphase in der Regel nicht exakt bestimmen lassen. Die Unsicherheiten treten im obengenannten Beispiel hauptsächlich bei den Faktoren Verkehrsmischung und Anzahl der verkehrenden Kraftfahrzeuge (abhängig von Prognose-Motorisierungsgrad, Verhältnis KFZ/Spitzenstunde zu beheimateten KFZ, Verhältnis KFZ/Spitzenstunde zu Verkehrsbelegung tags und nachts lt. Blatt 6, Verhältnis der KFZ-Stellplätze am Rande und innerhalb des Wohngebietes sowie dem Anteil der Fahrten von den Randstellplätzen zu den Wohnungen, usw.). Es liegt auf der Hand, daß diese Faktoren für bestimmte Straßen eines geplanten Wohngebietes auf 20 bis 30 Jahre im voraus nicht exakt bestimmbar sind.

Mit Hilfe der Fehlerrechnung kann man die Genauigkeit der Größe einzelner oder mehrerer Faktoren abschätzen. Als Beispiel soll hier die Genauigkeit der Verkehrsbelegung einer Anliegerstraße in der lautesten halben Stunde nachts ermittelt werden. Die Verkehrsbelegung läßt sich darstellen wie folgt:

$V_{nachts} = A \cdot B \cdot C \cdot D \cdot E$ PKWLE/Stunde,

wobei

A = Prognose-Motorisierungsgrad 850 PKW/1000 WE,

B = Prognose-Verkehrsmischung 1,25 PKWLE/KFZ, d. h. 90% PKW, 5% LKW, 5% Kr

C = Verkehrsbelegung der Spitzenstunde = 53% der in der Anliegerstraße beheimateten KFZ(-Besitzer) = 450 KFZ/Spitzenstunde · 1000 WE

D = Verkehrsbelegung der lautesten halben Stunde nachts = 20% von C (s. Blatt 6)

E = Reduktion des Verkehrs in der Anliegerstraße, weil sich nur ca. 25% der erforderlichen Stellplätze in der Anliegerstraße befinden und von den restlichen Stellplätzen am Rande des Wohngebietes (75%) nur ca. 10% nachts (bzw. vor 6 Uhr) in der Anliegerstraße vorfahren.

Reduktion: 25% + 10% von 75% = ca. 33%.

Die mittleren Fehler der Faktoren A bis E werden mit folgender Größe angesetzt:

$m_A = \pm 50$ PKW/1000 WE

$m_B = \pm 0{,}15$ PKWLE/KFZ (dies entspricht z. B. einer Änderung von B auf 84% PKW, 8% LKW, 8% Kr)

$m_C = \pm 10\%$ von C

$m_D = \pm 15\%$ von D

$m_E = \pm 15\%$ von E

Daraus ergibt sich die Verkehrsbelegung mit ihrem mittleren Fehler (nach dem Fehlerfortpflanzungsgesetz) zu

$V_{nachts} = 850 \cdot 1{,}25 \cdot 0{,}53 \cdot 0{,}20 \cdot 0{,}33$

$V_{nachts} = 37$ PKWLE/Spitzenstunde · 1000 WE

$$m_{V_{nachts}} = \pm \sqrt{\left(\frac{\partial V}{\partial A} m_A\right)^2 + \left(\frac{\partial V}{\partial B} m_B\right)^2 + \left(\frac{\partial V}{\partial C} m_C\right)^2 + \left(\frac{\partial V}{\partial D} m_D\right)^2 + \left(\frac{\partial V}{\partial E} m_E\right)^2}$$

$$= \pm \sqrt{2{,}2^2 + 4{,}4^2 + 3{,}5^2 + 5{,}6^2 \pm 5{,}6^2}$$

$m_{V_{nachts}} = \pm 10$ PKWLE/Spitzenstunde · 1000 WE

Der mittlere Fehler der Verkehrsbelegung V beträgt also mehr als ±25%. Der maximale Fehler, der definitionsgemäß die dreifache Größe des mittleren Fehlers besitzt, liegt sogar bei ±80% des absoluten Wertes von V. Diese großen Fehler der Prognoseverkehrsbelegung gehen voll in die Ermittlung des äquivalenten Dauerschallpegels ein.

Es zeigt sich also, daß allein durch die Fehlerhaftigkeit einer einzigen Ausgangsgröße der zu erwartende äquivalente Dauerschallpegel um 1 bis 2 dB, maximal jedoch bis 8 dB verfälscht sein kann. Deshalb ist es möglich, daß ein in der Planungsphase aus L_{eq} (Straßenverkehr) richtig abgeleiteter Mindestabstand in Zukunft durchaus auf das Doppelte erhöht werden müßte oder auch um die Hälfte reduziert werden könnte.

Die Fehlerhaftigkeit von Lärmschutzberechnungen für geplante städtebauliche Räume liegt also in hohem Maße bereits in den Fehlern der Ausgangsdaten begründet. da auch für die übrigen Lärmquellen (Parkverkehr, Eisenbahnverkehr, Flugverkehr, Pausenhöfe und Kinderspielplätze) mit ähnlichen Unsicherheiten gerechnet werden muß.

2. Offene Probleme des Blattes 6

Die Ungenauigkeiten der Ausgangsdaten sind allerdings nicht allein verantwortlich für abweichende Ergebnisse bei Lärmschutzberechnungen. Auch im Standard TGL 10 687, insbesondere im Blatt 6, sind noch folgende offene Probleme enthalten, die schnell einer Lösung zugeführt werden müßten:

1) Der Punkt 3.1.1 (fließender Verkehr) gibt für die lauteste halbe Stunde nachts, die in der Regel zwischen 5.30 und 6.00 Uhr liegt, eine Verkehrsbelegung von 20% (PKWLE/h) der täglichen Spitzenstunde an. Dieser Wert liegt in der DDR in der Regel höher und ist möglicherweise noch im Ansteigen begriffen. Hier sollten die Forschungsinstitutionen des Verkehrswesens eine Einschätzung für die Prognose geben, und zwar möglichst getrennt für Haupt- und Nebennetzstraßen sowie für Wohngebiete in zentraler bzw. Randlage der Städte.

Oder aber man verschiebt die international üblichen Tag-/Nachtgrenzen (6 und 22 Uhr) für die DDR auf 5.30 und 21.30 Uhr. Dann könnte vielleicht der Wert 20% zutreffen. Die morgendliche Nacht-/Taggrenze ist ja stark abhängig vom durchschnittlichen Arbeitsbeginn, der in der DDR offensichtlich früher liegt als in anderen Ländern.

Deshalb könnte die 6-Uhr-Grenze beibehalten werden, wenn eine größere Anzahl von Betrieben später mit der Arbeit beginnen würde. Eine wirksame Arbeitszeitstaffelung erleichtert nicht nur die Lärmbekämpfung, sondern löst auch wesentliche Probleme des Spitzen-Berufsverkehrs.

2) Ein weiteres offenes Problem des Blattes 6 liegt darin, daß einheitlich festgelegte Schallpegeldifferenzen für Verkehrslärm, 1 m vor der Gebäudefassade und in der Mitte des Nachweisraumes bei geschlossenen und teilweise geöffneten Fenstern gemessen, fehlen. In diese Differenzen müßten mittlere Werte eingehen für die Schalldämmung der Außenwand und der Verbundfenster, für den Fensteranteil an der Fassade, Einbaumängel und Alterung der Fenster, Spektrum des Verkehrslärms, äquivalente Schallabsorbtionsfläche des Raumes, usw. In der städtebaulichen Planungspraxis können bei der Lärmberechnung innerhalb von Nachweisräumen nur mittlere Schallpegeldifferenzen (z. B. 25 bzw. 15 dB(Al)) Anwendung finden, weil der Weg über Eignungsprüfungen und sonstige Versuche zu aufwendig ist und außerdem die scheinbar exakten Ausgangsdaten bis zur Realisierung des Bauvorhabens ohnehin Veränderungen unterliegen.

3) Noch nicht gelöst erscheint die Berechnungsmethode für die Mindestentfernungen, die der äquivalente Dauerschallpegel von Eisenbahnen erfordert. Im Entwurf vom November 1970 betrug die Schallpegelabnahme bei Entfernungsverdoppelung 5 dB, im Entwurf vom August 1972 nur noch 3 dB. Dies führt zu unvertretbar großen Abständen, die praktisch und theoretisch nicht erforderlich sind. So dürfte ein Wohnhaus (geschlossene Verbundfenster), das parallel zu einer zweigleisigen Hauptstrecke (10 Züge/Spitzenstunde) steht, erst in etwa 500 m Entfernung gebaut werden. Im übrigen könnte die Unterscheidung in Tag- und Nachtwerte entfallen, da — zumindest auf Hauptstrecken — die Belegung über 24 Stunden nur sehr wenig schwankt und die „Spitzenstunde“ meist in den Zeitraum 4 bis 6 Uhr (nachts) fällt.

4) Die Angaben des maximalen Schalldruckpegels bei Eisenbahnen sollten nochmals überprüft werden. Nach Tabelle 4 im Entwurf vom August 1972 muß ein parallel zur Eisenbahn stehender Wohnblock (unter Berücksichtigung des Staudruckes) mindestens 180 m vom nächstgelegenen Gleis entfernt sein. Dieser große Abstand erscheint nach praktischen Erfahrungen nicht gerechtfertigt und führt oftmals — besonders an Nebenstrecken — zu einer wenig ökonomischen Baulandausnutzung.

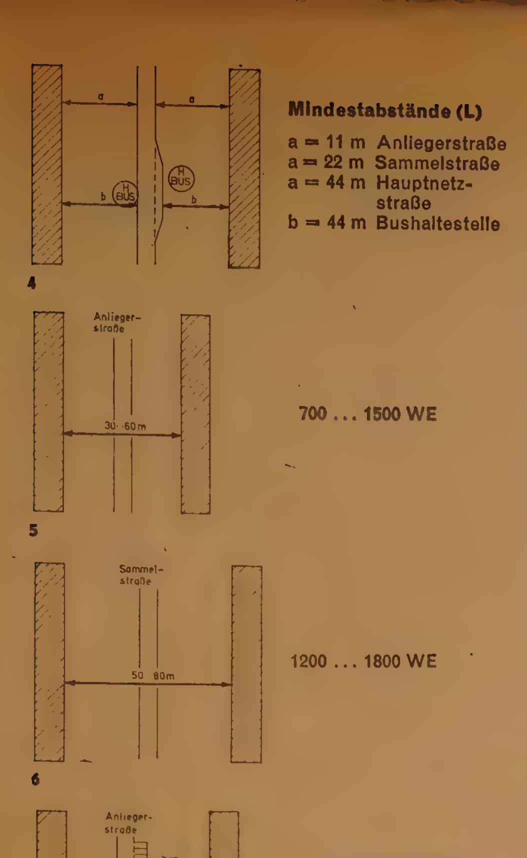
5) Beide Entwürfe zum Blatt 6 enthalten einen Hinweis, daß der maximale Schalldruckpegel für Parkplätze aus Tabelle 2 abzulesen sei. In der Tabelle 2 fehlt jedoch eine solche Angabe, die allerdings für die Planung sehr wichtig wäre.

6) Die Planung neuer Wohngebiete umfaßt im weiteren Sinne auch die Umgestaltung von Altbaugebieten. In diesen Stadtteilen lassen sich die Lärmschutzabstände, die für neu entstehende Wohngebiete angewendet werden müssen, infolge der vorhandenen Bindungen in der Regel nicht realisieren. Deshalb sollte in den Standard TGL 10 687 der Hinweis aufgenommen werden, daß bei der Umgestaltung von Altbaugebieten die höchstzulässigen Schalldruckpegel für Stadtzentren gelten.

3. Notwendige Ergänzungen zum Blatt 6

Zusammenfassend ist also festzustellen, daß das Blatt 6 des Standards TGL 10 687 nach Lösung einiger offener Probleme gut zu Lärmschutzberechnungen für geplante städtebauliche Räume geeignet ist, sofern gesicherte Ausgangsdaten für die Lärmquellen vorhanden sind. Der Lärmschutzfachmann kann mit Hilfe des Blattes 6 einzelne städtebauliche Situationen mit mehreren Lärmquellen verschiedener Stärke und Entfernung auf ihre Zulässigkeit überprüfen und gegebenenfalls Schutzmaßnahmen vorschlagen.

Der Stadtplaner ist jedoch in der Regel kein Lärmschutzspezialist. Der Stadtplaner muß — unter Beachtung von Gestaltung und Ökonomie — alle städtischen Funktionen optimal koordinieren. Dazu gehören aber bekanntlich nicht nur die Belange des Lärmschutzes, sondern alle wichtigen Forderungen und Bedingungen von Wohnbauten und Sammelkanälen, gesellschaftlichen Zentren und techni-



Mindestabstände (L)

a = 11 m Anliegerstraße
a = 22 m Sammelstraße
a = 44 m Hauptnetzstraße
b = 44 m Bushaltestelle

4

700 ... 1500 WE

5

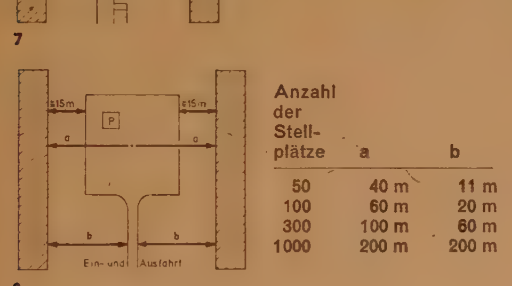
1200 ... 1800 WE

6

3 lfm Straße/Stellplatz: 200 ... 500 WE

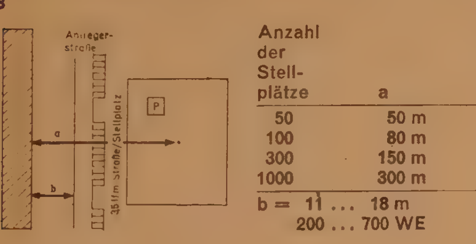
5 lfm Straße/Stellplatz: 500 ... 1000 WE

7



Anzahl der Stellplätze	a	b
50	40 m	11 m
100	60 m	20 m
300	100 m	60 m
1000	200 m	200 m

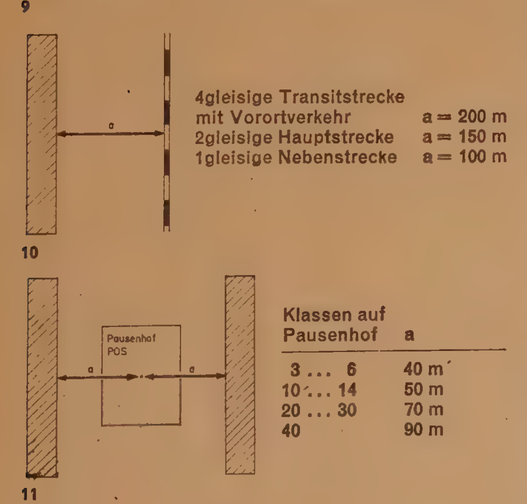
8



Anzahl der Stellplätze	a
50	50 m
100	80 m
300	150 m
1000	300 m

b = 11 ... 18 m
200 ... 700 WE

9



	a
4gleisige Transitstrecke mit Vorortverkehr	a = 200 m
2gleisige Hauptstrecke	a = 150 m
1gleisige Nebenstrecke	a = 100 m

10

Klassen auf Pausenhof	a
3 ... 6	40 m
10 ... 14	50 m
20 ... 30	70 m
40	90 m

11

Anzahl der Kinder	a
50	40 m
100	50 m
150	60 m
200	70 m

12

1
Lärmschutzabstand ($\widehat{L}$) von einer Hauptnetzstraße (vgl. Bild 4)

2
Lärmschutzabstand ($\widehat{L}$) von einer Bushaltestelle (vgl. Bild 4)

3
Lärmschutzabstände ($\widehat{L}$) von einer Anliegerstraße mit Parkstreifen (vgl. Bild 7)

4
Lärmschutzabstände entsprechend dem maximalen Schalldruckpegel ($\widehat{L}$)

5
Maximale Anzahl von WE, die durch eine mittig geführte Anliegerstraße ($\widehat{L}$, L_{eq}) erschlossen werden dürfen (abhängig vom Gebäudeabstand)

6
Maximale Anzahl von WE, die durch eine mittig geführte Sammelstraße mit Linienbusverkehr, ohne Haltestellen, ($\widehat{L}$, L_{eq}) erschlossen werden dürfen (abhängig vom Gebäudeabstand)

7
Maximale Anzahl von WE, die durch eine mittig geführte Anliegerstraße mit Parkstreifen ($\widehat{L}$, L_{eq}) erschlossen werden dürfen (abhängig von Gebäudeabstand und Stellplatzkonzentration)

8
Lärmschutzabstände ($\widehat{L}$, L_{eq}) von Parkplätzen unterschiedlicher Größe und von den zugehörigen Ein- und Ausfahrten

9
Lärmschutzabstände ($\widehat{L}$, L_{eq}) von einer Kombination von Parkplatz und Anliegerstraße mit Parkstreifen (abhängig von der Parkplatzgröße und der Anzahl WE, die von der Anliegerstraße erschlossen werden)

10
Lärmschutzabstände ($\widehat{L}$, L_{eq}) von unterschiedlich klassifizierten Eisenbahnstrecken unter Berücksichtigung der Punkte 2.3 und 2.4

11
Lärmschutzabstände (L_{eq}) von Pausenhöfen polytechnischer Oberschulen (abhängig von der Anzahl der Klassen)

12
Lärmschutzabstände (L_{eq}) von Kindergarten-Spielflächen (abhängig von der Kapazität des Kindergartens)

13
Lärmschutzabstand ($\widehat{L}$) von einer Anliegerstraße ohne Senkrechtparker (vgl. Bild 4)

schen Stationen, Straßen und Wäschetrockenplätzen, Bushaltestellen und Fußgängerbereichen, Parkplätzen und Kinderspielplätzen, Brandschutz und bildender Kunst, Grüngestaltung und Müllcontainern, Tobeplätzen und Schulbereichen, Besonnung und Montagetechnologien, Lufthygiene und Typenangeboten usw..

Es liegt auf der Hand, daß der Stadtplaner beim Entwerfen eines Wohngebietes alle diese verschiedenartigen Forderungen zunächst nur prinzipiell (also von ihrem Grundanliegen her) berücksichtigen und aufeinander abstimmen kann. Die Präzisierung und endgültige Optimierung aller Belange ist dann erst im Verlaufe der weiteren Bearbeitung, mitunter erst bei der Projektierung möglich. Eine zufriedenstellende Optimierung läßt sich jedoch letztlich nur dann erreichen, wenn alle Forderungen bereits im ersten Entwurf prinzipiell berücksichtigt wurden.

Die grundsätzliche Berücksichtigung des Lärmschutzes im allerersten Stadium des Entwurfes für ein Wohngebiet ist also von außerordentlicher Bedeutung, denn prinzipielle Fehler lassen sich in der weiteren Bearbeitung nur sehr schwer oder gar nicht mehr beseitigen. Der Stadtplaner braucht also — als Ergänzung zum Blatt 6 — einige wenige einprägsame, praktikable und im Normalfall an der Grenze zulässig/unzulässig liegende Faustwerte, die ihm die Einhaltung der Lärmschutzforderungen beim ersten Entwerfen ohne Berechnungen im großen und ganzen gewährleisten. Solche Faustwerte sind z. Zt. weder im Blatt 6 noch in den entsprechenden Richtlinien für die städtebauliche Planung enthalten. Die Faustwerte müßten aus dem Blatt 6 unter weitgehender Vereinfachung der vielgestaltigen Einflußfaktoren für häufig wiederkehrende Regelfälle abgeleitet werden, am besten in Form von Graphiken. In den Bildern 4 bis 12 sind einige Beispiele dargestellt, für die folgende Vereinfachungen gelten:

a) Der Nachweisort ist die Außenfassade von Wohnbauten, Vorschul- und Schulgebäuden, Ambulatorien usw. Die ausgewiesenen Mindestentfernungen beziehen sich auf praktikable Abstände zwischen den Fassaden dieser Gebäude und Straßen- und Parkstreifenborden, Gleiskörperbegrenzungen und Mittelpunkten von Spiel-, Pausen- und Parkflächen.

13

b) Der Mindestabstand von Straßen hinsichtlich L_{eq} wird nicht aus der zukünftigen Verkehrsbelegung, sondern direkt aus der Anzahl der angeschlossenen Wohnungen abgeleitet. Aus dem Rechengang nach Pkt. 1 ergeben sich folgende Beziehungen zwischen Prognosebelegung und angeschlossenen WE einer Nebennetzstraße:

Anliegerstraße,
Belegung nachts = 40 PKWLE/1000 WE · Stunde
Belegung tags = 250 PKWLE/1000 WE · Stunde
Sammelstraße,
Belegung nachts = 55 PKWLE/1000 WE · Stunde
Belegung tags = 265 PKWLE/1000 WE · Stunde

Die unterschiedlichen Werte bei Sammel- und Anliegerstraßen resultieren aus der Berücksichtigung von Linienbusverkehr auf der Sammelstraße.

Die unterschiedlichen Werte tags und nachts ergeben sich aus den verschiedenen Faktoren D und E lt. Pkt. 1 (20 bzw. 70% und 10 bzw. 50%). Die auf diese Weise ermittelten Prognose-Verkehrsbelegungen (tags/nachts) erfordern unter Berücksichtigung der unterschiedlichen zulässigen Immissionsgrenzwerte (tags/nachts) etwa die gleichen Mindestabstände für Tag und Nacht. Damit sind weitere Vereinfachungen gegeben.

c) Die Schallreflexion wird mit einem mittleren Wert von 4 dB angesetzt, und zwar ohne Rücksicht auf Gebäudestellung und -höhen. Sehr ungünstige Verhältnisse (über 5 dB) werden ohnehin bei Erfüllung der Besonnungsforderungen vermieden.

d) Die Erschließungsfähigkeit einer Straße (in WE) erhöht sich, wenn sie nur einseitig angebaut ist (reflektierende Fassaden mindestens 150 m entfernt), auf 140%. Oder die ausgewiesene Entfernung darf auf 70% verringert werden (jedoch keine Unterschreitung der Mindestentfernung nach Bild 4).

e) Die Erschließungsfähigkeit einer Straße (in WE) — wie zuvor abgeleitet — gilt für 0 ... 3% Längsgefälle. Bei größerem Längsgefälle verringert sich die Anzahl der anschließbaren WE (z. B. bei p = 6% auf 60%), oder der Abstand Straße—Gebäude wird vergrößert (z. B. bei p = 6% auf 200%).

f) Bei Kombination mehrerer Lärmquellen werden nur die Faktoren mit dem stärksten Einfluß berücksichtigt.

Aus vorstehenden Vereinfachungen lassen sich übersichtliche, praktikable Standard-Beispiele ableiten, wie sie in den Bildern 4 bis 12 als Auswahl beigefügt sind. An Hand der Bilder kann man auf einen Blick und ohne Rechnung abschätzen, ob die vorgesehenen Abstände von Wohngebäuden zu Straßen, Stellplätzen, Eisenbahnen, Kindereinrichtungen usw. ungefähr ausreichend sind oder nicht. Es lassen sich aus den Bildern aber auch gewisse lärmschutztechnisch bedingte städtebauliche Planungsprinzipien ableiten, wie:

Einer Anliegerstraße darf in der Regel nur **einseitig** ein Parkstreifen in Senkrechtaufstellung zugeordnet werden (nicht weniger als 3,0 lfm Straßenlänge/Stellplatz).

Großparkplätze mit wesentlich mehr als 300 Stellplätzen können auch am Rande eines Wohngebietes wegen der erforderlichen Schutzabstände zu Wohn- und gesellschaftlichen Bauten kaum eingeordnet werden.

Der Minimalabstand von Parkstreifen (Senkrechtaufstellung) und Parkplätzen kann aus dem äquivalenten Dauerschallpegel abgeleitet werden und beträgt etwa 15 m.

Bushaltestellen erfordern ein weites Abrücken der Wohn- und gesellschaftlichen Bauten. Sie müssen daher bereits beim ersten Entwurf stärkste Beachtung finden.

Kindergärten und Pausenhöfe dürfen nur in sehr großen Wohnhöfen angeordnet werden.

Zusammenfassend sei nochmals festgestellt, daß die Faustwerte in den Beispielen der Bilder 4 bis 12 auf Mittelwerten der TGL 10 687, Blatt 6, basieren und für das städtebauliche Entwerfen, nicht aber zur Berechnung bestimmter Lärmsituationen gedacht sind. Die Faustwerte sollen deshalb in keiner Weise das Blatt 6 ersetzen, sondern für die städtebauliche Planungspraxis sinnvoll ergänzen.

Durch die Kombination von exakter Berechnung und übersichtlichen Faustwerten wird somit das Blatt 6 des Standards TGL 10 687 zu einem wirksamen Instrument bei der Realisierung des Lärmschutzes in geplanten Wohngebieten und darüber hinaus bei der Erfüllung des Anliegens des Landeskulturgesetzes.

Gesellschaftliche Bauten in Wohngebieten

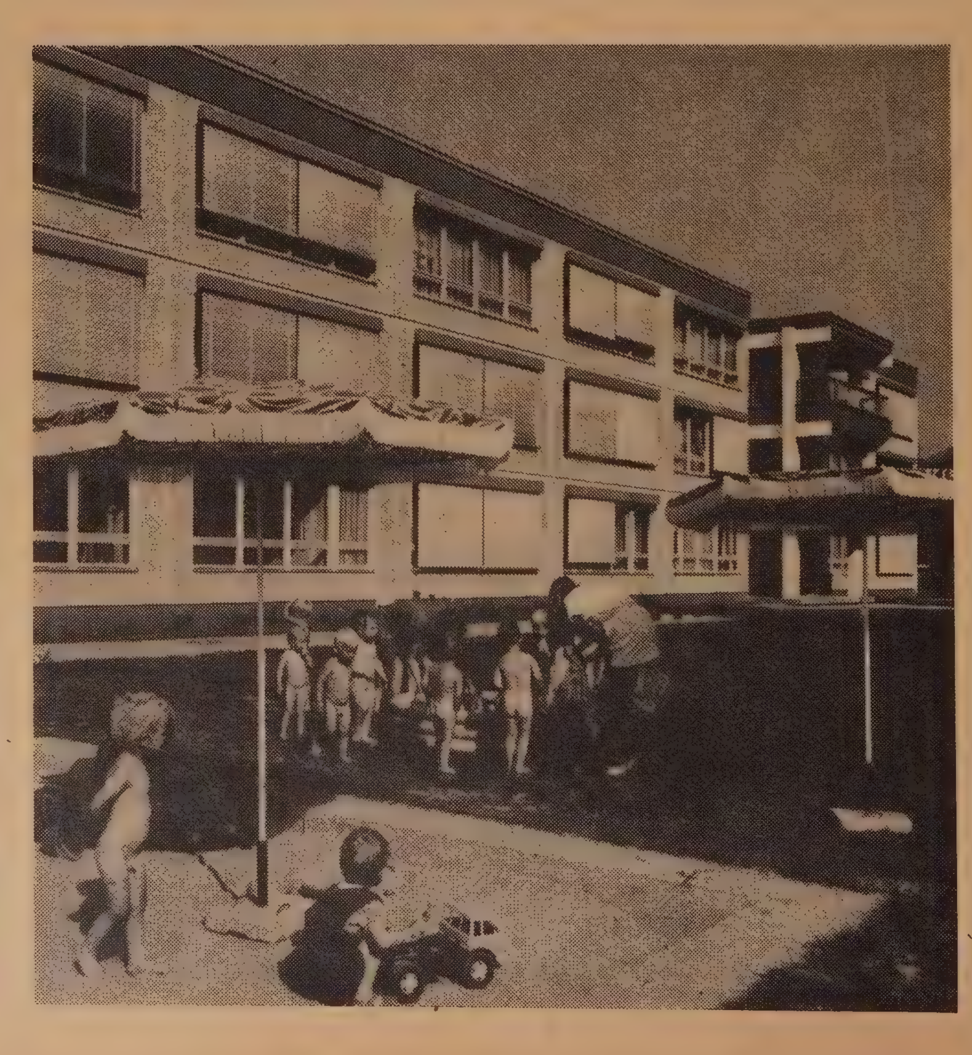
Der Wohnungsbau im Sinne unseres sozialpolitischen Programms wird dann richtig angepackt, wenn wir ihn als einen ganzen Komplex von Maßnahmen verstehen. Das betrifft vor allem den Bau von Kinderkrippen, Kindergärten und Schulen, von Feierabendheimen, Gesundheitseinrichtungen, Kaufhallen und des Sports.

Damit beeinflußt und fördert der Wohnungsbau unmittelbar die Verwirklichung anderer wichtiger Teile des sozialpolitischen Programms.

Komplexer Wohnungsbau – das heißt mit einem Wort weitere Ausgestaltung der gesellschaftlichen sozialistischen Beziehungen. Wir meinen, daß dies auch in der architektonischen und städtebaulichen Gestaltung, in der weiteren Verbesserung der Wohnumwelt, in der Anlage von Grünflächen, Spiel- und Sporteinrichtungen, aber auch niveauvollen Gaststätten seinen Ausdruck finden sollte. Es geht hier um wichtige Gebiete der gesellschaftlichen Konsumtion, um einen Bereich, dessen Bedeutung mit jedem weiteren Schritt bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ständig zunimmt.

Um unser Anliegen zusammenfassend deutlich zu machen: Wir bauen Wohnungen und was an Gemeinschaftseinrichtungen dazugehört für das Wohlbefinden, die Gesundheit und die Lebensfreude der Menschen.

Erich Honecker
auf der 6. Baukonferenz





1

Wohngebietszentren in der DDR

Oberingenieur Werner Prendel, Architekt BdA/DDR
Bauakademie der DDR
Institut für Städtebau und Architektur

1
Zentrum des Wohngebietes 1 in Halle-Neustadt

In fast allen neuen Wohngebieten in der DDR haben sich in den letzten Jahren in vielfältiger Form Wohngebietszentren herausgebildet. Diese Zentren sind Etappen einer kontinuierlichen Entwicklung, die der komplexe Wohnungsbau in unserer Republik genommen hat. Sie sind Ausdruck neuer Formen gesellschaftlicher sozialistischer Beziehungen. Diese Zentren kennzeichnen gleichzeitig den Weg, den die Entwicklung der gesellschaftlichen Einrichtungen in der zurückliegenden Zeit genommen hat. Sie spiegeln auch wider, in welchem Maße es gelungen ist, mit Hilfe der gesellschaftlichen Einrichtungen in den Wohngebieten Zentren des Gemeinschaftslebens zu organisieren.

Das seit 1961 in Relation zum Normativ des reinen Wohnungsbaues schnellere Ansteigen des Investitionsvolumens für gesellschaftliche Einrichtungen im komplexen Wohnungsbau ist nicht nur Ausdruck der konsequenten Politik von Partei und Regierung zur ständigen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen in der DDR, sondern auch sichtbares Zeichen für die wachsende Bedeutung, die den gesellschaftlichen Einrichtungen auf dem Wege zur entwickelten sozialistischen Gesellschaft beigemessen wird. So ist auch das Wohnungsbauprogramm als Kernstück des sozialpolitischen Programms mit der ständigen Ausgestaltung der sozialistischen Lebensweise verbunden.

Im Bewußtsein der daraus resultierenden großen Verantwortung bei der Lösung der vom VIII. Parteitag der SED gestellten Hauptaufgabe, verbunden mit der durch die 6. Baukonferenz gegebenen Orientierung, ist erneut die Frage zu stellen, ob wir mit dem gegenwärtigen Entwicklungsstand der Wohngebietszentren auch alle Möglichkeiten ausgeschöpft haben, um damit für das Wohlbefinden, die Gesundheit und die Lebensfreude der Menschen alle Voraussetzungen zu schaffen.

In allen Bebauungskonzeptionen für die Wohnungsbaustandorte der nächsten Jahre sind sehr gute Lösungsvorschläge zur Gestaltung von Wohngebietszentren enthalten. Diese Konzeptionen lassen sich aber nur dann in baulich-räumliche Lösungen umsetzen, wenn mehr als bisher bestimmte Grundbedingungen beachtet werden und an dem damit verbundenen, noch zu lösenden Aufgaben zielstrebig weitergearbeitet wird. Die gemeinsamen Arbeiten mit Wohnungsbaukombinaten, Büros für Städtebau und mit Instituten der Fachplanträger an Beispiellösungen für gesellschaftliche Zentren in Wohngebieten und die Erkenntnisse aus der Begutachtung der Bebauungskonzeptionen lassen das deutlich erkennen.

Aus der Grundbedingung, das Wohnungsbauprogramm mit dem geplanten volkswirtschaftlichen Aufwand zu erfüllen, leiten sich für die Entwicklung der Wohngebietszentren spezifische Bedingungen ab, die auf eine Intensivierung und Erhöhung der Effektivität in der städtebaulichen Planung, in der Gebäudeentwicklung, in der Bauausführung und in der Nutzung der Einrichtungen abzielen. Diese Bedingungen stehen in Wechselwirkung zueinander und vereinen in sich quantitative und qualitative Aspekte.

1. Es müssen mehr und zugleich bessere gesellschaftliche Einrichtungen errichtet werden.

„Wollen wir mehr und bessere gesellschaftliche Einrichtungen bauen, so setzt das die Entwicklung von Erzeugnissen im Gesellschaftsbau voraus, die eine wesentliche Steigerung der Arbeitsproduktivität der Baukombinate ermöglichen und die sich gleichzeitig durch einen höheren Grad der Kombinationsfähigkeit auszeichnen, um abwechslungsreiche und vielgestaltige Ensembles zu schaffen". (1)

Mehr gesellschaftliche Einrichtungen bedeutet aber nicht nur eine höhere Stückzahl für die Einrichtungen, die bereits zum Produktionsprogramm der Baukombinate gehören, wie Schulen, Vorschuleinrichtungen, Kaufhallen und Turnhallen, sondern auch Entwicklung von Einrichtungen für die ambulante medizinische Betreuung, von Wohngebietsgaststätten, von Einrichtungen für die Dienstleistung und von Feierabendheimen. Es wäre auch falsch, wenn man bessere gesellschaftliche Einrichtungen durch eine maximale Vergrößerung der Objekte zu erzielen versucht, wie das z. B. bei Kaufhallen der Fall war. Sowohl betriebstechnologische Erfahrungen als auch die Erfahrungen bei der städtebaulichen Einordnung solcher Objekte sprechen gegen eine solche



2

Tendenz. Viel wichtiger ist, daß die vorhandenen und die in Entwicklung befindlichen Erzeugnisse des Gesellschaftsbaues zunächst auf eine höhere Kombinationsfähigkeit und auf eine variablere Gestaltung hin überprüft und durch Rationalisierungsmaßnahmen diesen Forderungen weitgehend angenähert werden, wobei die Kombinationsfähigkeit aus städtebaulicher Sicht zwei Seiten hat:

- Die städtebaulich-räumliche Kombination der einzelnen Bauwerke zu einem Ensemble setzt neben einer entsprechenden äußeren Gestaltung auch bestimmte Anbinde- oder Kopplungsbedingungen hinsichtlich technischer Erschließung, Versorgungsverkehr und Freiflächengestaltung voraus. Dies wird die Variationsbreite von vornherein auf das mögliche Maß reduzieren, ohne die städtebaulichen Gestaltungsabsichten einzuschränken. Untersuchungen des Tiefbaukombinates in Halle z. B. haben ergeben, daß bei einer Kombination der gesellschaftlichen Einrichtungen zu einem gut gestalteten städtebaulichen Ensemble der Tiefbauaufwand reduziert werden kann.

- Die städtebaulich-funktionelle Kombination der einzelnen Einrichtungen in einem Zentrum ist bereits eine höhere Form der Kombination. Sie schafft die Voraussetzungen für engere Funktionsverflechtungen und setzt komplex entwickelte gesellschaftliche Einrichtungen voraus.

Der Schwerpunkt liegt zunächst eindeutig auf der ersten Form der Kombination. Dazu sind zweckentsprechende Zuordnungsvarianten erforderlich, wie sie sich aus den städtebaulichen Einordnungsprinzipien für gesellschaftliche Zentren (vgl. Beitrag Uhlmann) ableiten lassen.

2. Die Normative des komplexen Wohnungsbaus sind einzuhalten.

Um die im komplexen Wohnungsbau zur Verfügung stehenden Mittel für Gemeinschaftseinrichtungen nicht nur einzuhalten, sondern auch mit hohem Effekt einzusetzen, muß in höherem Maße als bisher auf solche Einrichtungen orientiert werden, die eine Mehrzwecknutzung zulassen.

Eine wichtige Voraussetzung dafür ist die Vereinheitlichung heute noch unterschiedlicher und zum Teil maßgeschneiderter funktioneller Lösungen. Die Gebrauchseigenschaften für die funktionellen Forderungen müssen unseren Bedingungen angepaßt werden, d. h. eine bessere wissenschaftliche Durchdringung der Nutzungsbedürfnisse und der möglichen Mittel ihrer Erfüllung. Das erste Beispiel dafür ist der in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit entstandene Lösungsvorschlag für eine neue Wohngebietsgaststätte. Ähnliche Lösungsprinzipien bieten sich im Bereich der Dienstleistungseinrichtungen an.

Bei der Ausstattung der Wohngebiete mit gesellschaftlichen Einrichtungen und der Bildung von Zentren sollte zugleich die vorhandene Möglichkeit zur Nutzung bereits bestehender gesellschaftlicher Einrichtungen mit in das Konzept einbezogen werden. Nur in Ausnahmefällen wird man vorhandene gesellschaftliche Einrichtungen zugunsten neuer Einrichtungen aufgeben. Die Rekonstruktion dieser Einrichtungen trägt zur Erhaltung wertvoller baulicher Substanz und zur Einhaltung der Normative bei.

Dort, wo es zweckmäßig und städtebaulich erforderlich ist, ist auch die Erdgeschoßzone der Wohnbauten für kleinere gesellschaftliche Einrichtungen zu nutzen. Voraussetzung ist jedoch, daß diese Einrichtungen nicht zusätzlich, sondern als Bestandteil des Ausstattungsprogrammes geplant werden. Die städtebaulichen Planungsgrundlagen für gesellschaftliche Einrichtungen und die im Rahmen der WBS 70 ausgearbeiteten Projektierungsgrundlagen für die sogenannte Funktionsunterlagerung bieten für zweckmäßige Lösungen gute Ausgangsmaterialien und gleichzeitig Voraussetzungen, um die vorgegebenen Richtwerte für den Investitionsaufwand zu unterbieten.

3. Die für den Gesellschaftsbau zur Verfügung stehenden Projektierungs- und Baukapazitäten werden sich nur schrittweise erhöhen.

Trotz Intensivierung und extensiver Erweiterung der Projektierungskapazität wachsen die Anforderungen im Gesellschaftsbau so stark, daß es nach wie vor schwierig ist, den notwendigen Vorlauf in der Projektierung zu erreichen. Aber nur über das Projekt können neue Lösungen für den Gesellschaftsbau in die Praxis eingeführt werden. Wenn allgemein in der Volkswirtschaft der Grad der Wiederverwendung von Erzeugnissen, Baugruppen und Verfahren bis 1980

3



um 50 bis 55 Prozent erhöht werden muß und der Anteil der Angebots- und Wiederverwendungsprojekte auf 55 bis 58 Prozent zu erhöhen ist, werden wir auch bei gesellschaftlichen Einrichtungen und Wohngebietszentren dieser Forderung erneut Beachtung schenken müssen. Das heißt, daß neben verbesserten Projektierungskonzeptionen bzw. -technologien zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Projektierung generell die Möglichkeiten und die Grenzen der Wiederholbarkeit gesellschaftlicher Einrichtungen und Zentren weiter zu untersuchen sind.

Damit im Zusammenhang steht die in jüngster Zeit viel diskutierte Frage der Anwendung sogenannter Funktionsbausteine im Gesellschaftsbau. Dieses für die perspektivische Entwicklung richtige Ziel ist aber unter den gegebenen Bedingungen nicht von heute auf morgen erreichbar. Hierzu müssen in den nächsten Jahren sorgfältige Untersuchungen angestellt und die Schritte der Einführung in die Praxis genau geprüft werden.

Betrachtet man die allgemeinen und die funktionsspezifischen Entwicklungstendenzen des Gesellschaftsbaues, so ist unter anderem nach Zechendorf (2) unter dem Aspekt der Anwendung der Funktionsbausteine zunächst die Grundfrage zu klären, ob diese Bausteine „methodische Hilfsmittel zur Bauwerksentwicklung" bleiben, sich also nur in der Ebene der Projektierung bewegen, oder als variabel kombinierbare Teilerzeugnisse entwickelt werden und somit die Erzeugnisproduktion auf lange Sicht umprofilieren.

Ein Wohngebietszentrum muß aus Bausteinen zusammensetzbar sein, die sich in Anlehnung an die bereits erwähnte Kombinationsfähigkeit zunächst aus herkömmlichen Gebäudelösungen ergeben, aber eben hinsichtlich ihrer städtebaulichen Einfügung, ihrer Anbaubarkeit, ihrer spiegelbildlichen Anwendung usw. korrigiert werden müssen. In der weiteren Entwicklung werden Wohngebietszentren zunehmend aus neuartigen, rationellen Gebäude- oder Teilgebäudelösungen für nutzungsneutrale und nutzungsspezifische Objekte bestehen, für die Ergänzungssegmente oder Verbindungsbausteine als Kopplungselemente zur Verfügung stehen, in denen die Dinge untergebracht werden können, die heute noch als „städtebauliche Kleinmöbel" bezeichnet, Schwierigkeiten bereiten, wie z. B. Schaltstationen, Zeitungskioske, öffentliche Fernsprechstellen u. a.

4. Die Wohngebiete sind funktionstüchtig und zugleich zweckmäßig mit gesellschaftlichen Einrichtungen auszustatten.

Der Entwurf der Direktive der Staatlichen Plankommission zur Planung gesellschaftlicher Einrichtungen in Neubauwohngebieten im Rahmen der Investitionen des komplexen Wohnungsbaues 1976/80 berücksichtigt diese Forderung und führt die Einrichtungen auf, die im Rahmen des Normatives aus Mitteln des komplexen Wohnungsbaus finanziert werden können. In dieser Direktive wird nicht mehr zwischen Einrichtungen einer ersten und einer zweiten Stufe oder einer Grundversorgung und einer erweiterten Versorgung unterschieden.

Damit sind die engen Grenzen, die sich mit früheren Vorstellungen vom Wohnkomplex eingeschliffen hatten, überwunden und der Weg zur Planung funktionstüchtiger und zweckmäßig ausgestatteter Wohngebiete offen. Können nicht alle Einrichtungen sofort realisiert werden, so heißt das nicht, Reduzierung des erforderlichen Ausstat-



4

2
Zentrum des Wohngebietes Johannesplatz in Erfurt

3
Wohngebietszentrum „Kühnichter Heide" in Hoyerswerda

4
Wohngebietsgaststätte in Rostock

5
Zentrum des neuen Wohngebietes in Hermsdorf

5





6



7

8



6
Mehrzweckgaststätte in Neubrandenburg-Oststadt

7
Konzeption für die Gestaltung des Zentrums des Wohngebietes 1 in Dresden-Prohlis

8
Kommunikationsräume mit gesellschaftlichen Einrichtungen für das Wohngebiet Rostock-Groß Klein

tungsprogrammes, sondern zeitlich richtige Rang- und Reihenfolge des Aufbaus der gesellschaftlichen Einrichtungen – auch mit Unterstützung der Fonds der Fachplanträger außerhalb des komplexen Wohnungsbaues – und Konzentration der Einrichtungen in Zentren oder Bereichen unterschiedlicher kommunikativer Intensität.

Das verbindet sich mit der geplanten Absicht, nicht jede Ansammlung gesellschaftlicher Einrichtungen sofort mit der anspruchsvollen Bezeichnung gesellschaftliches Zentrum zu belegen, sondern in gleichem Maße auch gut funktionierende Versorgungs- oder Nebenzentren in den Wohngebieten anzulegen.

Aber auch die bewußt geplante Möglichkeit, gesellschaftliche Zentren zu einem späteren Zeitpunkt erweitern bzw. ergänzen zu können – mit entsprechender Zwischennutzung der Flächen –, trägt zur Funktionstüchtigkeit bei.

Aus der Sicht des Städtebaues käme es also nach heutigem Erkenntnisstand darauf an, eine Konzentration und Differenzierung der gesellschaftlichen Einrichtungen auf wenige Standorte im Wohngebiet zu planen. Damit könnten wiederholbare Lösungen für Versorgungszentren erreicht werden und die Entwicklung wiederholbarer Bausteine für gesellschaftliche Zentren würde unterstützt. Das heißt Wiederholbarkeit von Projektierungs- und Ausführungsschritten bei gleichzeitig interessanterer, abwechslungsreicherer und anregenderer städtebaulich-architektonischer Gestaltung der Wohngebietszentren.

Dieser Weg schließt natürlich auch die Weiterentwicklung der in verschiedenen Bezirken heute schon mit Erfolg angewendeten Ecklösungen und die Nutzung der Erdgeschosse der Wohngebäude für gesellschaftliche Einrichtungen mit ein.

In den letzten Jahren wurde gemeinsam durch Forschung und Praxis konzentriert an Beispiellösungen, Leitbildern und Prinziplösungen für Wohngebietszentren gearbeitet. Dabei hat sich gezeigt, daß komplizierte und sehr komplexe theoretische Modelle, so notwendig sie für die langfristige Entwicklung sind, der Praxis wenig helfen. Die Herausbildung einer neuen Qualität von Wohngebietszentren muß auf Grund der örtlichen Bedingungen differenziert und in unterschiedlichen Schritten erfolgen.

Auf diese Aufgabe wird sich die Forschung in den nächsten Jahren gemeinsam mit der Praxis konzentrieren. Nur in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit wird es möglich sein, den mit der 6. Baukonferenz formulierten gesellschaftlichen Auftrag in hoher Qualität und mit hohem Effekt im Interesse der Werktätigen zu erfüllen.

Literatur

(1) W. Heynisch
Für eine höhere Qualität und Praxiswirksamkeit der Forschungsergebnisse im Städtebau
Architektur der DDR, 3/75, XXIV. Jahrgang, Berlin März 1975, S. 143

(2) K. Zechendorf
Zur Anwendung addierbarer Funktionseinheiten für gesellschaftliche Einrichtungen des komplexen Wohnungsbaues – eine Problemstudie
Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Bauwesen Leipzig
Heft 2/1975, S. 95

Wohngebietszentren in der DDR – geplante und gebaute Beispiele

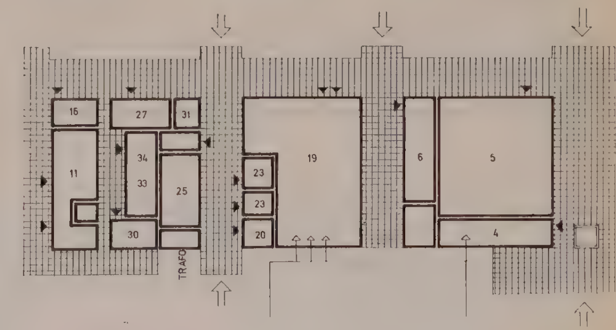
Dipl.-Ing. Helga Fernau
Bauakademie der DDR
Institut für Städtebau und Architektur

Die Palette der Zentren in unseren neuen Wohngebieten ist sehr vielfältig. Sie reicht von Nebenzentren (Einrichtungen für die tägliche Versorgung) bis zu Hauptzentren (Einrichtungen für die materielle Versorgung, für Bildung, Kultur und Sport, für die medizinische Betreuung und für örtliche Organe) und schließt Wohngebiete für etwa 5000 Einwohner bis rund 36 000 Einwohner ein. Obwohl in dieser Spanne von 5000 bis 36 000 Einwohner Schwellwerte enthalten sind, die nach heutigem Erkenntnisstand ein gestuftes System gesellschaftlicher Zentren mit unterschiedlichem Ausstattungsstandard erforderlich machen, sind bei den Beispielen keine Zusammenhänge zwischen der Größe eines Wohngebietes (des Versorgungs- oder Einzugsgebietes) und der Anlage des Zentrums hinsichtlich Ausstattungsgrad, Flächenanspruch, städtebau-räumlicher Ordnung und Form des Zentrums festzustellen.

Ohne zunächst die Zentren nach ihrer funktionellen Aufgabe zu klassifizieren, lassen sich typische Zentrumsformen nach ihrer städtebaulich-räumlichen Ordnung und nach ihrer baulichen Lösung unterscheiden:



2



3

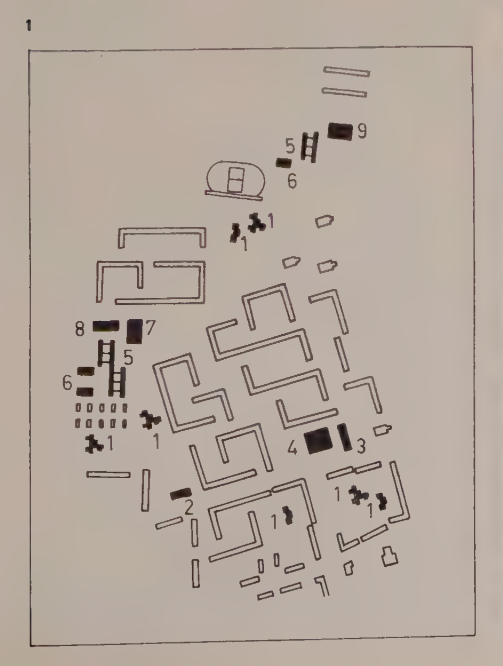
3
Schemaplan des Kompaktbaus im Wohnkomplex I in Halle-Neustadt
Legende zu **3** bis **30**: s. Abb. **7**

4
Ansicht des Wohngebietszentrums im Wohnkomplex II in Halle-Neustadt

1
Beispiel einer dezentralen Einordnung gesellschaftlicher Einrichtungen
1 Vorschuleinrichtung
2 Klubeinrichtung
3 Dienstleistungseinrichtung
4 Kaufhalle (WtB)
5 polytechnische Oberschule
6 Sporthalle
7 Wohngebietsgaststätte mit Schülerspeisung
8 Ambulatorium
9 Schwimmhalle

2
Blick in das Wohngebietszentrum in Hermsdorf

1



4



Table 7, part 1 (groups A–C)

LFD NR	EINRICHTUNG	NE	A: HALLE-N-ST WK I (15 000 EW)	A: SCHWEDT KOMPAKTBAU I	B: WISMAR FRIEDENSHOF (9 000 EW)	B: POTSDAM AM STERN (18 000 EW)	B: BERLIN AM TIERPARK (15 000 EW)	B: HOYERSWERDA WK IX (8 800 EW)	C: BERLIN H-L V (15 000 EW)	C: ERFURT JOHANNESPLATZ (8 000 EW)	C: EISENHÜTTENSTADT WK IV (9 000 EW)
1	BIBLIOTEK	BANDE			15 000	20 000			15 000	4 650	9 000
2	VOLKSBUCHHANDLUNG	m^2 VRFL								x)	
3	MEHRZWECKSAAL	SRPL									
4	KLUB	KPL			} 150	165			130		32
5	GASTSTÄTTE	GPL	570	350		520	VORGES	240	100	280	94
6	SCHÜLERSPEISUNG	SSPL	500		} 400	240			250	x) 368	248
7	VOLKSSCHWIMMHALLE	m^2 WA FL									
8	SPORTHALLE	m^2 SP FL			1 400	1 200	VORGES	VORH	276	600	
9	WOHNGEBIETSSPORTANL	m^2 SP FL									
10	ERGÄNZENDE EINRICHT	PL									
11	AMBULATORIEN	AAPL	8		10	7		12		3	
12	ARZTPRAXIS	AAPL									
13	GEMEINDESCHWESTER	APL			1					1	
14	MUTTERBERATUNG	AAPL									
15	ARZNEIMITTELAUSGABE	m^2 NFL									
16	APOTHEKE	m^2 NFL	209						216		
17	FEIERABENDHEIM	PL					VORGES				
18	POLIKLINIK	AAPL									
19	KAUFHALLE	m^2 VR FL	1 350	720	1 150	1 500	VORGES	1 000	600	438	705
	FACHVERKAUF										
20	FISCH	m^2 VR FL			50				44		
21	INDUSTRIEWAREN	m^2 VR FL						120			
22	BLUMEN	m^2 VR FL			50						
23	NAHRUNG+GENUSS	m^2 VR FL									
24	HAUSWIRTSCHAFTLICHE DIENSTLEISTUNGEN	m^2 NFL									
25	KOMPL. ANNAHME	m^2 IGFL	100		280			VORH	180	153	106
26	TEXTILREINIGUNG	m^2 NFL									
27	PERS.-DIENSTLEISTUNG	APL	21	18	17	17	VORGES		18	15	12
28	SB-REINIGUNG	m^2 NFL									
29	ALTSTOFFANNAHME	m^2 IGFL			288						
30	POSTAMT	SCH PL	7		4	3			5	4	4
31	SPARKASSE	SCH PL	6		4	7					
32	VERWALTUNG+PARTEIEN	m^2 NFL							120		
33	KWV	PL/m^2 NFL	8		144	6					
34	VP+ABV	PL/m^2 NFL	2		144	4				4	
35	REISEBÜRO	m^2 NFL		65							
36	POS / EOS	PL			VORH	2 880	VORH		220	1 440	
37	SCHULHORT	PL/m^2 NFL			210						

Table 7, part 2 (groups D–F)

LFD NR	EINRICHTUNG	NE	D: HALLE N-STADT WK V/VI (23 000 EW)	D: SCHWEDT WK VII (18 000 EW)	D: ROSTOCK LICHTENHAGEN (22 000 EW)	E: ROSTOCK EVERSHAGEN (28 000 EW)	E: DRESDEN PROHLIS BA I (13 000 EW)	F: ROSTOCK SCHMARL (18 000 EW)	F: ERFURT RIETHSTR (14 000 EW)	F: ERFURT NORDHÄUSERSTR (19 000 EW)	F: HERMSDORF HERMSDORF (5 000 EW)	F: K-M-ST. HANS-BEIMLER-STR (12 000 EW)	F: K-M-ST YORKSTR
1	BIBLIOTEK	BANDE	25 000	50 000	21 000	28 500		18 000	20 000	50 000		80 100 000	15 000
2	VOLKSBUCHHANDLUNG	m^2 VRFL		145	80	100		72					
3	MEHRZWECKSAAL	SRPL		x) 900	400	500		360	} 1 080	900			x) 244
4	KLUB	KPL	150	380	180	150	1 500	370		200	40	135	120
5	GASTSTÄTTE	GPL	270	400	320	580	400	460	520	880	160	246	400
6	SCHÜLERSPEISUNG	SSPL	1 050	x)				900	VORH	850		x) 288	x)
7	VOLKSSCHWIMMHALLE	m^2 WA FL						300	312	382			
8	SPORTHALLE	m^2 SP FL	VORH			972		1 500	VORH	2 020			
9	WOHNGEBIETSSPORTANL	m^2 SP FL							VORH				
10	ERGÄNZENDE EINRICHT	PL	4		44	15							
11	AMBULATORIEN	AAPL		28	21	21	12	22	15	18	5		
12	ARZTPRAXIS	AAPL									1		
13	GEMEINDESCHWESTER	APL									1		
14	MUTTERBERATUNG	AAPL											
15	ARZNEIMITTELAUSGABE	m^2 NFL							VORH				
16	APOTHEKE	m^2 NFL	VORH	VORH	6	650		14		4			
17	FEIERABENDHEIM	PL	230										
18	POLIKLINIK	AAPL											
19	KAUFHALLE	m^2 VR FL	2 100	2 020	1 200	1 800	800	1 700	1 200	1 700	540	940	800
	FACHVERKAUF												
20	FISCH	m^2 VR FL		100		100	80	80		72		43	40
21	INDUSTRIEWAREN	m^2 VR FL		200	1 800	1 800	2 000	1 500		600			
22	BLUMEN	m^2 VR FL		100		80	80	80	90	VORH	40		
23	NAHRUNG+GENUSS	m^2 VR FL		100	190							180	
24	HAUSWIRTSCHAFTLICHE DIENSTLEISTUNGEN	m^2 NFL						250	360			290	
25	KOMPL. ANNAHME	m^2 IGFL	VORH	600	750	184	460	184		600	100	90	50
26	TEXTILREINIGUNG	m^2 NFL			240	175	350	175					
27	PERS.-DIENSTLEISTUNG	APL	21	34	20	18		22	21	33		26	17
28	SB-REINIGUNG	m^2 NFL									16		
29	ALTSTOFFANNAHME	m^2 IGFL						360		288		50	50
30	POSTAMT	SCH PL	VORH	7	8	11		5	6	6	85	5	2
31	SPARKASSE	SCH PL	VORH	9	8	8	600	6	4	15	52	5	5
32	VERWALTUNG+PARTEIEN	m^2 NFL											
33	KWV	PL/m^2 NFL			} 510	} 979		257		} 1 900	VORH	} 240	} 249
34	VP+ABV	PL/m^2 NFL						216			VORH		
35	REISEBÜRO	m^2 NFL											
36	POS / EOS	PL						3 600					
37	SCHULHORT	PL/m^2 NFL											

x) ANGEGEBE KAPAZITÄTEN GELTEN FÜR MEHRERE EINRICHTUNGEN

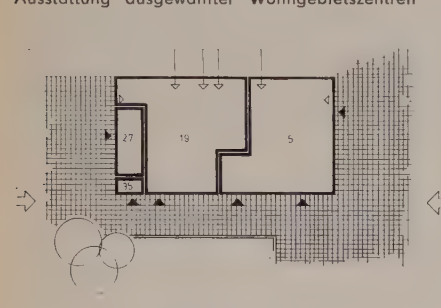
7

Kompaktbau I, Schwedt (Oder)

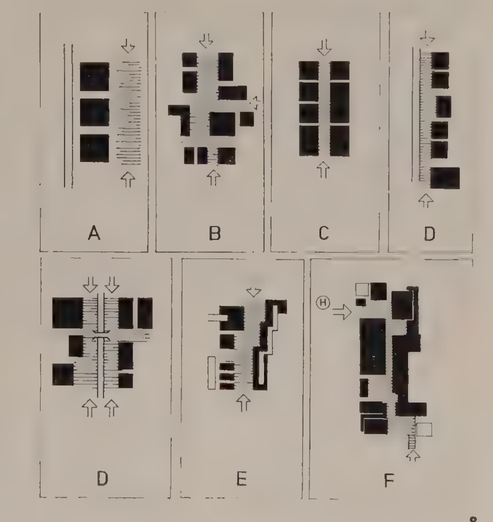
5
Schemaplan

6
Ansicht

7
Ausstattung ausgewählter Wohngebietszentren



5



8

A: Zentrum als Kompaktbau

B: Zentrum als Standortkonzentration von Einzelobjekten bei

- Verwendung unterschiedlicher, nicht aufeinander abgestimmter Gebäudelösungen
- Verwendung einheitlich gestalteter und aufeinander abgestimmter Gebäudelösungen

C: Zentrum als Passage

D: Zentrum geordnet in Form einer Fußgängerachse parallel zu einer Erschließungsstraße in

- einseitiger Anordnung
- zweiseitiger Anordnung

E: Zentrum in Funktionsüberlagerung oder Anlagerung mit dem Wohnungsbau

F: Zentrum als individuelles Projekt

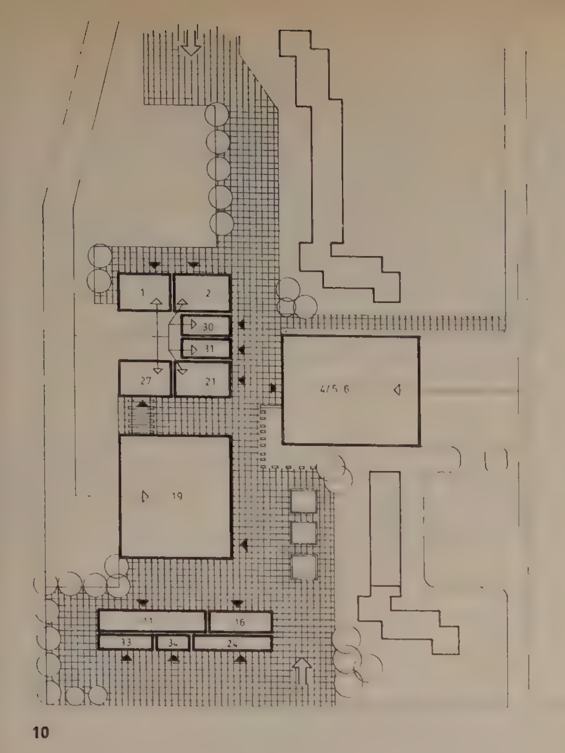
Abgesehen von der Verwendung wiederholbarer Gebäudelösungen (bezirklicher Angebotsprojekte) in diesen Zentren sind alle

6



9

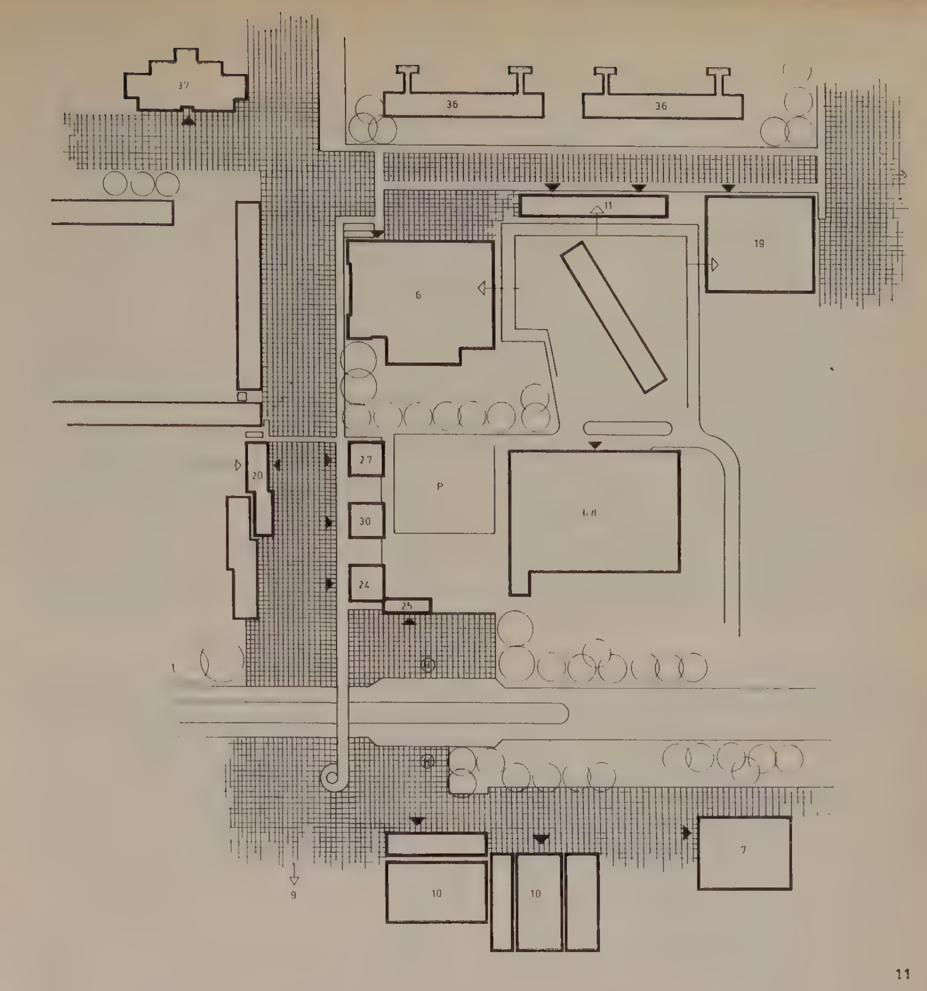
BEZIRK	STADT	WOHNGEBIET	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
ROSTOCK	ROSTOCK N W	LÜTTEN KLEIN	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
		LICHTENHAGEN	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
		[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
		[illegible]	[illegible]	[illegible]		[illegible]
	GREIFSWALD	SCHÖNWALDE II	16 000	72.0	1.5	2.0
	WISMAR	FRIEDENSHOF	8 400	33.0	7.0	24
[illegible]	SCHWERIN	GROSSER DREESCH I BA	17 910	82.0	5.5	6.7
		GROSSER DREESCH II BA	15 000	84.8	12.2	14.0
NEUBRANDENBURG	NEUBRANDENBURG	DATZEBERG	10 350	38.0	12.6	33.0
FRANKFURT/O	EISENHÜTTENST	WK VI	9 900	36.0	1.0	2.5*
	HOYERSWERDA	WK IX	8 800	38.5	10.3	32.0
	HALBE-STADT		8 000	16.8	6.1	36.0
	SCHWEDT	WK VII	18 000	60.0	5.2	8.6
BERLIN	BERLIN	HANS-LOCH-VIERT	15 000	100.0	1.0	1.0*
		AM TIERPARK	15 000	100.0	3.0	
		ALLENDE VIERTEL	9 000	35.0	1.2	2.0
POTSDAM	POTSDAM	AM STERN	18 400	65.8	11.8	27.0
	BABELSBERG	OST	6.700	22.0	1.5	6.8
COTTBUS	COTTBUS	WK X	5 400	16.8	3.9	22.5
		WK XI	6 400	33.9	6.7	20.0
		WK XIII	9 900	37.4	8.5	23.0
DRESDEN	DRESDEN	PROHLIS	13 000	50.0	3.8	7.5***
	COSWIG	DRESDENER STR	9 700	37.8	8.4	20.2
	FREITAL	ZAUCKERODE	8 000	37.5	8.5	20.1
LEIPZIG	LEIPZIG	MOCKAU	8 000	43.9	8.8	20.0
		SCHÖNEFELD	11 100	44.4	12.3	30.0
	ALTENBURG	ALTENBURG NORD BG II	8 800	31.8	7.0	22.6
	JENA	JENA LOBEDA	10 300			
KARL-MARX-ST	K-M-STADT	FRITZ HECKERT	13 300	31.4	8.1	26.0
		HANS BEIMLER	12 000	42.0	0.9	2.1*
	ZWICKAU	PLANITZ	8 600	22.5	2.0	10.3
GERA	HERMSDORF	HERMSDORFER KREUZ	5 000			
	GERA	GERA-LUSAN	16 400	37.0	10.0	27.0
SUHL	SUHL	ILMENAUER STR	9 000	26.2	6.5	25.0
ERFURT	ERFURT	JOHANNESPLATZ	8 000			
		RIETHSTRASSE	13 000			
		NORDHÄUSERSTR	26 000	79.7	1.2	1.5**
HALLE	HALLE	SÜDSTADT	9 500			
	HALLE-NEUSTADT	WK I	15 000		1.4	–
		WK II	19 000		1.4	–
		WK III	15 000		0.9	–
		WK IV	12 000			
		WK V	14 000	57.3		–
		WK VI	9 000	34.0	8.1	26.0
		WK VII	15 000	54.0		–
	WOLFEN	WK-NORD	10 000			
MAGDEBURG	MAGDEBURG	WOHNGEBIET NORD	30 800			
		NEUSTÄDTER FELD	15 400	56.1	14.4	25.6
	STENDAL	STADTSEE III	15 500	59.5	17.6	28.5



10

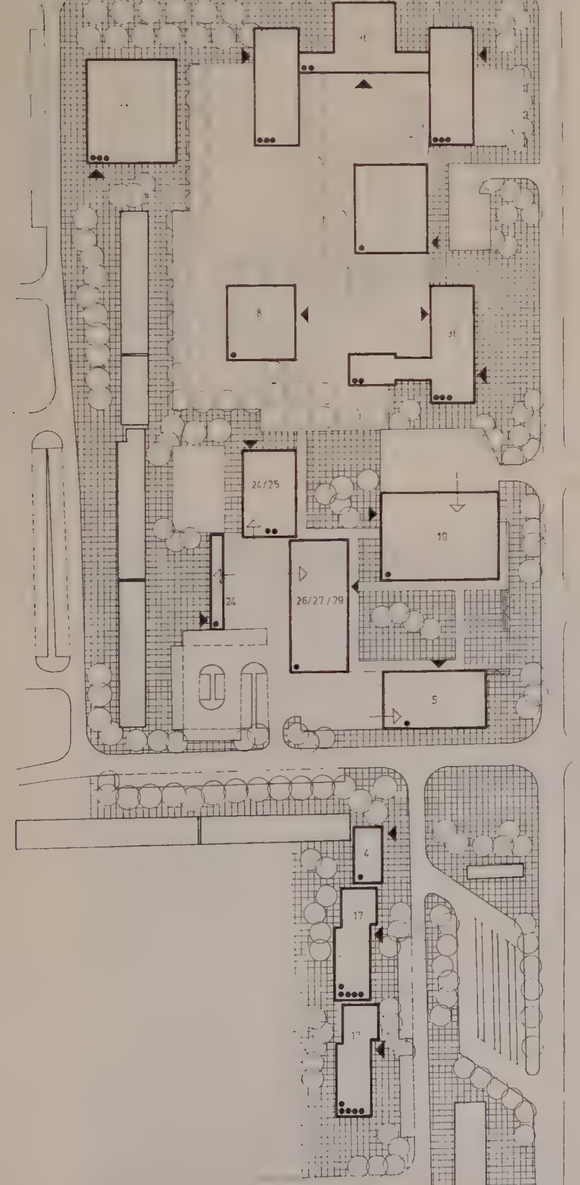
8
Typische Formen von Wohngebietszentren

9
Ausgewählte Kennwerte von Wohngebietszentren



11

12



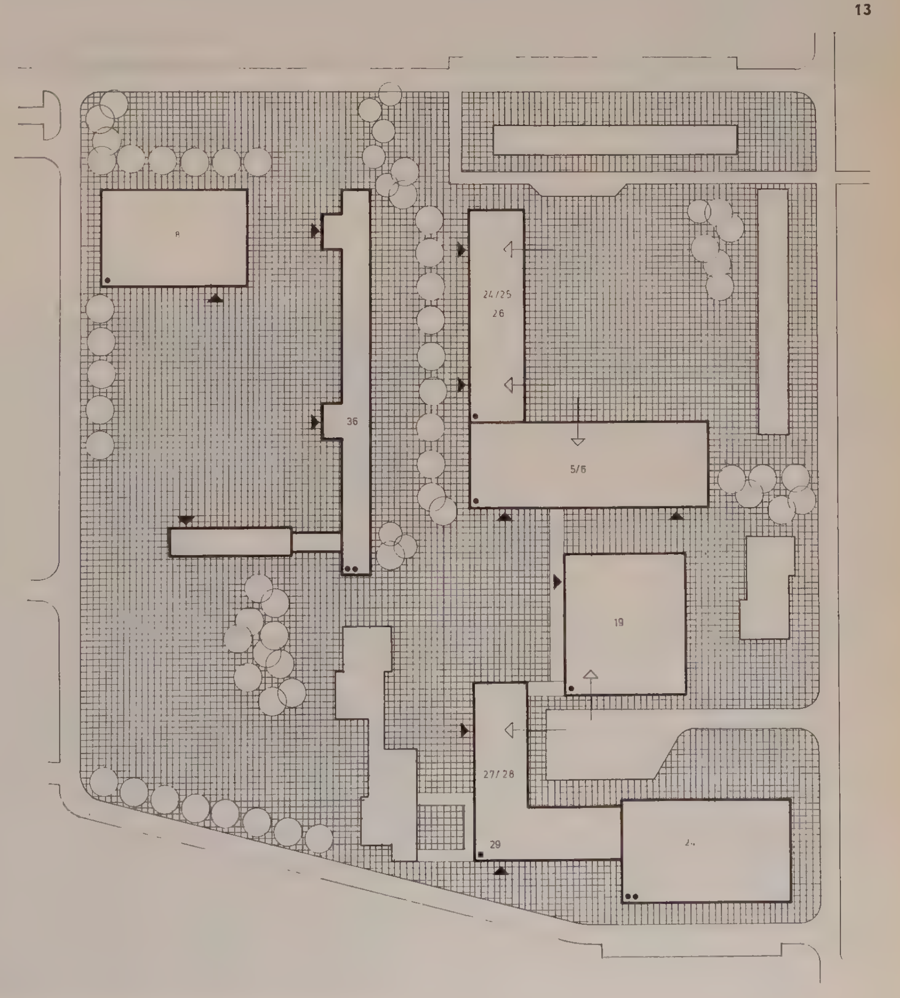
10
Zentrumsbereich des Wohngebietes Potsdam „Am Stern"
Ausschnitt aus dem Bebauungsplan

11
Ausschnitt aus dem Bebauungsplan für das Wohngebiet Wismar-Friedenshof

12
Zentrum im Wohnkomplex IX Hoyerswerda
Ausschnitt aus dem Bebauungsplan

13
Zentrum im Wohngebiet Berlin „Am Tierpark"
Ausschnitt aus dem Bebauungsplan

13



14

1/4/5/6/20/27
IN WEITEREN ECKLÖSUNGEN

15

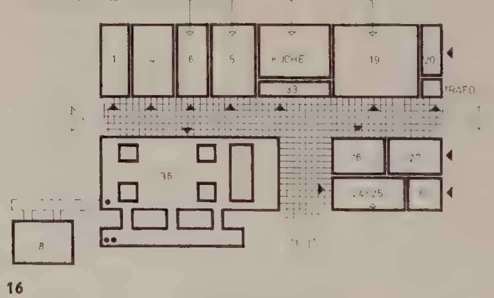
14
Zentrum im Wohnkomplex V/VI Halle-Neustadt. Schemaplan

15
Zentrum im Wohngebiet Rostock-Lichtenhagen Schemaplan

Zentrum im Wohngebiet Berlin-Hans-Loch-Straße

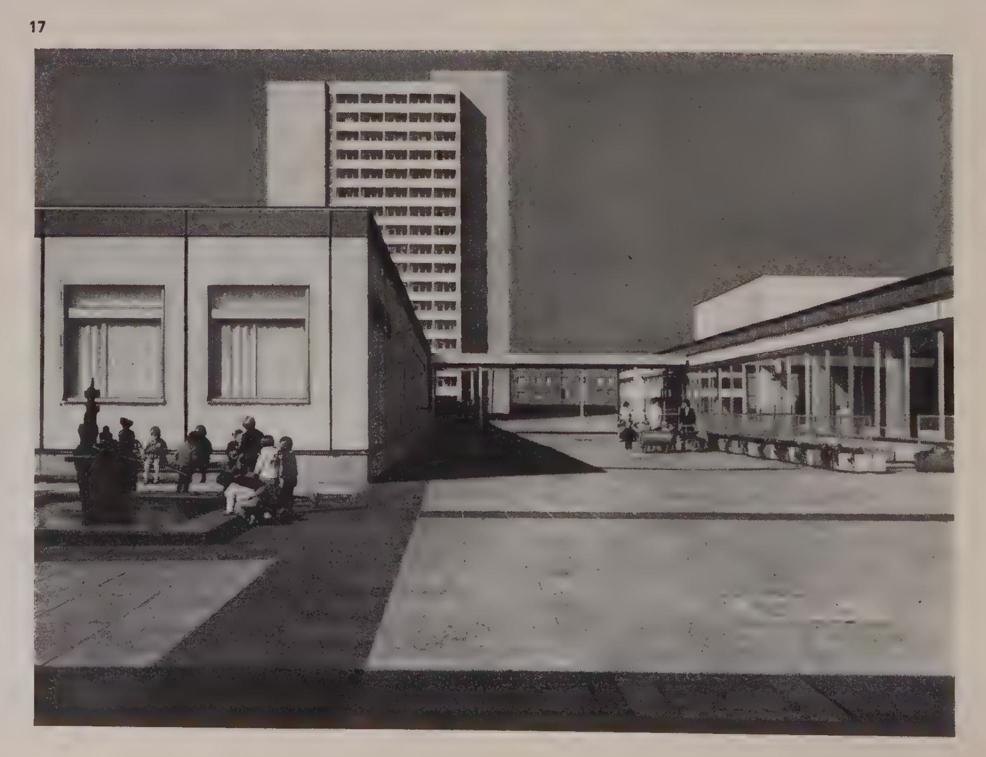
16
Schemaplan

17
Blick in die Passage



16

17

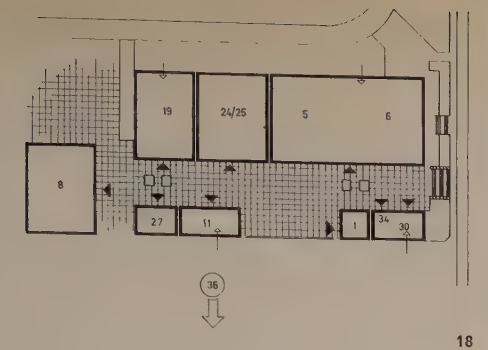


Zentren in ihrer Anlage in Anpassung an die konkrete städtebauliche Situation, aber auch auf der Suche nach immer besseren Lösungen stets neu konzipiert worden.

Eine Ausnahme bildet das Versorgungszentrum im Wohngebiet „Hans Beimler" in Karl-Marx-Stadt. Diese Lösung wurde mit geringfügiger Abänderung an weiteren Standorten im Bezirk Karl-Marx-Stadt errichtet.

Die in den Abbildungen 2 bis 33 dargestellten 20 geplanten und gebauten Wohngebietszentren für Einzugsbereiche von 5000 bis 28 000 EW sind in Abbildung 7 den oben beschriebenen Zentrumsformen **A** bis **F** zugeordnet und hinsichtlich ihrer Ausstattung mit gesellschaftlichen Einrichtungen (Lfd. Nr. 1 bis 37) verglichen worden.

Im Ergebnis dieser erfassenden Analyse wurde festgestellt, daß Wohngebietszentren als **Kompaktbauten,** so wie sie in Schwedt (Oder) und im WK I in Halle-Neustadt erstmalig zur Anwendung kamen, in den letzten Jahren nicht weiterentwickelt wurden. Diese Zentrumsform hat sich durch ihre bauliche Abgeschlossenheit, durch die nicht



18

Zentrum im Wohngebiet Erfurt, Johannesplatz

18
Schemaplan

19
Blick in das Zentrum

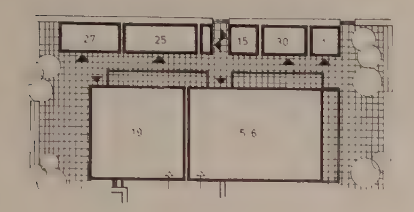
Zentrum im Wohnkomplex IV Eisenhüttenstadt

20
Schemaplan

21
Blick in die Passage



19



20



21

mögliche Verbindung zu anderen gesellschaftlichen Einrichtungen, zur Wohnbebauung und zu den Freiflächen für die Gestaltung eines interessanten attraktiven Zentrums als ungünstig erwiesen.

Im Zuge der Entwicklung der gesellschaftlichen Einrichtungen als Einzelerzeugnisse hat sich folgerichtig die **Standortkonzentration** von Einzelobjekten entwickelt. Diese Form ist aus städtebaulich-architektonischer Sicht nur dann zu vertreten, wenn – wie in Berlin oder im WK IX in Hoyerswerda – ein einheitliches Gestaltungs- und Konstruktionsprinzip für alle Objekte eingehalten wird und die innere Funktion des Zentrumsbereiches (Fußgängerbereich) nicht durch Lieferverkehr behindert wird. Leider ist es in der Praxis noch oft der Fall, daß auf Grund der unzureichenden Angebote im Gesellschaftsbau Zentren aus solchen Einzelerzeugnissen konzipiert werden müssen, die ursprünglich für Einzelstandorte entwickelt worden waren. Daß es in solchen Fällen schwierig ist, guten Städtebau zu machen, liegt auf der Hand.

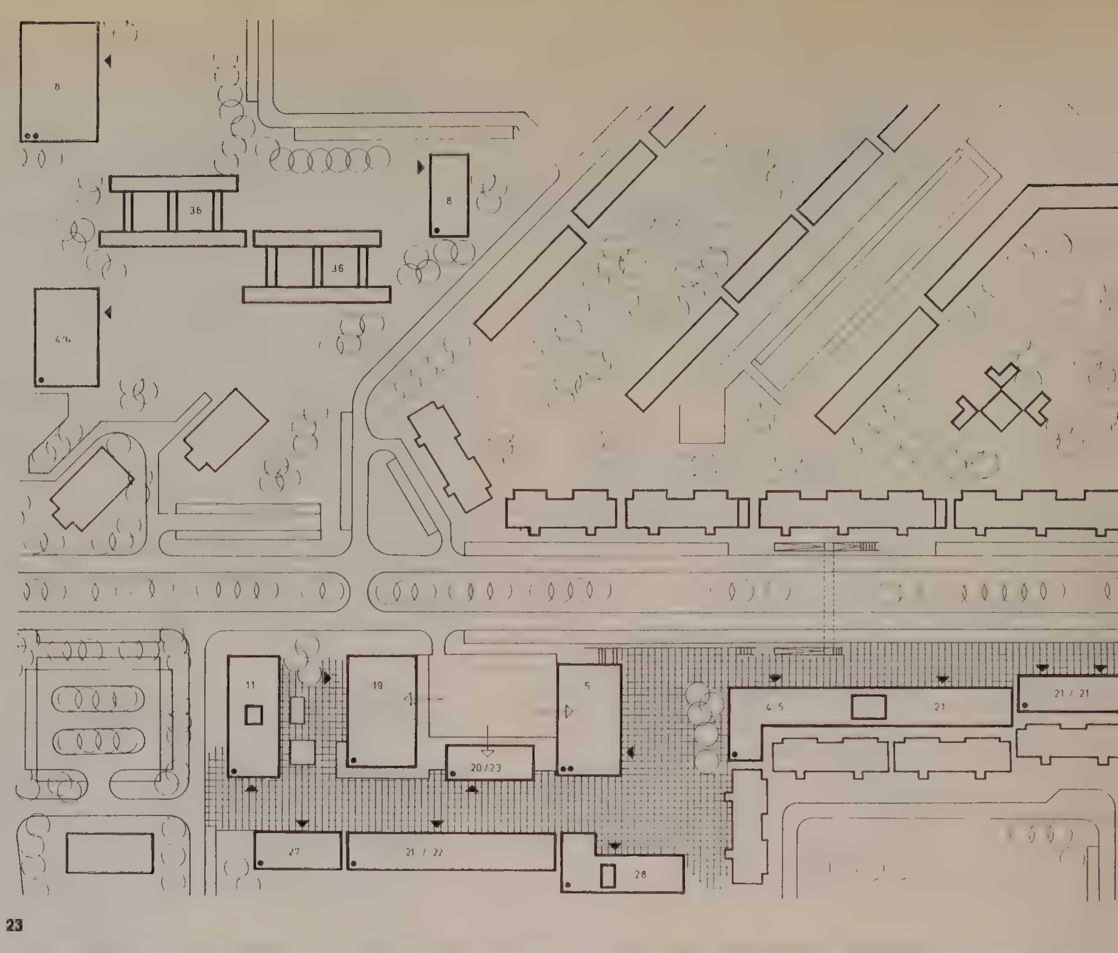
Der Gedanke, Zentren als **Fußgängerachsen** einseitig oder zweiseitig an Magistralen anzuordnen oder als **Passagen,** so wie er 1960 erstmalig im Hans-Loch-Viertel in Berlin verwirklicht wurde, ist in den letzten Jahren durch Funktionsüberlagerung mit dem Wohnungsbau und der damit verbundenen Belebung der Fußgängerstraße wie in Rostock-Evershagen und Dresden-Prohlis zu einer neuen Qualität entwickelt worden. Am Beispiel der Passage des Hans-Loch-Viertels läßt sich heute nach 15 Jahren des Bestehens dieses Zentrums ablesen, wie wichtig für die Herausbildung gesellschaftlichen Lebens die richtige Ausstattung eines Zentrums mit gesellschaftlichen Einrichtungen, wie notwendig die Verflechtung mit dem Wohnungsbau, den öffentlichen Verkehrsmitteln und den Freiflächen ist. Einrichtungen der täglichen Versorgung und die Integration der Schule sind offensichtlich noch nicht ausreichend für die Bildung eines gesellschaftlichen Zentrums, unabhängig da-

22

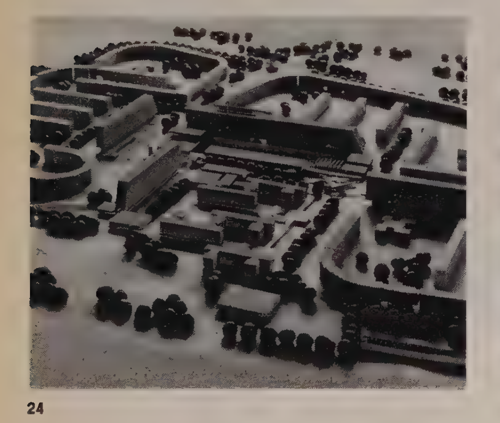
22
Zentrum im Wohngebiet Rostock-Evershagen. Schemaplan

von, daß die Passage des Hans-Loch-Viertels für das ständig wachsende Wohngebiet nicht mehr ausreichend ist. Auch wenn wir heute dieses Beispiel kritisch betrachten, darf man nicht verkennen, daß es zur Zeit seiner Projektierung und Realisierung absolut progressiv und für die weitere Entwicklung der gesellschaftlichen Einrichtungen von großer Bedeutung war. Es bildete den Ausgangspunkt für weitere Zentrumslösungen wie für den Johannesplatz in Erfurt und für die Passage im WK IV in Eisenhüttenstadt. Im Vergleich zu Zentrumslösungen als Fußgängerachsen parallel zu einer Magistrale, deren kommunikativer Wert durch den Fahrverkehr beeinträchtigt werden kann, bietet die Passage die Möglichkeit der absoluten Trennung von Fußgänger und Fahrverkehr. Dieses wichtige Gestaltungselement ist bei der Planung des Versorgungszentrums im Hans-Beimler-Viertel in Karl-Marx-Stadt weiterentwickelt worden. Hier wurde der Anlieferverkehr störungsfrei von allen übrigen Funktionen des Zentrums in das Kellergeschoß verlegt, was durch die topographischen Bedingungen leicht möglich war.

Die letzte bisher ermittelte Zentrumsform ist das **Zentrum als individuelles, für einen konkreten Standort erarbeitetes Projekt.** Diese Form stellt, gemessen an den bereits beschriebenen Formen, eine neue Qualität dar. Durch die Verflechtung der im Zentrum befindlichen gesellschaftlichen Einrichtungen zu

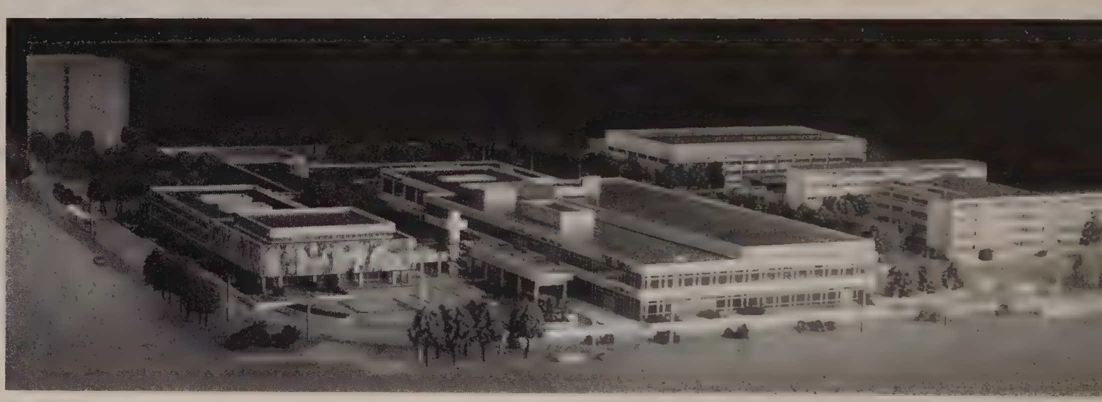


23

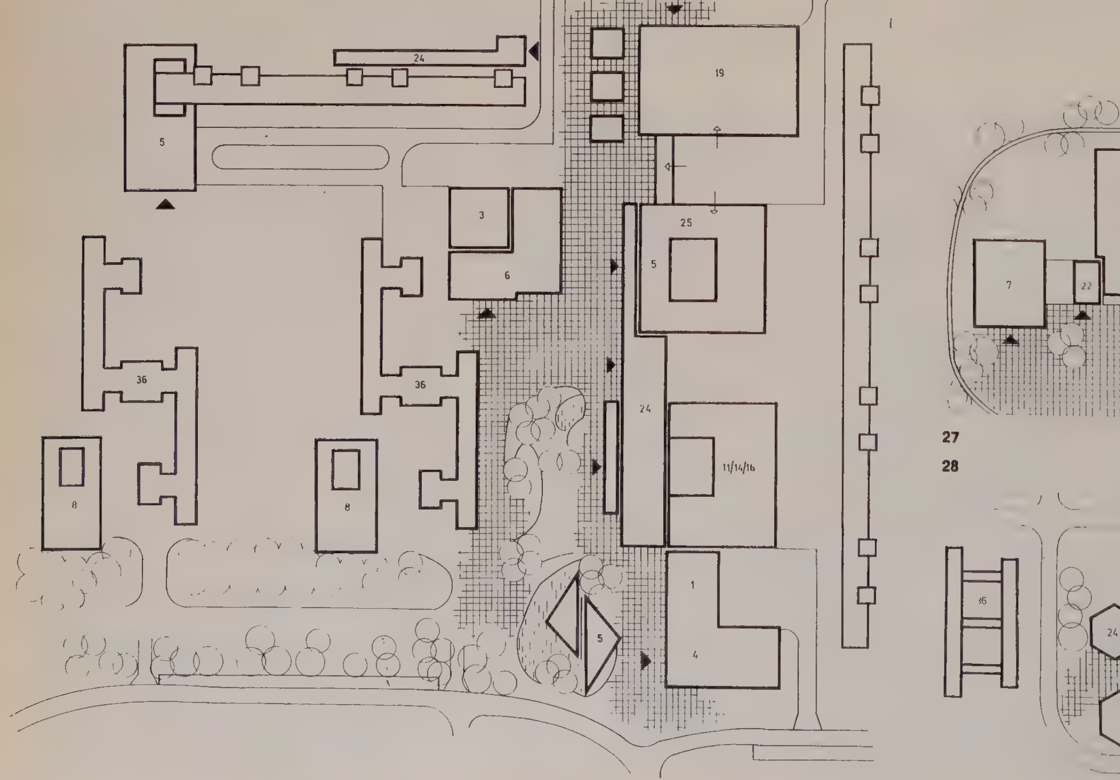


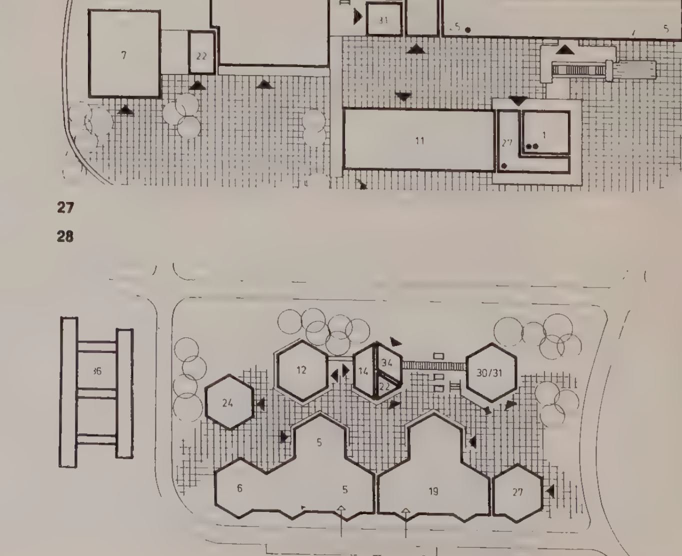
24

25



26





27

28

23
Zentrum im Wohngebiet Dresden-Prohlis. Schemaplan

Zentrum im Wohngebiet Rostock-Schmarl

24
Modellfoto

25
Schemaplan

Gesellschaftliches Zentrum im Wohngebiet Erfurt, Riethstraße

26
Modellfoto

27
Schemaplan

28
Wohngebietszentrum in Hermsdorf. Schemaplan

Gesellschaftliches Zentrum im Wohngebiet Erfurt, Nordhäuser Straße

29
Modellfoto

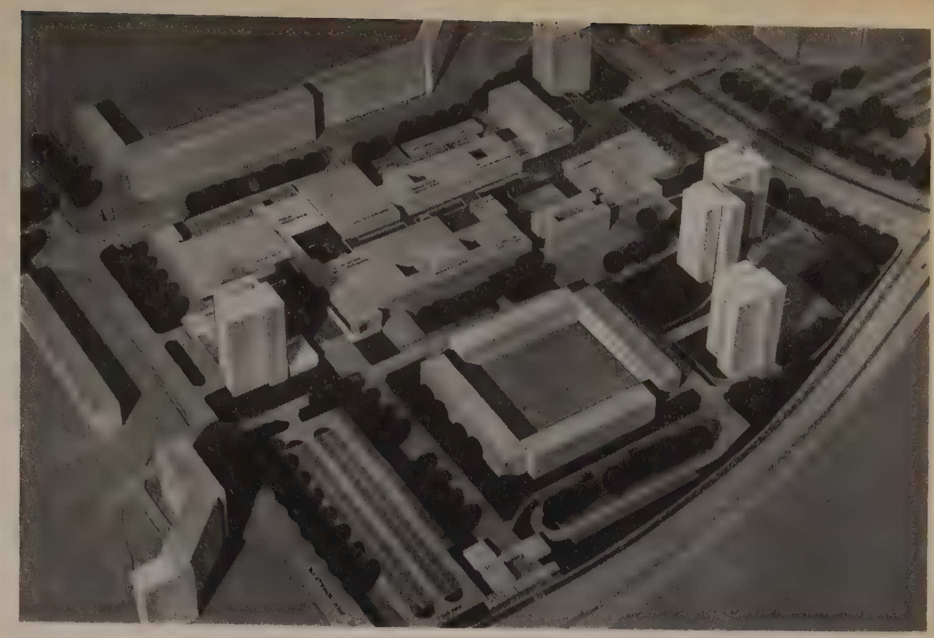
30
Schemaplan

31
Versorgungszentrum im Wohngebiet Karl-Marx-Stadt, Yorckstraße. Schemaplan

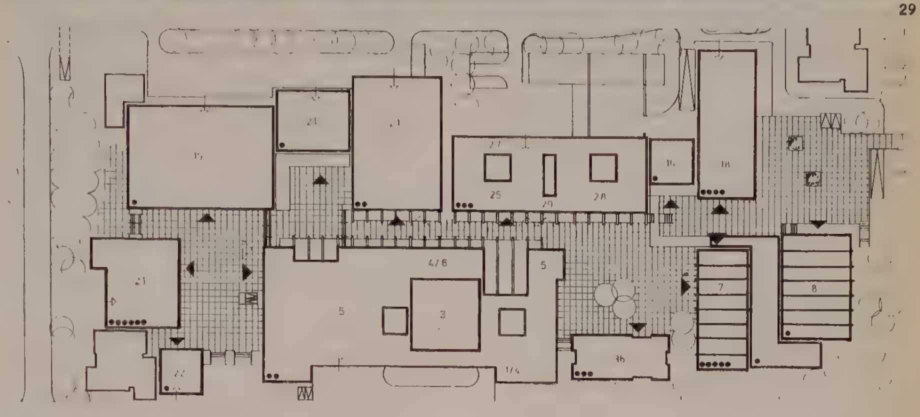
Versorgungszentrum im Wohngebiet „Hans Beimler", Karl-Marx-Stadt

32
Schemaplan Ebene 2

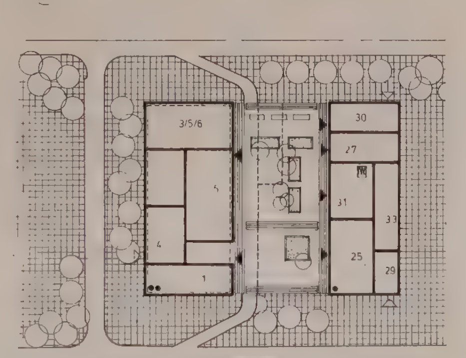
33
Blick in das Zentrum (Ebene 2)



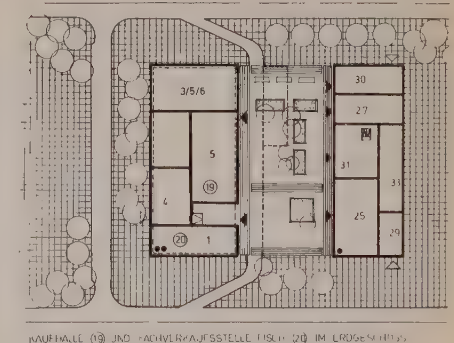
29



30



31



32



33

einem funktionell und baulich zusammenhängenden Komplex sowie durch differenzierte Raumfolgen können interessante Zentrumsbereiche geschaffen werden. Für die Freizeitgestaltung ist beispielsweise besonders die Verflechtung der Einrichtungen der Kultur, der Gastronomie und des Sportes günstig. Allerdings ist die bauliche Hülle allein noch nicht die Gewähr dafür, daß der Bürger seine Erwartungen im gesellschaftlichen Zentrum erfüllt sieht.

Obwohl diese Zentrumsformen nicht unbedingt an eine konkrete Einwohnerzahl gebunden sind, findet man sie in der Praxis in großen Wohngebieten an, zum Beispiel in Rostock-Schmarl (18 000 Ew), in Erfurt-Nordhäuser Straße (19 000 Ew) oder in Erfurt Riethstraße (14 000 Ew). Da solche komplexen Zentrumslösungen wie das gesellschaftliche Zentrum Erfurt-Nordhäuser Straße über die bisherigen Zielvorstellungen der städtebaulichen Planung hinausgehen, kann man sie nur als Beispiellösungen auf dem Wege zu neuen gesellschaftlichen Zentren, zur kontinuierlichen Verbesserung der städtebaulich-funktionellen Qualität der Wohnumwelt betrachten.

Neben der baulich-räumlichen Analyse der Erscheinungsformen von Zentren war die Frage nach dem Flächenaufwand der Zentren von Interesse. In Abbildung 9 wurde bei 50 Wohngebieten die benötigte Zentrumsfläche im Verhältnis zur Gesamtfläche miteinander verglichen. Die Werte schwanken von 1,5 Prozent in Erfurt-Nordhäuser Straße bis 32 Prozent im WK IX in Hoyerswerda. Damit bestätigt sich, daß durch die Konzentration gesellschaftlicher Einrichtungen in Passagen oder in komplexen Zentrumslösungen nicht nur attraktive Zentren gebildet werden können, sondern auch wertvolles Bauland eingespart werden kann.

Städtebauliche Einordnung gesellschaftlicher Zentren in Neubauwohngebieten

Dr.-Ing. Hannelore Uhlmann,
Dipl.-Ing. Wolfgang Schönfelder
Bauakademie der DDR
Institut für Städtebau und Architektur

Im Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR wurden seit mehreren Jahren kontinuierlich Untersuchungen zur Planung gesellschaftlicher Zentren in Wohngebieten durchgeführt. Die Bearbeitung beschränkte sich dabei nicht auf theoretische Untersuchungen, sondern umfaßte auch Beiträge zur Erzeugnisentwicklung sowie die Mitarbeit an konkreten Beispielplanungen.

Durch das von Partei und Regierung beschlossene Wohnungsbauprogramm der DDR für die Jahre bis 1990 hat diese Aufgabe entschieden an Bedeutung gewonnen. Unter diesem Aspekt wurden im Jahre 1974 bisher gewonnene Erfahrungen ausgewertet und zusammengefaßt. Dabei zeigte sich unter anderem, daß Prinzipien für die städtebauliche Einordnung und Ausstattung gesellschaftlicher Zentren in die Wohngebiete nicht in genügendem Umfang vorhanden waren. Aus dem Grunde wurde dieser Frage zunächst besondere Aufmerksamkeit gewidmet und ein mögliches Lösungsprinzip erarbeitet.

Zur Klärung des Gegenstandes sind zunächst zwei Gruppen gesellschaftlicher Zentren entsprechend ihres Funktionsangebotes unterschieden worden (s. Abb. 1):

1. Gesellschaftliche Zentren mit spezifischem Funktionsangebot

Solche Zentren weisen vorwiegend gesellschaftliche Einrichtungen mit gleicher Hauptfunktion auf.

Sie dienen im wesentlichen der Befriedigung eines gesellschaftlichen Bedürfnisses in breitem Umfang. Sie werden nach dieser typischen und vorherrschenden Funktion unterschieden und bezeichnet.

Solche Zentren sind
- Einkaufszentren, Handelszentren
- Versorgungszentren
- Bildungs- und Erziehungszentren
- Kultur- und Freizeitzentren
- Gesundheitszentren
- Sportzentren.

Auch wenn solche Zentren in Wohngebieten zu finden sind, geht ihre Bedeutung über die Grenzen des jeweiligen Wohngebietes weit hinaus. Sie sind nicht typisch für die Ausstattung der Wohngebiete.

2. Gesellschaftliche Zentren mit komplexem Funktionsangebot

Zentren dieser Art weisen eine Vielzahl unterschiedlicher gesellschaftlicher Einrichtungen auf und dienen der komplexen Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse der Bevölkerung.

Zentren dieser Art sind
- Stadtzentren
- Stadtteilzentren und
- Wohngebietszentren.

Die Aufgabe aller dieser Zentren ist durch die Komplexität des Angebotes an gesellschaftlichen Einrichtungen grundsätzlich gleich.

Der entscheidende Unterschied besteht jedoch darin, daß sie entsprechend dem strukturellen städtebaulichen Aufbau einer Stadt unterschiedliche Stufen der Versorgung und Betreuung repräsentieren.

Konzentration

Abgeleitet von der Aufgabenstellung des Wohnungsbauprogramms wurden die Untersuchungen auf die Wohngebietszentren beschränkt. Dabei wurde grundsätzlich von der These ausgegangen, daß die gesellschaftlichen Einrichtungen weitgehend an einem Standort zu konzentrieren sind.

Das Prinzip der Konzentration ist aus folgenden Gründen anzustreben:

- Es werden die besten Voraussetzungen geschaffen, daß die Mehrzahl der gesellschaftlichen Einrichtungen bequem erreichbar ist.
- Es wird eine komplexe und zeitsparende Nutzung durch die Bewohner gewährleistet.
- Die Attraktivität der Zentren erhöht sich. Durch die Konzentration der erforderlichen Kapazitäten ergibt sich die Möglichkeit, das Funktionsangebot an gesellschaftlichen Einrichtungen stärker zu differenzieren (z. B. Ergänzung der Kaufhallen durch Fachverkaufsstellen).
Durch die Konzentration des baulichen Volumens eröffnen sich vielfältigere Möglichkeiten für die städtebauliche und architektonische Gestaltung.
- Es kann eine höhere volkswirtschaftliche Effektivität durch die rationelle Nutzung des Baulandes, Senkung der Erschließungskosten sowie die Erhöhung der Grundfondsrentabilität durch Funktionsüberlagerung und Mehrzwecknutzung erreicht werden.

Die Konzentration ist allerdings nicht für alle gesellschaftlichen Einrichtungen eines Wohngebietes gleichermaßen möglich oder sinnvoll. Entsprechend ihrer Spezifik ergeben sich für die Einordnung gesellschaftlicher Einrichtungen in die Wohngebiete folgende Gruppen:

1. Einrichtungen, die möglichst in unmittelbarer Nähe der Wohnungen liegen sollen

Diese Einrichtungen werden im Prinzip unabhängig von den Standorten der Zentren in die Wohngebiete eingeordnet. Sie bilden ein engmaschiges, gleichmäßig verteiltes Standortnetz. Ihre Entfernung zu den Wohnungen soll 300 m nicht überschreiten.

Solche Einrichtungen sind:
Kinderkrippen
Kindergärten
Gaststätten mit allgemeinem Sortiment (nur ein Teil der für ein Wohngebiet erforderlichen Gesamtkapazität).

2. Einrichtungen und Anlagen, die zwar nicht im Zentrum liegen brauchen, deren Standorte aber in Abhängigkeit zu den Zentren festgelegt werden müssen

Diese Einrichtungen dürfen nur innerhalb eines bestimmten Abstandes von den Zentren angeordnet werden.

Es sind zum Beispiel

Schulen	bis 400 m zum Zentrum (max. 600 m zur Wohnung)
Turnhallen	bis 500 m zum Zentrum
Feierabendheime	bis 100 m zum Zentrum

3. Einrichtungen, die unter Beachtung ihrer unterschiedlichen Einzugsgebiete zentral in die Wohngebiete einzuordnen sind, die also die Wohngebietszentren bilden

Die Einzugsgebiete werden durch maximale Entfernungen zu den Wohnungen begrenzt. In diese Gruppe gehören alle übrigen gesellschaftlichen Einrichtungen, die für ein Wohngebiet erforderlich sind (s. Abb. 2).

Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß die Konzentration der Kapazitäten an einen Standort nicht gleichgesetzt werden darf mit einer baulich-räumlichen Kompaktierung und auch nicht zwangsläufig zur Herausbildung zu großer gesellschaftlicher Einrichtungen führt. Vielmehr eröffnet sich daraus, wie bereits erwähnt, eine große Palette gestalterischer Möglichkeiten, die von punktförmigen bis zu linearen Formen und von kompakten bis zu differenzierten Lösungen reicht.

Haupt- und Nebenzentren

Bei der Einordnung gesellschaftlicher Zentren in die Wohngebiete sind stets zahlreiche funktionelle und gestalterische Gesichtspunkte zu beachten, wobei die territorialen Gegebenheiten sowie die städtebauliche Grundkonzeption des jeweiligen Wohngebietes eine entschiedene Rolle spielen. Einem wesentlichen Aspekt wurde dabei in der Vergangenheit häufig zu wenig Beachtung geschenkt. Es ist die Einordnung der gesellschaftlichen Zentren im Hinblick auf ihre bequeme Erreichbarkeit und ihrer damit im Zusammenhang stehenden zweckmäßigen Ausstattung.

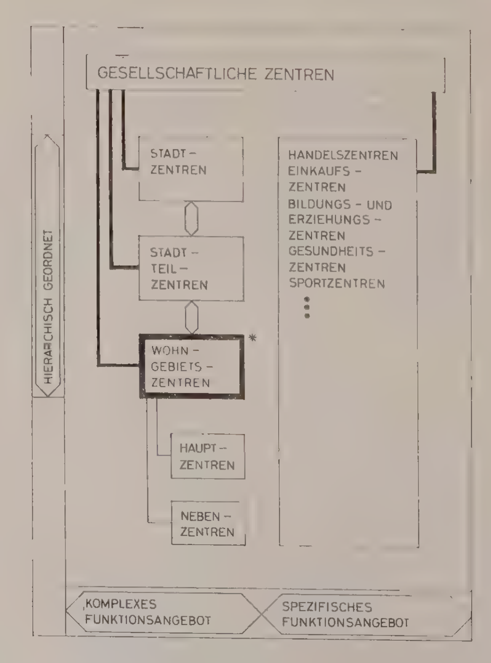
In der Komplexrichtlinie (6) liegen zwar Richtwerte für die einzelnen Einrichtungen vor, es fehlen jedoch systematische Untersuchungen, die sich auf die Einordnung und Ausstattung der Zentren als Ganzes beziehen. Da eine Systematisierung auch in Hinblick auf die einheitliche Erzeugnisentwicklung im Gesellschaftsbau notwendig ist, lag deshalb der Schwerpunkt der Untersuchungen vorwiegend in der Klärung dieser Probleme.

Bei der Einordnung der gesellschaftlichen Einrichtungen in das Wohngebiet ist unter dem Aspekt ihrer weitgehenden und sinnvollen Konzentration an einem gemeinsamen Standort die Vielzahl der festgelegten zulässigen Wegeentfernungen nicht einzuhalten. Sie lassen bei ihrer konsequenten Einhaltung und Ausnutzung immer nur gemeinsame Standorte bei gleichen Wegeentfernungen zu und bedingen jeweils getrennte Standorte für Einrichtungen mit unterschiedlichen Entfernungen. Deshalb müssen für die Zentren als Ganzes die zulässigen Wegeentfernungen auf die wesentlichen Größen beschränkt werden. Dabei behalten die festgelegten Werte für die einzelnen Einrichtungen grundsätzlich ihre Gültigkeit (s. Abb. 2).

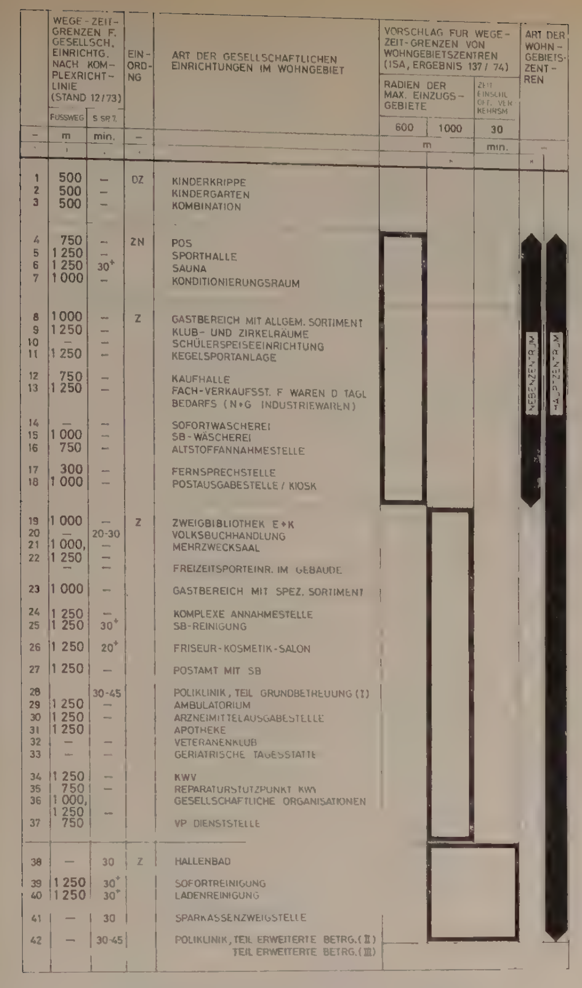
Für die Einrichtungen der Zentren in den Wohngebieten wurden deshalb zwei Einzugsradien festgelegt.

Als größter Einzugsradius für ein Wohngebietszentrum wird R = 1000 m vorgeschlagen. Längere Fußwege sind keinem Bürger zu irgendeiner Einrichtung im Wohngebiet nach den derzeitigen Erfahrungen zuzumuten.

Für die Einrichtungen, die am stärksten in den Wohngebieten frequentiert werden, muß das Einzugsgebiet wesentlich kleiner sein. Am häufigsten wird in den Wohnge-



1 Gesellschaftliche Zentren. Begriffsübersicht
* Gegenstand der Untersuchungen



	WEGE-ZEIT-GRENZEN F. GESELLSCH. EINRICHTG. NACH KOMPLEXRICHTLINIE (STAND 12/73) FUSSWEG	S SP 7	EINORDNG	ART DER GESELLSCHAFTLICHEN EINRICHTUNGEN IM WOHNGEBIET
–	m	min.	–	
1	500	–	DZ	KINDERKRIPPE
2	500	–		KINDERGARTEN
3	500	–		KOMBINATION
4	750	–	ZN	POS
5	1 250	–		SPORTHALLE
6	1 250	30+		SAUNA
7	1 000	–		KONDITIONIERUNGSRAUM
8	1 000	–	Z	GASTBEREICH MIT ALLGEM. SORTIMENT
9	1 250	–		KLUB- UND ZIRKELRÄUME
10	–	–		SCHÜLERSPEISEEINRICHTUNG
11	1 250	–		KEGELSPORTANLAGE
12	750	–		KAUFHALLE
13	1 250	–		FACH-VERKAUFSST. F WAREN D TAGL BEDARFS (N+G INDUSTRIEWAREN)
14	–	–		SOFORTWASCHEREI
15	1 000	–		SB-WÄSCHEREI
16	750	–		ALTSTOFFANNAHMESTELLE
17	300	–		FERNSPRECHSTELLE
18	1 000	–		POSTAUSGABESTELLE / KIOSK
19	1 000	–	Z	ZWEIGBIBLIOTHEK E+K
20	–	20-30		VOLKSBUCHHANDLUNG
21	1 000,	–		MEHRZWECKSAAL
22	1 250	–		
	–	–		FREIZEITSPORTEINR. IM GEBÄUDE
23	1 000	–		GASTBEREICH MIT SPEZ. SORTIMENT
24	1 250	–		KOMPLEXE ANNAHMESTELLE
25	1 250	30+		SB-REINIGUNG
26	1 250	20+		FRISEUR-KOSMETIK-SALON
27	1 250	–		POSTAMT MIT SB
28		30-45		POLIKLINIK, TEIL GRUNDBETREUUNG (I)
29	1 250	–		AMBULATORIUM
30	1 250	–		ARZNEIMITTELAUSGABESTELLE
31	1 250			APOTHEKE
32	–	–		VETERANENKLUB
33	–	–		GERIATRISCHE TAGESSTÄTTE
34	1 250	–		KWV
35	750	–		REPARATURSTÜTZPUNKT KWV
36	1 000, 1 250	–		GESELLSCHAFTLICHE ORGANISATIONEN
37	750			VP DIENSTSTELLE
38	–	30	Z	HALLENBAD
39	1 250	30+		SOFORTREINIGUNG
40	1 250	30+		LADENREINIGUNG
41	–	30		SPARKASSENZWEIGSTELLE
42	–	30-45		POLIKLINIK, TEIL ERWEITERTE BETRG. (II) TEIL ERWEITERTE BETRG. (III)

2 Einzugsradien von Wohngebietszentren
+ in Eigenheimgebieten DZ dezentral
ZN zentrumsnah Z zentral

bietszentren die Kaufhalle benutzt. Ihr Einzugsradius mit R = 600 m kann deshalb als der maximale Radius für das kleinste Einzugsgebiet eines Wohngebietszentrums festgelegt werden.

So können auf der Basis dieser beiden Einzugsradien für die Wohngebiete im Prinzip zwei Gruppen gesellschaftlicher Einrichtungen unterschieden werden, die für die Bildung gesellschaftlicher Zentren in Frage kommen.

Neben der Festlegung von Einzugsgebieten ist die Art und Weise, wie die verschiedenen Einzugsgebiete miteinander in Übereinstimmung gebracht werden können, für die Einordnung der Zentren von großer Bedeutung. Die Wohngebiete sind häufig so groß, daß sie von einem einzigen Einzugsgebiet nicht erfaßt werden können. Demzufolge sind mehrere Einzugsgebiete miteinander zu überlagern.

Für die Überlagerung der Einzugsgebiete lassen sich zwei Grundregeln aufstellen.

1. Unterschiedlich große Einzugsgebiete sind in erster Linie konzentrisch zu überlagern, der Mittelpunkt eines Einzugsgebietes mit R = 1000 m ist immer auch der Mittelpunkt eines Einzugsgebietes mit R = 600 m. Diese Regel spiegelt die Absicht wider, auch die Einrichtungen mit unterschiedlichen Einzugsgebieten soweit wie möglich an einem gemeinsamen Standort zu konzentrieren.

2. Außer den konzentrisch überlagerten Einzugsgebieten sind innerhalb eines Radius von 1000 m bei entsprechender Ausdehnung des Wohngebietes weitere Einzugsgebiete mit R = 600 m anzuordnen.

Man muß also bei der Aufgliederung eines Wohngebietes in Einzugsgebiete zunächst die Einzugsgebiete mit 1000-m-Radius auf das Wohngebiet in der Art und Weise projizieren, daß das gesamte Wohngebiet erfaßt ist, und erhält somit mögliche Standorte für Wohngebietszentren, die alle wesentlichen gesellschaftlichen Einrichtungen beinhalten. Bei entsprechender Ausdehnung des Wohngebietes ergeben sich jedoch Restflächen, die nicht im Bereich des 600-m-Radius dieser Zentren liegen. Für solche Flächen müssen weitere Zentren eingeplant werden, die aber nur Einrichtungen mit einem Einzugsgebiet von 600 m enthalten. Es entstehen also zwei Arten von Wohngebietszentren, die wir als Haupt- und Nebenzentren bezeichnen wollen, um deren Bedeutung für das Wohngebiet eindeutig zu fixieren.

Die Hauptzentren weisen alle Arten von gesellschaftlichen Einrichtungen auf, die in den Wohngebieten zentral einzuordnen sind.

Die Nebenzentren dienen ausschließlich der Ergänzung der Hauptzentren für den Teil der gesellschaftlichen Einrichtungen mit einem Einzugsgebiet von 600 m und auch nur für die Flächen des Wohngebietes, die den 600-m-Radius des Hauptzentrums überschreiten.

Haupt- und Nebenzentren sind Zentren der gleichen Stufen, da sie sich in ihrer Aufgabe, nämlich die Versorgung und Betreuung der Wohngebiete, nicht prinzipiell unterscheiden. Sie haben lediglich aufgrund des unterschiedlichen Umfanges der Ausstattung mit gesellschaftlichen Einrichtungen unterschiedliche Bedeutung für das Wohngebiet selbst.

Bei der Kapazitätsberechnung gesellschaftlicher Einrichtungen von Zentren sind die unterschiedlichen Einzugsradien ebenfalls zu beachten.

Es müssen jeweils die Einwohnerzahlen als Bemessungsgrundlage angesetzt werden, die innerhalb des Einzugsradius der jeweiligen Einrichtung vorhanden sind.

Bei einem Hauptzentrum kann das bedeuten, daß die Berechnung der Kapazitäten für die verschiedenen Einrichtungen auf unterschiedlichen Einwohnerzahlen basieren muß (s. Abb. 3).

Ein konkretes Beispiel soll diese bisherigen Ausführungen zusammenhängend verdeutlichen (s. Abb. 4).

Lagepläne und Ausstattungsprogramme für ein geplantes Neubauwohngebiet zeigten deutlich, in welcher Art und Weise bei der Planung vorgegangen wurde.

Auf der Grundlage der territorialen Bedingungen, wie Trassenführung der Verkehrsmittel, vorhandene Bebauung, Topographie, und einer gestalterischen Konzeption wurde das gesamte Gebiet in einzelne Wohnkomplexe aufgegliedert. Nach dieser Gliederung wurden die Einwohner ermittelt und dafür die erforderlichen Kapazitäten für jeden einzelnen Wohnkomplex errechnet. Danach wurden erst die Standorte für die Zentren festgelegt.

Dieses Verfahren berücksichtigt in keiner Weise die tatsächlichen Einzugsgebiete der Zentren und führt zu einer falschen Verteilung der Kapazitäten für die gesellschaftlichen Einrichtungen.

Es ist notwendig, nach der Aufgliederung des gesamten Gebietes in einzelne Wohnkomplexe die Standorte der Zentren unter Beachtung der territorialen Bedingungen sowie der Einzugsgebiete zu bestimmen. Erst danach sind unabhängig von den Wohnkomplexgrenzen die Einwohnerzahlen zu ermitteln, die innerhalb der jeweiligen Einzugsgebiete wohnen. Dabei kann berücksichtigt werden, daß für die verschiedenen gesellschaftlichen Einrichtungen der Hauptzentren unterschiedliche Einwohnerzahlen für die Kapazitätsberechnung zugrunde gelegt werden müssen (s. Abb. 5).

Durch die Überprüfung der Planungsunterlagen wurde festgestellt, daß die Standorte für die Zentren richtig gewählt waren. Grundsätzlich verändert werden mußte jedoch die Verteilung der erforderlichen Einrichtungen auf die verschiedenen Zentren. Dies ist nicht nur ein quantitatives Problem, sondern bewirkt auch qualitative Veränderungen.

Es ist beispielsweise nicht zu empfehlen, die erforderlichen Kapazitäten für die kulturellen Einrichtungen wie geplant in fünf gleichen Einrichtungen mit dem gleichen Funktionsangebot zu realisieren. Die Untersuchung der Einzugsgebiete ergab die Möglichkeit, eine stärkere Konzentration dieser Kapazitäten unter Einhaltung der zumutbaren Entfernungen zu schaffen. Dadurch, daß die Gesamtkapazität schwerpunktmäßig auf nur wenige Zentren verteilt wurde, kann an diesen Konzentrationspunkten ein viel differenzierteres, umfangreicheres und damit attraktiveres Funktionsangebot für die Bevölkerung geschaffen werden. Durch die weitgehende Konzentration dieser Einrichtungen können somit die aufgewendeten Mittel wesentlich effektiver eingesetzt werden. Auf diese Art und Weise ist es möglich, zum Vorteil der Bevölkerung und unter Wahrung volkswirtschaftlicher Interessen die Einordnung gesellschaftlicher Zentren in die Wohngebiete zu erleichtern und zu verbessern.

Standardprogramme

Durch die Anwendung der vorgenannten Prinzipien wird erreicht, daß sich ein klares Ordnungsprinzip durchsetzt, wobei alle territorialen Bedingungen weitgehend berücksichtigt werden können und Schematismus verwieden wird. Dieses Ordnungsprinzip ist um so wichtiger, weil auf dessen Grundlage für die Ausstattung der Wohngebietszentren Standardprogramme entwikkelt werden können. Dadurch kann die Planungsarbeit sowohl im städtebaulichen Bereich als auch für die Entwicklung von Erzeugnissen des Gesellschaftsbaues weiter qualifiziert und erleichtert werden.

Die verantwortungsvolle Aufgabe des Städteplaners verlangt Planungsmaterialien, die für die Ausstattung der Wohngebiete einen objektiven Maßstab darstellen. Auch hierbei ist aufgrund der unterschiedlichsten örtlichen Gegebenheiten jeder Schematismus zu vermeiden, und keinesfalls sollen dadurch die Kompetenzen und die Verantwortung der örtlichen Organe eingeschränkt werden. Standardprogramme sollen vielmehr eine Basis schaffen für die zweckmäßige Ausstattung aller Wohngebiete. Wenn es die örtlichen Gegebenheiten verlangen, sind sie entsprechend veränderbar, wobei Abweichungen deutlich werden und entsprechend zu begründen sind. Die Standardprogramme sind demzufolge in der Hand der örtlichen Organe sowohl Planungs- als auch Kontrollinstrument.

Auf der Basis solcher Standardprogramme läßt sich auch die Erzeugnisentwicklung für gesellschaftliche Einrichtungen zielgerichtet fortführen, so daß am Ende, wenn es darum geht, die Zentren zu realisieren, auch die Einrichtungen zur Verfügung stehen, die die örtlichen Organe und Städteplaner für ihre Wohngebiete vorgesehen haben. Insbesondere darin liegt die Bedeutung dieser Standardprogramme.

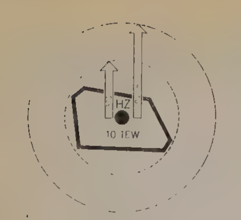
Die vielfältigen Möglichkeiten der Wohngebietsgrößen und deren Untergliederung, die in der Praxis auftreten können, schließen von vornherein starre Konzeptionen aus, die für ein Zentrum einer bestimmten Größenordnung jeweils ein feststehendes Programm der Ausstattung vorsehen. Die Ausstattungsprogramme für die Zentren sind deshalb in mehrere Programmteile gegliedert. Die Grundlage dieser Unterteilung bilden die Einzugsradien, die für die Zentren festgelegt wurden.

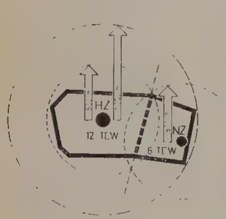
Die Standardprogramme sind in folgende Hauptgruppen unterteilt:

1. Standardprogramme, die alle Arten gesellschaftlicher Einrichtungen mit einem Einzugsradius von 600 m aufweisen

2. Standardprogramme, die alle Arten gesellschaftlicher Einrichtungen mit einem Einzugsradius von 1000 m aufweisen und

3. Standardprogramme, die die Arten gesellschaftlicher Einrichtungen aufweisen, die neben dem Einzugsradius von 1000 m als Fußweg innerhalb des Wohngebietes einen zusätzlichen Weg unter Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln bis zu 30 Minuten Gesamtzeit zulassen.





3

4

	EINZUGSGEBIETE	HAUPTZENTREN			NEBENZENTREN				
		HZ 1 TEW	HZ 2 * TEW	HZ 3 TEW	NZ 1 TEW	NZ 2 TEW	NZ 3 TEW	NZ 4 TEW	NZ 5 TEW
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
ANZAHL DER EINWOHNER IM EINZUGSGEBIET VON	r = 600 m	12,6 (I, II)	12,2 (III, T IV)	14,7 (T VII, T VIII)	9,8 (V, VI)	10,5 (T VII)	9,0 (T IV)	9,5 (T VIII)	5,5 (T IV)
	R = 1000 m	18,7 (I, II, VI)	31,7 (III, IV, V)	33,4 (VII, VIII)	—				
	R = 1000 m UND 30 MIN.	—	50,4 (I, II, III, IV, V)	33,4					

5

UNTERSCHEIDUNGSMERKMALE				
ART DES WOHNGEBIETS-ZENTRUMS	EINZUGSGEBIET	ART D. EINRICHTUNGEN	EINWOHNERZAHL	
HZ HAUPTZENTRUM	600 r = 600 m	1.	1	2 – 4
			2	4 – 6
			3	6 – 8
		2.	1	8 – 10
			2	10 – 12
			3	12 – 14
			4	14 – 16
	1000 R = 1000 m	1.	1	4 – 8
		2.	1	8 – 10
			2	10 – 14
		3.	1	14 – 20
			2	20 – 24
			3	24 – 30
		4.	1	30 – 36
			2	36 – 44
	1000 + 30 MIN R = 1000 m UND GESAMTWEG VON 30 MINUTEN BEI BENUTZUNG ÖFFENTL. VERKEHRSMITTEL	1.	1	4 – 8
		2.	1	8 – 10
			2	10 – 14
		3.	1	14 – 20
			2	20 – 24
		4.	1	24 – 30
			2	30 – 36
			3	36 – 44
			4	44 – 54
NZ NEBENZENTRUM	600 r = 600 m	1.	1	2 – 4
			2	4 – 6
			3	6 – 8
		2.	1	8 – 10
			2	10 – 12
			3	2 – 14
			4	14 – 16

6

3 Schematische Darstellung der Gliederung von Wohngebieten in Einzugsgebiete

4 Einzugsgebiete von Zentren eines Wohngebietes

5 Einwohnerzahlen für die Einzugsgebiete der Zentren eines Wohngebietes
* Stadtteilzentrum
I, VIII Bezeichnung der geplanten Wohnkomplexe
T Teil vom Wohnkomplex

6 Übersicht über die Standardprogramme
1) Die Numerierung wechselt, wenn sich eine oder mehrere Einrichtungen in ihrer Art ändern.
2) Die Numerierung wechselt, wenn sich eine oder mehrere Einrichtungen in ihrer Kapazität ändern.

Durch diese Unterteilung ist es möglich, für die Berechnung der Kapazitäten jeweils die Einwohnerzahlen zugrunde zu legen, die in dem jeweiligen Einzugsgebiet vorhanden sind. Als zweckmäßig erwies es sich, die dritte Gruppe gesondert auszuweisen, um damit die Beziehungen zu benachbarten Hauptzentren berücksichtigen zu können.

Für ein Hauptzentrum wird also das Ausstattungsprogramm aus drei Standardprogrammen zusammengesetzt, wobei sich jedes Standardprogramm auf eine andere Einwohnerzahl beziehen kann. Das Ausstattungsprogramm eines Nebenzentrums besteht dagegen nur aus einem Standardprogramm, und zwar aus dem Programm mit den Einrichtungen, die einen 600 m-Einzugsradius haben.

Die weitere Untergliederung der Hauptgruppen wird durch die in der Praxis unterschiedlich auftretenden Einwohnerzahlen bestimmt (s. Abb. 6).

Dabei wurde nicht davon ausgegangen, bestimmte Vorzugseinwohnerzahlen für Wohngebiete theoretisch festzulegen, nach denen die Wohngebiete zu planen sind, sondern von der Tatsache, daß in sinnvollen Grenzen nach unten und oben für jede mögliche Einwohnerzahl ein Standardprogramm entsprechender Größenordnung vorhanden sein muß.

Da in der DDR für bestimmte gesellschaftliche Einrichtungen wie für Schulen, Kaufhallen, Apotheken, Ambulatorien bereits Erzeugnisse in Größenabstufungen entwikkelt wurden, die einen bestimmten Toleranzbereich für die Einwohnerzahl aufweisen, kann die Anzahl der Programme auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Die Schwierigkeit besteht jedoch darin, daß die Größenstufungen für die unterschiedlichen Einrichtungen nur in den seltensten Fällen aufeinander abgestimmt sind. Dies zeigt deutlich, daß die bisherige Methode der Erzeugnisentwicklung, die im wesentlichen immer nur die einzelnen Einrichtungen in Betracht zieht, möglichst schnell durch eine abgestimmte Erzeugnisentwicklung überwunden werden muß. Dies ist um so wichtiger, weil zur Steigerung der Attraktivität und Effektivität Erzeugnisse mit komplexem Funktionsangebot entwickelt werden sollen, wie ein Gebäudekomplex, in dem die verschiedensten Dienstleistungseinrichtungen untergebracht werden, oder ein Komplex, der gastronomische Einrichtungen und Einrichtungen für den Freizeitsport vereint.

An dem bereits erwähnten Beispiel sollen die Anwendung und die Vorteile der Standardprogramme verdeutlicht werden.

Nachdem die Standorte der Zentren, zunächst der Hauptzentren und dann der Nebenzentren, ermittelt wurden, müssen die Einwohner errechnet werden, die in den verschiedenen Einzugsgebieten wohnen. Die Übersicht (Abb. 5) zeigt die ermittelten Einwohnerzahlen, die als Bemessungsgrundlage für die Kapazitätsberechnung der gesellschaftlichen Einrichtungen dienen. Dabei werden die Kapazitäten zielgerichtet für die Zentren ermittelt und nicht für die einzelnen Wohnkomplexe. Der Vergleich der Einzugsgebiete mit den Wohnkomplexen zeigt, daß es unzweckmäßig wäre, die Kapazitäten auf die Wohnkomplexe zu beziehen. Manche Wohnkomplexe sind so groß, daß zwei Zentren erforderlich sind. Auf der anderen Seite versorgt ein Zentrum mehrere Wohnkomplexe oder Teile von Wohnkomplexen. Nach der bisher meist angewendeten Methode, den Wohnkomplex als Bemessungsgrundlage zu verwenden, ist es äußerst kompliziert, die richtige Ausstattung für die jeweiligen Zentren festzulegen und dabei gleichzeitig die unterschiedlich großen Einzugsgebiete der verschiedenen gesellschaftlichen Einrichtungen zu beachten. Geht man von den Einzugsgebieten aus, können die realen Bedingungen exakter berücksichtigt werden. Sind auf dieser Basis die Einwohnerzahlen ermittelt, kann in kürzester Zeit mit Hilfe der Standardprogramme die Ausstattung für ein Zentrum zusammengestellt werden.

Als Beispiel dafür sollen die Standardprogramme auf Seite 27 für die Ausstattung von einigen Hauptzentren und einem Nebenzentrum dienen.

Erzeugnisentwicklung

Es wurde bereits erwähnt, daß durch die Erarbeitung und Anwendung der Standardprogramme günstige Voraussetzungen für die zielgerichtete Entwicklung von Erzeugnissen des Gesellschaftsbaues geschaffen wurden, die insbesondere die kapazitative Abstimmung der Einrichtungen untereinander berücksichtigt und somit die Grundlage für die Bildung zweckmäßig ausgestatteter und einheitlich gestalteter Zentren schafft. Damit wäre es möglich, für Zentren gleicher Einzugsgebiete eine einzige Lösung zu projektieren.

Abgesehen von dem Ziel, für die Bewohner dieses Wohngebietes eine typische, unverwechselbare Umwelt zu schaffen, schließen aber die vielfältigen unterschiedlichen Bedingungen der verschiedenen Wohngebietsstandorte von vornherein eine starre Typisierung gesellschaftlicher Zentren aus. Ungeachtet dessen muß jedoch erkannt und berücksichtigt werden, daß die Entwicklung der gesellschaftlichen Einrichtungen stärker zu Vorzugslösungen und zu fertigen Erzeugnissen als Angebotsprojekte geht. Diese Entwicklung muß besonders für solche Einrichtungen begrüßt werden, für die ein großer Bedarf besteht, wie Kindergärten, Kinderkrippen, Schulen und Kaufhallen.

Gerade deshalb ist der Berücksichtigung der städtebaulichen Anforderungen bereits bei der Erzeugnisentwicklung in stärkerem Maße Rechnung zu tragen. Gesellschaftliche Einrichtungen dürfen nicht mehr als Einzelobjekte aufgefaßt werden, sondern als „Bausteine" für gesellschaftliche Zentren. Eine dieser Anforderungen ist die städtebauliche Variabilität der einzelnen Erzeugnisse, die es ermöglicht, mit gleichen Funktionslösungen für die jeweiligen Einrichtungen die unterschiedlichsten städtebaulichen

Lösungen zu schaffen. Nicht in jedem Falle kann das in dem Maße erreicht werden, wie dies wünschenswert ist. In solchen Fällen ist es besonders wichtig, die Einordnungsbedingungen und den möglichen Spielraum für die jeweiligen Einrichtungen genau darzustellen.

Die beste derzeitig erkennbare Methode für die Planung der gesellschaftlichen Einrichtungen und der gesellschaftlichen Zentren ist auf lange Sicht gesehen die Erarbeitung und Anwendung von Funktionsbausteinen. Diese Funktionsbausteine sind als räumlich determinierte Planungseinheiten für bestimmte Funktionen aufzufassen. In welchem Umfange hierbei Flächen, Räume oder ganze Gebäude zusammenzufassen oder zu untergliedern sind, muß unter dem Gesichtspunkt ihres praktischen Gebrauchs entschieden werden.

Die Erarbeitung von Funktionsbausteinen als Planungseinheiten, vor allem aber die Darstellung ihrer Koppelungsbedingungen und Verflechtungsmöglichkeiten bieten den Vorteil, bei Sicherung einer hohen Nutzungsqualität eine Vielgestaltigkeit der Erscheinungsformen gesellschaftlicher Zentren zu erreichen und eine weitgehende Anpassung an die territorial unterschiedlichen Bedingungen zu gewährleisten. Dabei ist eine hohe Qualität und Effektivität der Planung und Realisierung gesellschaftlicher Zentren zu erreichen, wenn gleichzeitig moderne Projektierungstechniken auf der Basis einer einheitlichen Bauweise für den Gesellschaftsbau angewendet werden.

Dieses Ziel ist nur schrittweise zu erreichen und wird noch lange Zeit in Anspruch nehmen.

Es ist aber notwendig, die Entwicklung von Erzeugnissen unter den derzeitigen Bedingungen schon auf der Basis von Funktionsbausteinen durchzuführen, da nur so eine Kontinuität bei der Durchsetzung der einheitlichen technischen Politik im Gesellschaftsbau erreicht werden kann.

Die Lösung dieser Aufgabe, die entscheidend zur Erhöhung der Qualität der gesellschaftlichen Zentren in den Wohngebieten und zur Erfüllung des Wohnungsbauprogrammes beitragen wird, setzt jedoch ein enges Zusammenwirken von Forschung und Praxis sowie die Bereitschaft aller beteiligten Partner voraus, ihre Interessen dem gemeinsamen Ziel unterzuordnen.

Literatur

(1) Brambach, L.; Hess, M.-L., Verflochtene Funktionslösungen im komplexen Wohnungsbau – Leitbilder und Prinziplösungen, Dissertation – Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, Weimar 1974

(2) Schwandt, A., Freizeiteinrichtungen und -anlagen in neuen Wohngebieten (Eine städtebaulichesoziologische Analyse), Informationsdienst Städtebauforschung 3/74, Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau und Architektur

(3) Autorenkollektiv, Katalog Funktionseinheiten für Einrichtungen des Gesundheitswesens, Institut für Technologie der Gesundheitsbauten, Berlin 1974

(4) Autorenkollektiv, Städtebauliche Planungsgrundlagen gesellschaftlicher Einrichtungen für den Zeitraum ab 1976, Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau und Architektur, Forschungsvorhaben Sozialistischer Städtebau

(5) Autorenkollektiv. Leitbilder und Prinziplösungen für gesellschaftliche Zentren in Wohngebieten, Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau und Architektur, Forschungsvorhaben Sozialistischer Städtebau, Berlin 1974

(6) Autorenkollektiv, Komplexrichtlinie für die Planung städtischer Neubauwohngebiete, Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau und Architektur, Forschungsvorhaben Sozialistischer Städtebau, Berlin 1975, Entwurf

Standardprogramm HZ 600 — 2.4 (14000 bis 16000 Einwohner)

Art der Einrichtung	Erforderliche Kapazitäten	Varianten der Betriebsgrößen
POS	1880—3360 SPL	2×4 Züge (2880 SPL) 4×2 Züge (2880 SPL) bzw. wie oben + 1×2 Züge = 3600 SPL
Sporthalle	1602 m² SPFL	SH 4.1 + SH 2.1 (1152 + 450 m² SPFL) 4× SH 2.1 (1800 m² SPFL)
Sauna	20 SAPL	SA 3 (20 SAPL)
Konditionierungsraum	88,7 m² SPFL	KOR 1 + G (88,7 m² SPFL)
Gastbereiche mit allgem. Sortiment	400—480 GPL	420 GPL
Klub- und Zirkelräume	80 KPL/ZPL	80 KPL/ZPL
Schülerspeiseeinrichtung	720—848 SSPL	4×180 SSPL; 2×360 SSPL; 5×180 SSPL; 2×360 + 180 SSPL; 540 + 360 SSPL
Kegelsportanlage	4 Bahnen	KEG 2 (4 Bahnen)
Kaufhalle		ESK 1400/1700 (1400/1700 m² VRFL)
Fach-VST Nahrungs- und Genußmittel, Industriewaren (tägl. Bedarf)	1760—2080 m² VRFL	bis 500 m² VRFL
Sofortwäscherei/Selbstbedienungswäscherei	4 WAE	2×3 WAE
Altstoffannahmestelle	144 m² LAFL	144 m² LAFL

Standardprogramm HZ 1000 — 4.1 (30000 bis 36000 Einwohner)

Art der Einrichtung	Erforderliche Kapazitäten NE/TEW mind.		Varianten der Betriebsgrößen
Zweigbibliothek E + K	1,4 T	50400 BDE	ZWB (E + K) 53000 BDE
Volksbuchhhandlung	5,5	198 m² HFFL	230 m² HFFL
Mehrzwecksaal	30	1080 SRPL	MZS 24 X24 + 2 SE (720 SRPL + ≥ 360 SRPL
Freizeitsport im Gebäude	—	—	TT; Spielfläche; Billard usw.
Gastbereich mit spez. Sortiment	5—10	180—360 GPL	300 GPL
Komplexe Annahmestelle	9	324 m² LAFL	350 m² LAFL
SB-Reinigung	0,09	3,34 CHRE	SBR — 3 CHRE(1) oder SBR — 2 CHRE + Sofortreinigung (zusätzl. aus LR aus Progr. HZ 1000 + 30 Min.)
Friseur-Salon	1,4	50,4 APL	56 APL (1-sch) ≙ 28 APL (2-sch)
Kosmetik-Salon	0,8	28,8 APL	32 APL (1-sch) ≙ 16 APL (2-sch) keine Betriebsgr.
Postamt mit SB	keine Angaben über Größen		
Poliklinik, Teil: Grundbetreuung	0,67	24 ÄAPL	Kein Teilelement Pol. vorliegend
Apotheke		9,4 PHAPL	APO II / 3 ≙ . . . PHAPL
Veteranenklub	2,9	105 PL	105 PL
Geriatr. Tagesstätte	1,1	40 PL	
KWV; Reparatur Stützpunkt KWV; Gesellschaftliche Organisationen; VP	entsprechend den örtlichen Bedingungen		

Standardprogramm HZ 1000 + 30 Min. — 4.2 (30000 bis 36000 Einwohner)

Art der Einrichtung	Erforderliche Kapazitäten NE/TEW mind.		Varianten der Betriebsgrößen	Freie Kapazität(4) für Einzugsgeb. 30 Min.
Hallenbad (7)	9,2	331 m² WAFL	HB 1 o. Sprung ≙ 330 m² WAFL	6(1)—0(2) TEW
Ladenreinigung	0,05	1,8 CHRE	LR — 2 CHRE	10(1)—4(2) TEW
Sparkassenzweigstelle(3)	0,6	21,6 APL	18 APL	6(1)—0(2) TEW
Poliklinik (6) Teil 1 erweiterte Betreuung (30 min)	0,3	11 ÄAPL	POL. Teil F 14 ÄAPL	24(1)—18(2) TEW

Standardprogramm NZ 600 — 2.1 (8000 bis 10000 Einwohner)

Art der Einrichtung	Erforderliche Kapazitäten	Varianten der Betriebsgrößen
POS	1800—2100 SPL	4 Züge + 2 Züge (2160 SPL) 3×2 Züge (2160 SPL) 4 Züge + 1 Zug (1800 SPL)
Sporthalle	1152 m² SPFL	SH 4.1 (1152 m² SPFL)
Sauna	15 SAPL	SA 2 (15 SAPL)
Konditionierungsraum	38 m² SPFL	KOR 1 (38 m² SPFL)
Gastbereiche mit allgem. Sortiment	240—300 GPL	270 GPL
Klub- und Zirkelräume	50 KPL/ZPL	50 KPL/ZPL
Schülerspeiseeinrichtung	450—530 SSPL	3×180 SSPL; 360 + 180 SSPL; 540 SSPL
Kegelsportanlage	2 Bahnen	KEG 1 (2 Bahnen)
Kaufhalle		ESK 1000/1200 (1000/1200 m² VRFL)
Fach-VST Nahrungs- und Genußmittel, Industriewaren (täglicher Bedarf)	1100—1300 m² VRFL	bis 300 m² VRFL
Sofortwäscherei/Selbstbedienungswäscherei	3 WAE	SBW 3 WAE
Altstoffannahmestelle	72 m² LAFL	72 m² LAFL
Fernsprechstelle	mind. 1	mind. 1
Postausgabestelle/Kiosk	1,5 APL	K 1000 (2 APL) oder K 1051

Kombinierte Einrichtung für Kultur, Gastronomie und Sport

Dr.-Ing. Dipl.-Phil. Veneta Kupenkowa
Bauakademie der DDR
Institut für Städtebau und Architektur

Aufgabenstellung für die Ausarbeitung von Angebotsprojekten im Auftrag des Instituts für Wohn- und Gesellschaftsbau der Bauakademie der DDR
Bearbeitet durch:
Dr.-Ing. Dipl.-Phil. Veneta Kupenkowa, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. Jochen Degenkolb, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. Michael Fuchs, Architekt BdA/DDR
in Gemeinschaftsarbeit mit:
Institut für Kulturbauten
Rationalisierungs- und Forschungszentrum Gaststätten, Hotels und Gemeinschaftsverpflegung
Ministerium für Volksbildung, Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR
Staatssekretariat für Körperkultur und Sport, Wissenschaftlich-technisches Zentrum Sportbauten

Gesellschaftliche Aufgabe

Für eine zweckmäßige Ausstattung der Wohngebiete mit gesellschaftlichen Einrichtungen sind besonders für den Freizeitbereich bauliche Lösungen günstig, die mit ihrem räumlich-funktionellen Angebot die weitere Ausgestaltung der gesellschaftlichen Beziehungen im Sinne der sozialistischen Lebensweise unterstützen.

So sollen in den Wohngebieten „Möglichkeiten für das gesellige und gemeinschaftliche kulturelle Leben, wie Klubräume, Bibliotheken usw. geschaffen werden. Dabei ist die Mehrzwecknutzung und rationelle Kombination mit anderen gesellschaftlichen Einrichtungen vorzusehen. Die kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen werden um so besser befriedigt, wenn die Einrichtungen der Kultur, der Volksbildung, des Sports und der Erholung zusammenwirken".(1)

Diese Forderung war Ausgangspunkt für vielfältige Studien und Untersuchungen, in deren Ergebnis sich eine folgerichtige räumlich-funktionelle Verflechtung der Funktionsbereiche Kultur, Gastronomie und Sport nach dem Prinzip der Integration kombinierbarer Funktionseinheiten anbot. Damit wird nicht nur eine vielfältige sondern auch eine intensive Nutzung des so entstehenden Raumangebotes gewährleistet. Diese Funktionseinheiten lassen sich zu unterschiedlichen baulichen Lösungen zusammenführen und schrittweise, in Übereinstimmung mit den ökonomischen Möglichkeiten und den sich entwickelnden und verändernden Bedürfnissen, realisieren.

Die Palette der Möglichkeiten ist breit. Sie reicht von der kleinen Gaststätte bis zum Komplex, der alle Funktionsbereiche umfaßt. Für letzteres sind die notwendigen Realisierungsbedingungen noch nicht vorhanden. Sie müssen erst langfristig geschaffen werden. Daher sind in der ersten Etappe der Einführung Vorzugslösungen oder -kombinationen festzulegen, die dem gegenwärtigen Bedarf in unseren Wohngebieten entsprechen.

Integration als Voraussetzung zur qualitätsgerechten Erfüllung von Funktionsanforderungen

Die Funktionsbereiche der gesellschaftlichen Einrichtungen stehen untereinander in dauernder Wechselwirkung und gegenseitiger Ergänzung. Diese Verflechtungen müssen weitgehend genutzt werden, um eine höhere Qualität sowohl in der Funktion als auch in den städtebaulichen Anwendungsmöglichkeiten zu erzielen. Durch Übertragung und Ausübung von Funktionen gleichzeitig nebeneinander bzw. nacheinander entstehen neue funktionelle Qualitäten, die sich in unterschiedlichen Stufen der Integration erfassen lassen.

Funktionsbereiche, geeignet für Integration, sind

- Kultur: kulturelle Betätigung im Wohngebiet
- Gastronomie:
  öffentliche Gastronomie – Gaststätte
  nichtöffentliche Gastronomie – Schülerspeisung
- Sport: Konditionierung, Kegeln, Billard, Tischtennis, Sauna, Schießen.

Funktionsbereich Kultur

Die Aktivitäten der kulturellen Betätigung im Wohngebiet beziehen sich vorwiegend auf die Alltagsfreizeit, die der Reproduktion der Arbeitskraft und der Erweiterung der persönlichkeitsbildenden Momente des gesellschaftlichen Lebens dient.

Ausgehend davon, daß

– die Werktätigen 70 Prozent der arbeitsfreien Zeit in den Wohnungen oder in der näheren Wohnumgebung verbringen,

– das Wohngebiet nach der Arbeitsumwelt der Ort ist, an dem sich ausgeprägte soziale Kontakte und Kommunikationsbeziehungen herausbilden,

– das Wohngebiet der Ort für die ersten sozialen Kontakte für Kinder und Jugendliche ist,

– die Rentner nach ihrem Ausscheiden aus dem gesellschaftlichen Produktionsprozeß ihre sozialen Kontakte im Wohngebiet suchen,

ist es erforderlich, auch in den Wohngebieten Möglichkeiten für die kulturelle Betätigung zu schaffen.

Die kulturellen Bedürfnisse stehen untereinander im vielfältigen Zusammenhang und äußern sich in differenziertesten Wünschen und Aktivitäten. Das gemeinsame Merkmal bei allen ist, daß sie sich durch kommunikative Prozesse verwirklichen, die durch ihre Vielfalt eine neue Qualität kultureller Kommunikationen darstellen und die im Wohngebiet im starken Maße als spontane, nicht organisierte Aktivitäten auftreten. Gerade diese Art von Kommunikationen bedarf besonderer Bedingungen, um die kulturpolitische Aufgabe zu erfüllen (2).

Die territoriale Gliederung des Netzes der kulturellen Einrichtungen wird nach den gegenwärtigen Erfahrungen die Stufen Stadtzentrum, Stadtbezirkszentrum, gesellschaftliches Zentrum im Wohngebiet und ländliches Gemeindezentrum umfassen.

Dabei sind folgende Aktivitäten zu berücksichtigen:

– unorganisierte Kontakte, Begegnungen und Gemeinschaftserlebnisse
– gesellige Veranstaltungen (Feste, Feiern und Tanz)
– politische Aktivitäten und Versammlungen
– künstlerische Veranstaltungen (Laien- und Kindertheater, Tanzensembles, Konzerte, Lesungen, Filme, Ausstellungen, heitere Muse)
– Bildung, Weiterbildung, Lehrgänge, Betriebsakademien, Leistungsvergleiche, Fernsehen mit Bildungscharakter
– kollektive und individuelle schöpferische Selbstbetätigung, Zirkel für verschiedene künstlerische und handwerkliche Arbeiten
– programmierte Klubtätigkeit, Vorträge, Sitzungen, Meinungsaustausch
– Unterhaltung, Entspannung und Spiel
– jugendspezifische Aktivitäten.

Davon ausgehend zeichnen sich entsprechend den grundsätzlichen qualitativen und quantitativen Merkmalen der Aktivitäten und Nutzungsformen die in Tafel 1 dargestellten Funktionsteilbereiche ab.

Funktionsbereich Gastronomie

Eine Gaststätte, integriert mit anderen Funktionsbereichen, hat mit ihrer spezifischen Funktion und ihrem kommunikativen und kontaktfördernden Charakter eine wesentliche Aufgabe im Sinne der Gesamtfunktion zu erfüllen. Das erfordert eine enge funktionelle Verknüpfung des Gastbereiches der öffentlichen Gastronomie mit dem Kommunikationsbereich der Kultur. Die Erschließung und Anbindung des Gastbereiches der öffentlichen sowie der nichtöffentlichen Gastronomie über den Kommunikationsbereich der Kultur erhöht nicht nur die Aktivität und Qualität des Funktionsbereichs Gastronomie sondern auch die des Funktionsbereiches Kultur durch die Möglichkeit der gastronomischen Versorgung im Kulturbereich.

Die Schülerspeiseeinrichtung wird in die Integration einbezogen.

Neben der Erhöhung der Qualität des Essens für die Schüler (kein Thermophoressen, Einführung des altersdifferenzierten Essens) wird auch eine Verbesserung des Milieus für die Speiseeinnahme erzielt. Die Speiseeinnahme der Schüler kann auch als Zweitfunktion in den Kulturbereich integriert werden. Dafür eignen sich die Funktionsteilbereiche Kommunikation bzw. Veranstaltung, wobei dann in der Ausstattung die Forderungen der Speiseeinnahme der Schüler mit zu berücksichtigen sind.

Der Wirtschafts- und Produktionsbereich der öffentlichen Gastronomie ist in der Lage, durch Erweiterung der Lager-, Kühl- und Bearbeitungsräume sowie des Küchenbereiches den Bedarf für die Speisezubereitung der Schülerspeisung aufzunehmen. Dabei wird der gastronomische Bedarf für die kulturellen Veranstaltungen bei der Kapazitätsgröße des Wirtschafts- und Produktionsbereiches mitberücksichtigt.

Für die Integration treten die in Tafel 2 dargestellten Funktionsteilbereiche bzw. Bereiche auf.

Funktionsbereich Sport

Angestrebt wird die Schaffung eines komplexen, differenzierten Angebots spezifischer Betätigungsmöglichkeiten mit dem Ziel, das Bedürfnis, regelmäßig Sport zu treiben, bei Menschen aller Altersgruppen zu fördern, das sozialistische Gemeinschaftsleben weiterzuentwickeln und die Bedarfsanforderungen aus den einzelnen Nutzerbereichen des Sports zu erfüllen.

Die räumlich-funktionelle Verbindung mit Einrichtungen der Kultur und Gastronomie unterstützt diese Zielstellung, sie trägt dem geselligen Charakter des Freizeit- und Erholungssports Rechnung, erweitert den Erlebnisbereich für die Besucher und erhöht die Attraktivität und Auslastung. Alle Sportaktivitäten sollen sowohl organisiert als auch individuell, sporadisch, allein, mit der Familie oder in Gruppen mit möglichst geringen zeitlichen Nutzungseinschränkungen ausgeübt werden können.

Die Anbindung an die Gastronomie sichert die unmittelbare Nutzung der Gastbereiche auch von denjenigen, die sich sportlich betätigen. Eine zusätzliche gastronomische Versorgung ist nur für die Kegelanlage erforderlich.

Tafel 1 Funktionsbereich Kultur

Funktionsteilbereiche	Funktion	Kapazitätsgrößen
Kommunikation K 1	Spezifische Funktion: Information, Treffen, Klubleben, Spiel, unprogrammierte Aktivitäten integrierende Funktion: Anbindung anderer Funktionsbereiche wie Gastronomie, Sport zusätzliche Funktion: Sicherung städtebaulicher Variabilität	Größen nach den darin durchzuführenden Funktionen
	Zweitnutzung: Speiseeinnahme der Schüler	für Schülerspeisung 180 SSPL 360 SSPL 540 SSPL
Klub K 2	Gruppenaktivitäten ohne Ansprüche an spezielle Raumausrüstung	K 2.1 40 PL K 2.2 60 PL
Hobby K 3	gerichtete Interessen mit spezialisierten Ansprüchen an Raumausrüstung	K 3.1 20 PL K 3.2 45 PL
Veranstaltung K 4	Massenveranstaltungen	Mehrzwecksaal 18×18 m mit 2 Saalerweiterungen
	Zweitnutzung: Speiseeinnahme für Schüler	für Schülerspeisung 180 SSPL 360 SSPL 540 SSPL
Bibliothek K 5	Zweigbibliotheken für Erwachsene und Kinder	nach örtlichem Bedarf
Leitung, Verwaltung, K 6 Sozialbereich		

Tafel 3 Funktionsbereich Sport

Sportarten und Aktivitäten für die Integration mit den Funktionsbereichen Kultur und Gastronomie		Funktion	Kapazitätsgrößen
Konditionieren	KOR	Spezifische Funktionen:	KOR — ohne Gymnastikr. KOR + G— mit Gymnastikr.
Tischtennis	TT	Förderung des regelmäßigen Sporttreibens aller	TT 1 — 2 Tische TT 2 — 3 Tische
Billard	BI	Altersgruppen durch die Integration zusätzliche Funktionen:	BI 1 — 1 Tisch BI 2 — 2 Tische BI 3 — 3 Tische BI 4 — 4 Tische
Kegeln	KE	Erweiterung des Erlebnisbereiches und Erhöhung der Attraktivität	KE 1 — 2 Bahnen KE 2 — 4 Bahnen KE 3 — 6 Bahnen KE 4 — 8 Bahnen
Sauna	SA		SA 1 — 10 Plätze SA 2 — 15 Plätze SA 3 — 20 Plätze
Schießen	SCH		SCH — 5 Bahnen

Tafel 2 Funktionsbereich Gastronomie

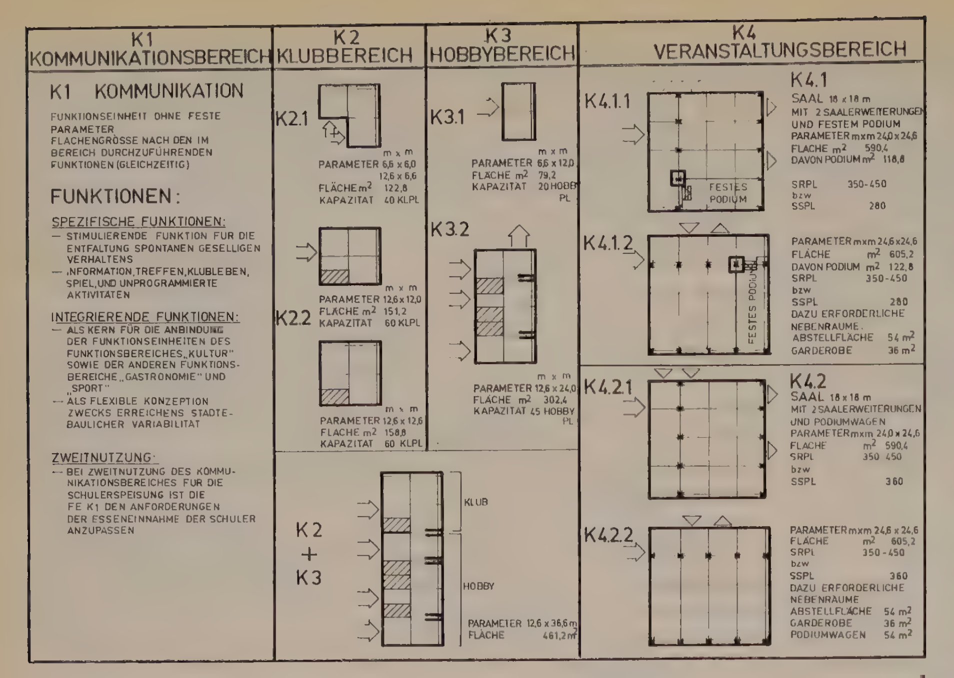
Funktionsteilbereiche	Funktion	Kapazitätsgrößen
öffentliche Gastronomie: Gastbereich der Speisegaststätte	spezifische Funktion: gastronomische Versorgung	120 GPL aus: G 1 — 40 GPL G 6 — 80 GPL 180 GPL aus: G 2 — 40 GPL G 6 — 80 GPL G 4 — 60 GPL 240 GPL aus: G 1 — 60 GPL G 2 — 40 GPL G 6 — 80 GPL G 4 — 60 GPL
	zusätzliche Funktion: kommunikations- und kontaktfördernde Wirkung	
nichtöffentliche Gastronomie: Speiseeinnahme der Schülerspeisung SSP	spezifische Funktion: gastronomische Betreuung der Schüler	Schülerspeiseeinnahme: SSP 1 180 SSPL SSP 2 360 SSPL SSP 3 540 SSPL
	Zweitnutzung: kulturelle Betätigung	
öffentliche und nichtöffentliche Gastronomie: Wirtschaft und Produktion W	Speisezubereitung für die Gaststätte und Schülerspeisung	W 1 — 120 GPL / 180 SSPL W 2 — 120 GPL / 360 SSPL W 3 — 180 GPL / 180 SSPL W 4 — 180 GPL / 360 SSPL W 5 — 180 GPL / 540 SSPL W 6 — 240 GPL / 360 SSPL W 7 — 240 GPL / 540 SSPL
	zusätzliche Funktion: gastronomische Betreuung des Kulturbereiches	

Tafel 5 Kombinationen der Funktionseinheiten W + G + SSP = Gastronomische Größen

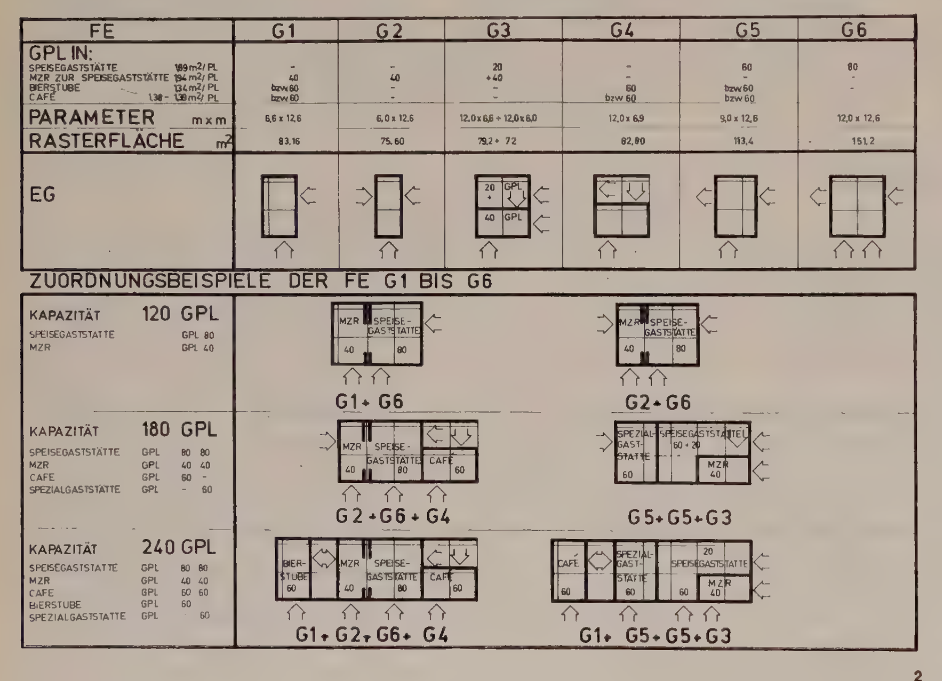
W	G	SSP	Gastr.
W 1 (120/180(	G 1 + G 6 (40 + 80)	SSP 1 (180)	Gastr. 1 (120 + 180 = Kap. 300)
W 2 (120/360)		SSP 2 (360)	Gastr. 2 (120 + 360 = Kap. 480)
W 3 (180/180)	G 2 + G 6 + G 4 (40 + 60 + 60)	SSP 1 (180)	Gastr. 3 (180 + 180 = Kap. 360)
W 4 (180/360)		SSP 2 (360)	Gastr. 4 (180 + 360 = Kap. 540)
W 5 (180/540)		SSP 3 (540)	Gastr. 5 (180 + 540 = Kap. 720)
W 6 (240/360)	G 1 + G 2 + G 6 + G 4 (60 + 40 + 80 +60)	SSP 2 (360)	Gastr. 6 (240 + 360 = Kap. 600)
W 7 (240/540)		SSP 3 (540)	Gastr. 7 (240 + 540 = Kap. 780)

Tafel 4 Richtwerte und Kennzahlen

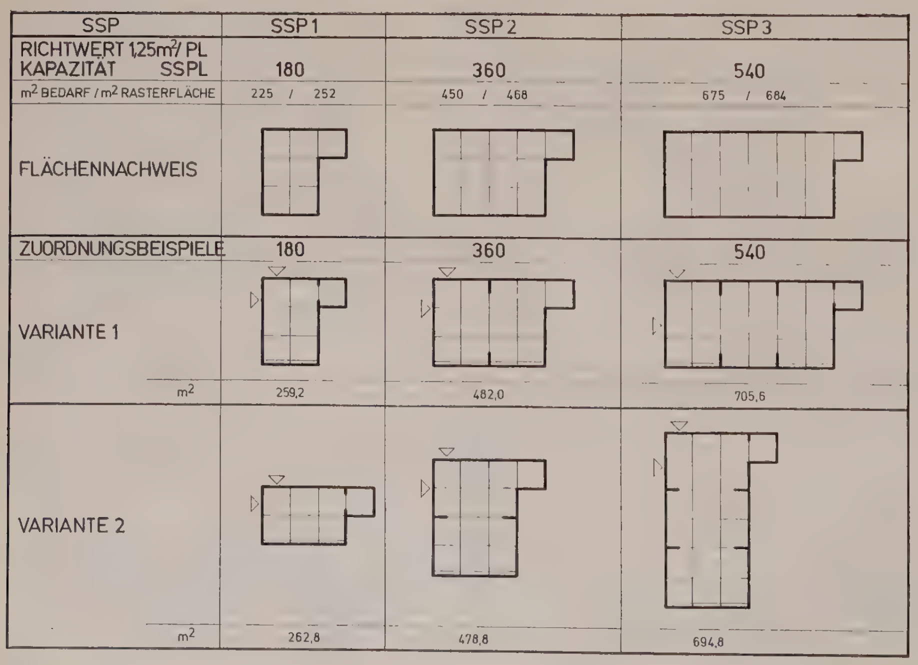
Funktionsbereich	Nutzungseinheit	NE	Bemessungsrichtwert NE/TEW	Aufwand Flächenaufwand Bruttogeschoßfläche je NE m²	 je TEW m2	 Preisaufwand Tausend Mark je NE TM	 je TEW TM
Kultur	Saalreihenplatz bzw. Klubplatz bzw. Hobbyplatz	SRPL KLPL HPL	20,0 } 5,0	3,55	124,3	5,5	192,5
Gastronomie: Gaststätte	Gastplatz	GPL	30,0 ... 40,0	6,67	200,0 ... 267,0	8,0	240 ... 320,0
Gastronomie: Schülerspeisung	Schülerspeiseplatz	SSPL	45,0 ... 53,0	5,35	241,0 ... 284,0	5,8	261 ... 307,0
davon: für Wirtschaft und Produktion für Speiseeinnahme				1,47 3,88	66,0 ... 78,0 175,0 ... 206,0	1,7 4,1	76,5 ... 90,0 184,5 ... 217,0
Sport: Konditionieren	m2 Sportfläche	m2 SpFL	3,2 ... 9,5	1,7 ... 1,8	5,5 ... 17,0	2,3 ... 2,5	7,4 ... 23,8
Tischtennis	Platte	Tisch	0,13 ... 0,23	52,0 ... 54,0	7,0 ... 13,5	55,0 ... 58,0	7,0 ... 14,5
Billard	Tisch	Tisch	0,13	30,0 ... 36,0	4,0 ... 4,7	40,0 ... 46,0	5,2 ... 6,0
Kegeln	Bahn	Bahn	0,2 ... 0,4	145,0 ... 152,0	29,0 ... 60,8	160,0 ... 170,0	32,0 ... 68,0
Sauna	Saunaplatz	SaPL	1,3 ... 3,7	5,4 ... 8,0	7,0 ... 29,6	7,0 ... 10,0	9,1 ... 37,0
Schießen	Bahn	Bahn	≧ 0,16	20,0	3,2	23,0	3,7



1
Funktionsbereich Kultur — Funktionseinheiten Kommunikations-, Klub-, Hobby- und Veranstaltungsbereich



2
Funktionsbereich Gastronomie — Funktionseinheiten öffentliche Gastronomie — Gastbereich



3
Funktionsbereich Gastronomie — Funktionseinheiten nicht öffentliche Gastronomie — Schülerspeisung

Funktionseinheiten für unterschiedliche städtebauliche Programme

Durch die offene Struktur der Funktionseinheiten für jeden Funktionsbereich kommt die Vielfalt der Integrationsmöglichkeiten zur Geltung.

Die Funktionseinheiten enthalten Raumprogramme, feste Parameter, Anbindungsstellen für die Gruppierung innerhalb der Funktionsbereiche sowie für die Kombinationen der Funktionsbereiche untereinander unter dem Aspekt der effektiven Zuordnung und Austauschbarkeit. Dementsprechend wurden die folgende Reihen der Funktionseinheiten vorgesehen:

Funktionsbereich Kultur (Bild 1)
Funktionsbereich Sport (Bild 5)
Funktionsbereich Gastronomie (Bild 2, 3, 4)

Beispiele von Prinziplösungen auf der Grundlage der städtebaulichen Variabilität und Austauschbarkeit von Funktionseinheiten

Das mit den Bemessungsrichtwerten ermittelte städtebauliche Programm trifft nicht einheitlich auf gleichgroße Wohngebiete zu. Die Spezifik des Wohngebietes wirkt auf alle Funktionsbereiche der gesellschaftlichen Einrichtungen.

Funktionsbereich Kultur

Für den Kulturbereich treten zwei grundsätzliche Varianten der Einordnung in die städtebauliche Struktur auf. Die Auswahl der Varianten wird durch den Einzugsbereich und durch die Beziehungen zu dem übergeordneten Zentrum bestimmt.

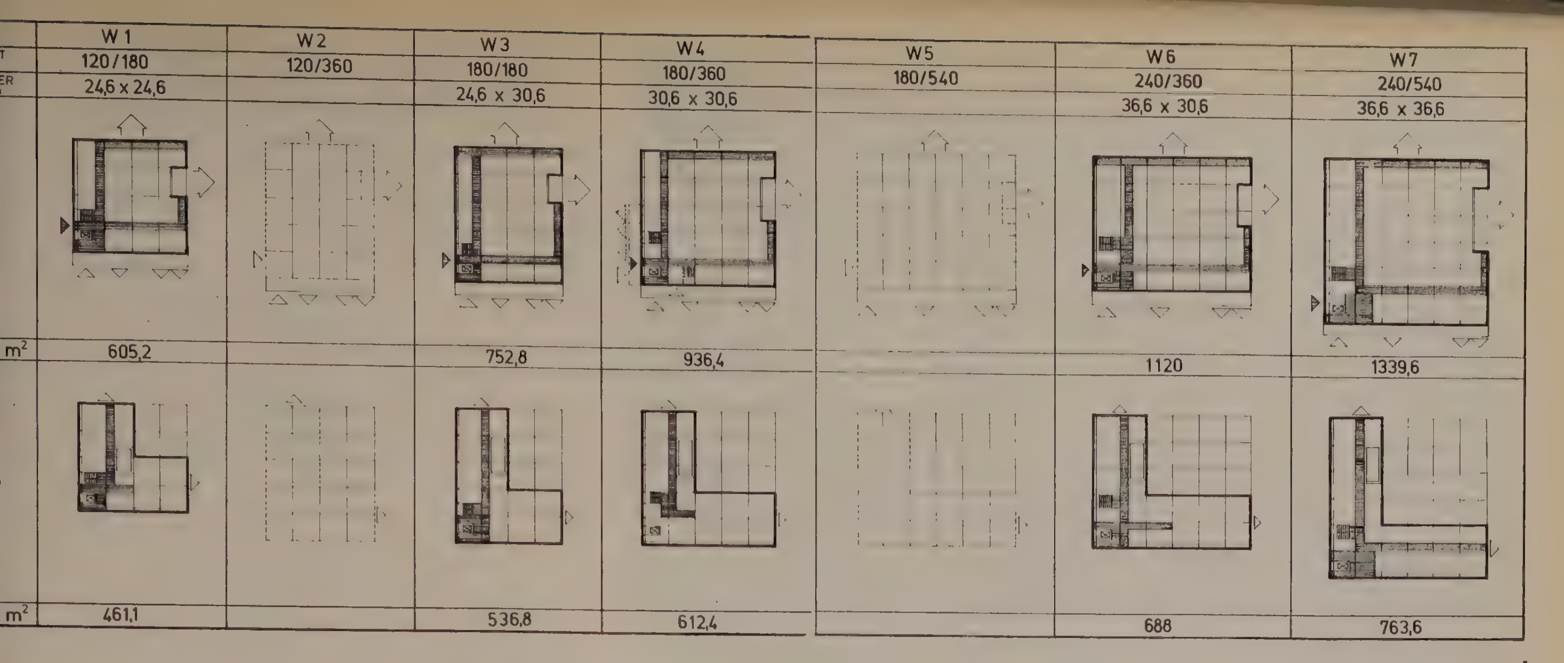
Variante 1 gilt für städtische Wohngebiete von 8000 bis 20 000 Einwohner, die im unmittelbaren Einzugsgebiet eines übergeordneten Zentrums liegen, das eine ausreichende Ausstattung mit kulturellen Einrichtungen besitzt. Die Kombination wird orientiert auf Kommunikations-, Klub-, Hobby- und Verwaltungsbereich unter Zweitnutzung des Kommunikationsbereiches für die Speiseeinnahme der Schüler (K1 + K2 + K3 + K6). Die Einordnung einer Zweigbibliothek ist möglich.

Variante 2 gilt für städtische Wohngebiete von 8000 bis 20 000 Einwohner, die außerhalb des Einzugsgebietes eines übergeordneten Zentrums liegen. Hier stimmt das Zuordnungsprinzip mit der Variante 1 überein. Zusätzlich wird der Veranstaltungsbereich — der Saal mit den Erweiterungsmöglichkeiten — dem Kommunikationsbereich zugeordnet. Die Speiseeinnahme der Schüler wird als Zweitnutzung in den Veranstaltungsbereich übertragen (K1 + K2 + K3 + K4 + K6).

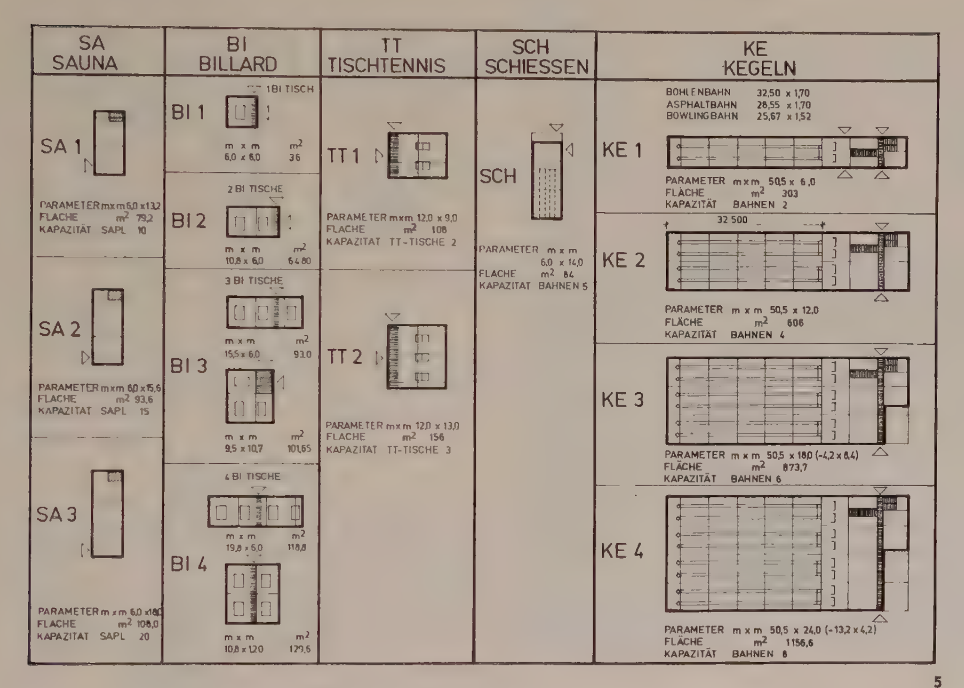
Funktionsbereich Gastronomie

Öffentliche Gastronomie — Gaststätte:
Durch die gastronomischen Größen 1 bis 7 können unterschiedliche Anteile des Gesamtbedarfs an Gastplätzen realisiert werden von 60 Prozent bis 100 Prozent des Bedarfs.

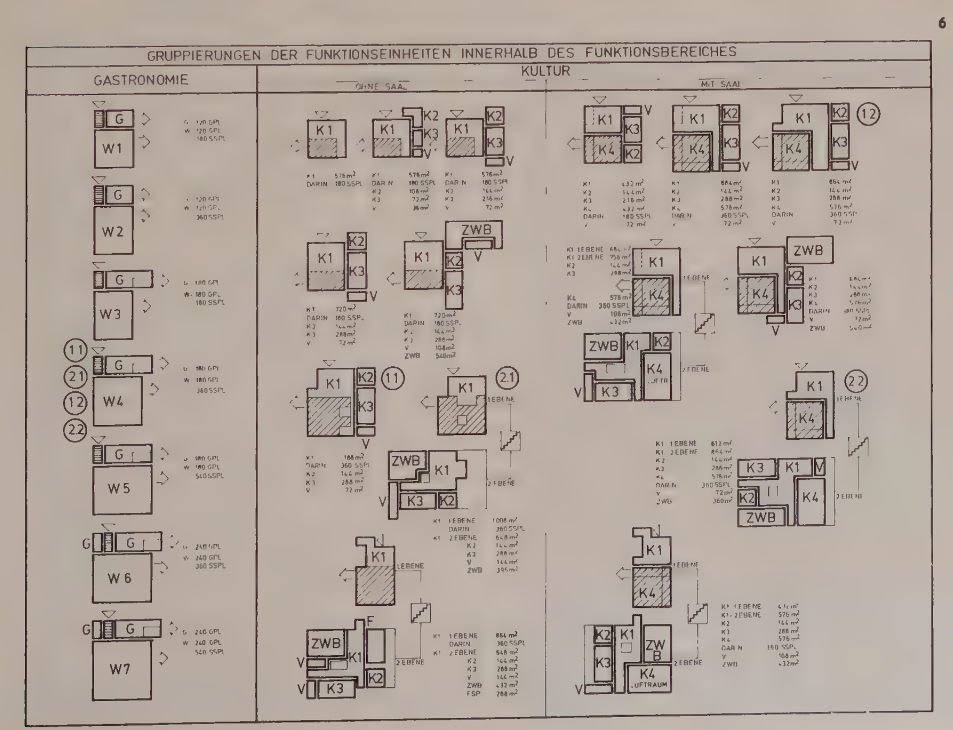
Nichtöffentliche Gastronomie — Schülerspeisung:
Die Schülerspeiseeinrichtung kann in ihrer Kapazität vollständig, zu zwei Drittel, zur Hälfte oder zu einem Drittel integriert werden in Abhängigkeit von der zumutbaren Wegentfernung zwischen Schule und Schülerspeiseeinrichtung, das heißt von der territorialen Konzentration der Schulen. Mit zunehmender Dezentralisation der Schulen im Territorium des Wohngebietes werden Flächen- und Preisaufwand für die Schülerspeisung negativ beeinflußt. In Neubaugebieten ist deshalb aus Gründen des rationellen Aufwandes (Flächen- und Preisaufwand) eine weitgehende Konzentration der Schulen im Territorium des Einzugsgebietes zu empfehlen.



4
Funktionsbereich Gastronomie – Funktionseinheiten Wirtschafts- und Produktionsbereich



5
Funktionsbereich Sport – Funktionseinheiten Sauna, Billard, Tischtennis, Kegeln, Schießen



6
Gruppierungen der Funktionseinheiten innerhalb des Funktionsbereiches

Funktionsbereich Sport

In der Integration ist es möglich, verschiedene Programme zu realisieren, die örtlich dem Bedarf anzupassen sind.

Durch Addition von Funktionseinheiten entstehen innerhalb jedes Funktionsbereiches feste Gruppierungen. So sind zum Beispiel die sieben gastronomischen Größen in Gruppierungen von Funktionseinheiten innerhalb des Funktionsbereiches Gastronomie sowie Gruppierungen innerhalb des Funktionsbereiches Kultur ausgewiesen worden (Bild 7). Durch die Kombination von Gruppierungen einzelner Funktionsbereiche werden Kombinationen von Kultur/Gastronomie/Sport erreicht, die in ihren Kapazitätsgrößen den städtebaulichen Planungsrichtwerten entsprechen, aber auch solche, die in der Kapazität eines bestimmten Funktionsbereiches bzw. Funktionsteilbereiches nach oben oder nach unten, je nach dem konkret auftretenden Bedarf, abweichen.

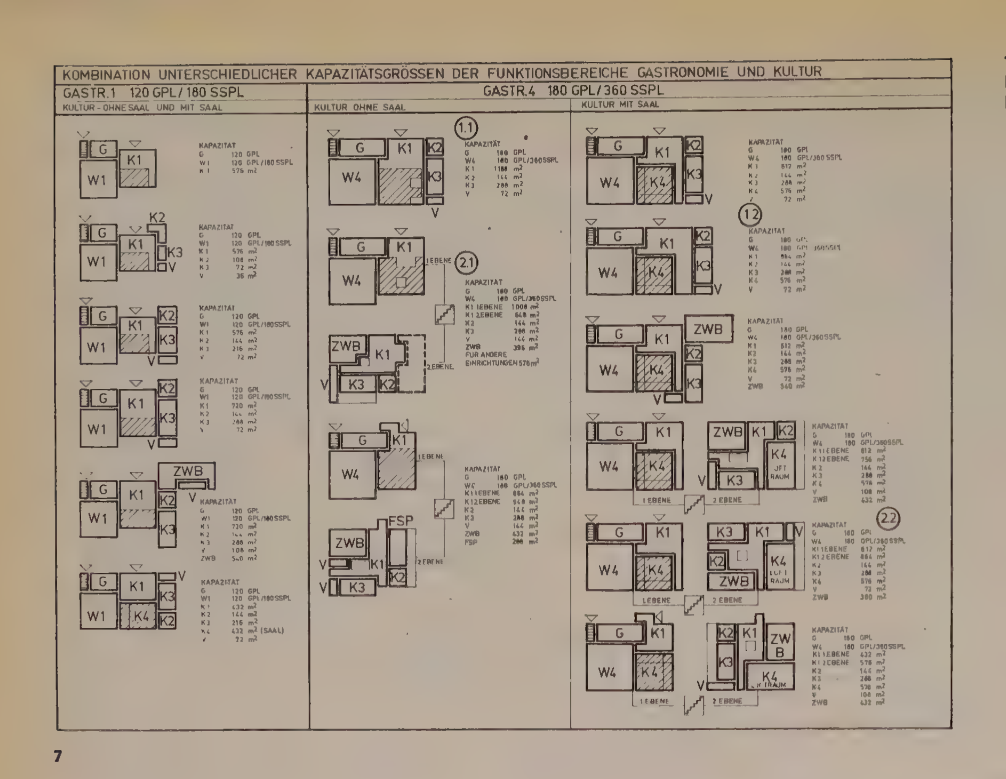
Das Kombinationsprinzip zu Prinziplösungen wird an Hand der Funktionsbereiche Kultur und Gastronomie demonstriert (Bild 8). Von einer bestimmten Gruppierung des Funktionsbereiches Gastronomie ausgehend, sind die Kombinationsmöglichkeiten ausgewiesen, in denen diese Gruppierung auftreten kann. Zum Beispiel ist die gastronomische Größe 4 (180 GPL/360 SSPL) in Kombinationen mit und ohne Saal in ein- und zweigeschossigen Lösungen möglich. Die Zuordnung dieser gastronomischen Größe gilt auch für die anderen gastronomischen Größen.

Die Prinziplösungen 1.1 (Bilder 9, 10) und 2.2 (Bilder 11, 12, 13) veranschaulichen die Kombinationsfähigkeit und Austauschbarkeit der Funktionseinheiten.

Literatur

(1) Kurt Hager, Zu Fragen der Kulturpolitik der SED. Dietz Verlag, Berlin, 1972, S. 72

(2) Institut für Kulturbauten. Wissenschaftlich-technische Grundlagenarbeit 1974, Thema 1.4



7

7
Kombination unterschiedlicher Kapazitätsgrößen der Funktionsbereiche Gastronomie und Kultur

Prinziplösung – kombinierte Einrichtung Kultur/Gastronomie/Sport
Variante 2.2, zweigeschossige Lösung mit Saal
180 Gaststättenplätze, 360 Schülerspeisungsplätze

10
Obergeschoß

11
Erdgeschoß

12
Kellergeschoß

Prinziplösung – kombinierte Einrichtung Kultur/Gastronomie/Sport
Variante 1.1, eingeschossige Lösung ohne Saal
180 Gaststättenplätze, 360 Schülerspeisungsplätze

8
Erdgeschoß

9
Kellergeschoß

10

8

11

9

12

Kaufhalle im Wohnkomplex IX in Hoyerswerda

Architekt Peter Biernath
VEB Wohnungsbaukombinat Cottbus,
Projektierungsbereich Hoyerswerda

Autoren

Architekt BdA/DDR Peter Biernath,
Diplomformgestalter

Entwurfsmitarbeiter:
Dipl.-Ing. Reinhard Schneider, Architekt BdA/DDR
Ingenieur für Holztechnologie Renate Großmann
Bautechniker Elke Schnöps

Statik/Konstruktion:
Dipl.-Ing. Wolfgang Götte
Bauingenieur Fritz Nischan
Bauingenieur Hugo Krotz

Heizungs-, Lüftungs-, Sanitärtechnik:
Ingenieur Gerhard Grüger
Ingenieur Karl Heinz Rowoldt
Bauwirtschaftler Rolf Appel

Elektrotechnik:
Ingenieur Gerhard Liefeld
Elektromeister Hannes Hoffmann

Bauwirtschaft:
Bauingenieur Walter Liehn
Bauingenieur Inge George
Nachrechnerin Therese Kutschank

Erschließung:
Bauingenieur Volkmar Miersch
Bauingenieur Werner Reuß

Freiflächengestaltung:
Gartenbauingenieur Horst Behm

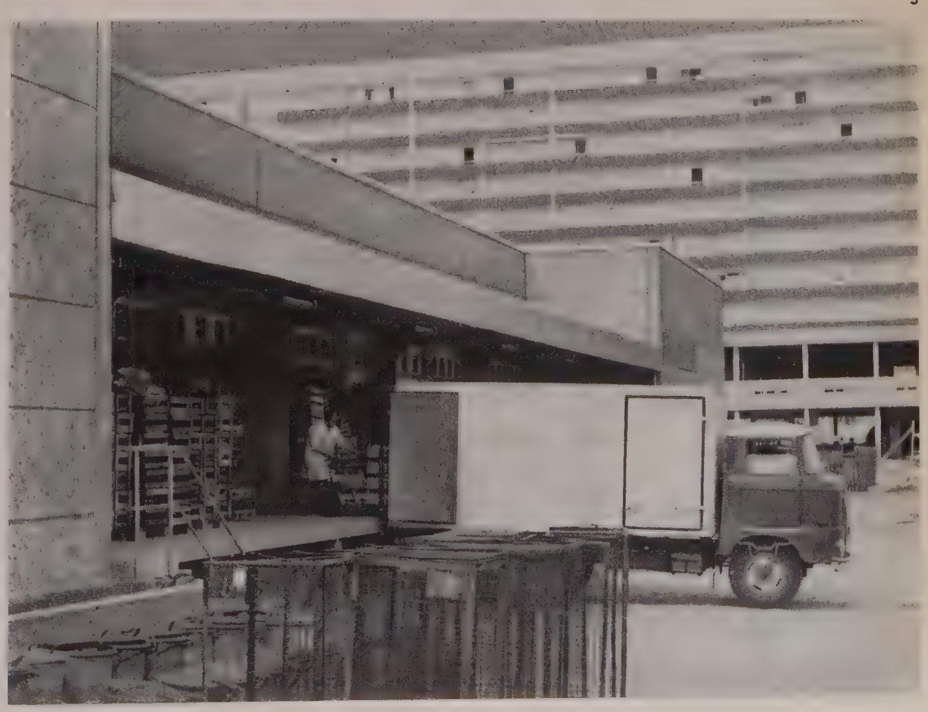
Bauausführung:
VEB WBK Cottbus, KB West, Finsterwalde



1
Zuordnung der Kaufhalle zur Wohnbebauung (Wohnkomplex IX in Hoyerswerda)



2
Schaufensterbereich mit Überdachung



3
Blick auf den Anliegerbereich

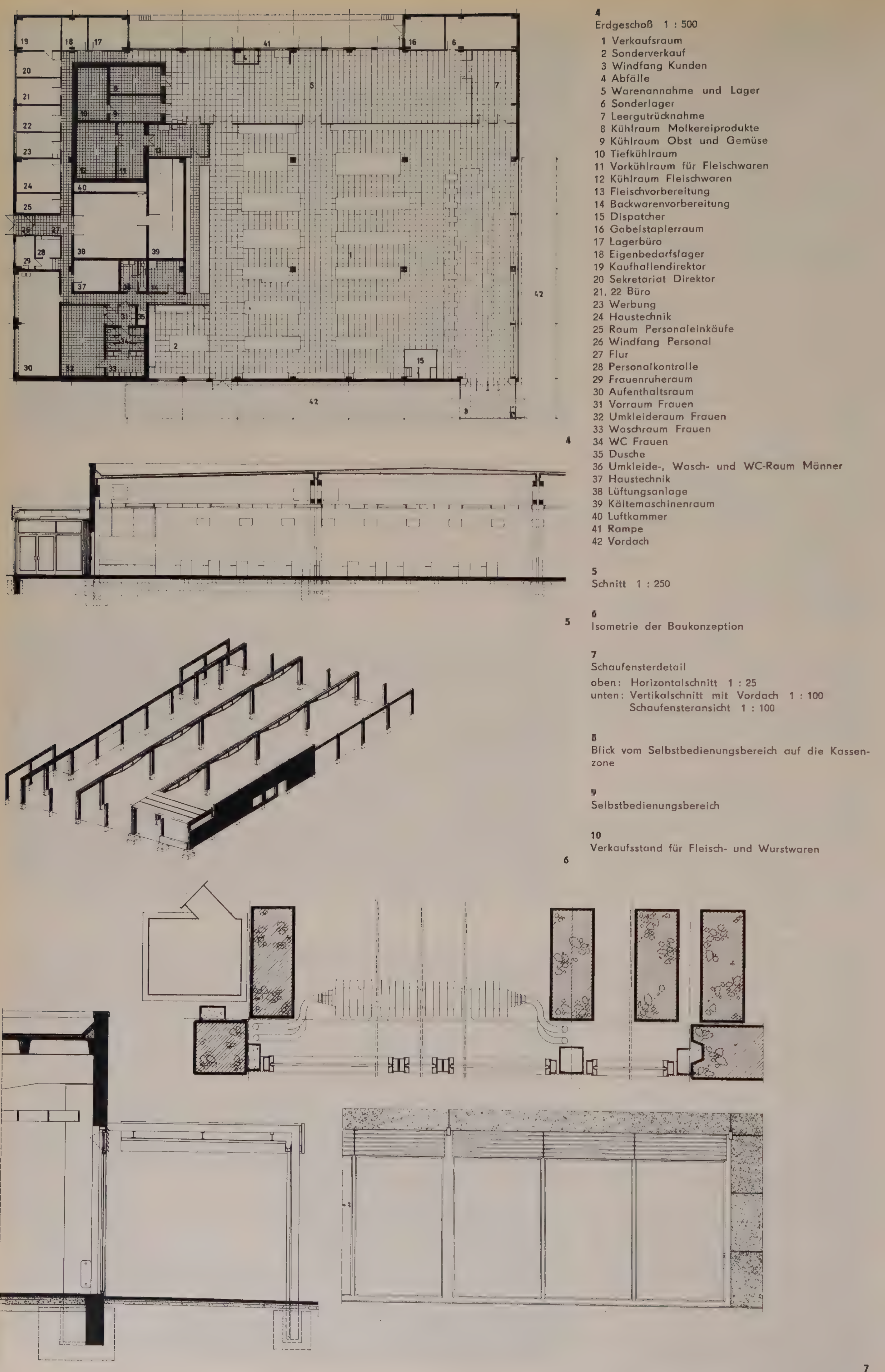
Aufgabenstellung

Mit der Entwicklung und Anwendung eines Angebotsprojektes einer Kaufhalle für Waren des täglichen Bedarfs mit 890/1000 m² Verkaufsraumfläche (VRFL) ist der volkswirtschaftlich effektivere Einsatz von Investitionsmitteln und eine rationelle, konstruktive und gute gestalterische Lösung, bei gleichzeitig vorteilhafter Eingliederung der Kaufhalle in das einheitliche Bau- und Montageprogramm für gesellschaftliche Einrichtungen im Bezirk Cottbus möglich.

Ausgehend von den Erfordernissen zur Lösung der Versorgungsaufgaben im Wohngebiet IX in Hoyerswerda und im Hinblick auf künftige Neubaugebiete wurde die Kaufhallengröße durch HO und Konsum gemeinsam bestimmt.

Es sind zwei Nutzungsstufen ausgewiesen. Die erste Nutzungsstufe mit 890 m² VRFL ergibt sich aus den Anforderungen der eigenen Lagerhaltung und der umfangreichen Verkaufsvorbereitung innerhalb der Kaufhalle.

Die zweite Nutzungsstufe kann realisiert werden, wenn eine zentralisierte Verkaufs-



4
Erdgeschoß 1 : 500

1 Verkaufsraum
2 Sonderverkauf
3 Windfang Kunden
4 Abfälle
5 Warenannahme und Lager
6 Sonderlager
7 Leergutrücknahme
8 Kühlraum Molkereiprodukte
9 Kühlraum Obst und Gemüse
10 Tiefkühlraum
11 Vorkühlraum für Fleischwaren
12 Kühlraum Fleischwaren
13 Fleischvorbereitung
14 Backwarenvorbereitung
15 Dispatcher
16 Gabelstaplerraum
17 Lagerbüro
18 Eigenbedarfslager
19 Kaufhallendirektor
20 Sekretariat Direktor
21, 22 Büro
23 Werbung
24 Haustechnik
25 Raum Personaleinkäufe
26 Windfang Personal
27 Flur
28 Personalkontrolle
29 Frauenruheraum
30 Aufenthaltsraum
31 Vorraum Frauen
32 Umkleideraum Frauen
33 Waschraum Frauen
34 WC Frauen
35 Dusche
36 Umkleide-, Wasch- und WC-Raum Männer
37 Haustechnik
38 Lüftungsanlage
39 Kältemaschinenraum
40 Luftkammer
41 Rampe
42 Vordach

5
Schnitt 1 : 250

6
Isometrie der Baukonzeption

7
Schaufensterdetail
oben: Horizontalschnitt 1 : 25
unten: Vertikalschnitt mit Vordach 1 : 100
Schaufensteransicht 1 : 100

8
Blick vom Selbstbedienungsbereich auf die Kassenzone

9
Selbstbedienungsbereich

10
Verkaufsstand für Fleisch- und Wurstwaren



8

9



10



vorbereitung (Lagerzentrale) die Reduzierung des Bereiches Lager/Warenannahme gestattet.

Es galt, folgende Forderungen bei der Entwicklung der Kaufhalle zu beachten:

- Von der Warenanlieferung (Rampe) über Lager- und Vorbereitungsräume bis zum Angebotsplatz der Waren (Verkaufsraum) sind möglichst kurze, geradlinige Wege anzubieten (geringster Zeit- und Kraftaufwand)
- Von der Rampe müssen kurze Transportwege zu den Kühlräumen und zum Fleischvorbereitungsraum bestehen, der seinerseits direkt an den individuellen Verkaufsstand für Fleisch- und Wurstwaren angebunden sein muß
- Alle Räume, die mit der Warenbewegung im Zusammenhang stehen, müssen auf einer Ebene liegen (von der Rampe bis zum Verkaufsraum) und sollen den Einsatz von Flurfördergeräten und den palettisierten Warentransport ermöglichen
- Vor oder außerhalb des eigentlichen Einkaufsprozesses soll die Leergutrücknahme erfolgen. Es ist ein kurzer Transportweg zur Rampe zu gewährleisten
- Der Ausbau zur zweiten Nutzungsstufe muß mit geringstem baulichem Aufwand möglich sein. Er erfolgt jedoch erst, wenn im Einzugsterritorium die Voraussetzungen für eine Zentralisation der verkaufsvorbereitenden Prozesse (Lagern, Preisauszeichnen, Verpacken) durch Lagerzentralen gegeben sind und damit das Warenlager (die Nebenfunktionsfläche) der Kaufhalle zu Gunsten der Verkaufsraumfläche reduziert werden kann.

Dazu kamen noch bestimmte bezirkliche Forderungen:

Die überdachte Freifläche vor der Kaufhalle kann für den Obst- und Gemüseverkauf, den saisonbedingten Sonderverkauf sowie den Eis- und Getränkeverkauf genutzt werden. Gleichzeitig werden überdachte Kinderwagen- oder Fahrradabstell- und Automatenplätze zur Verfügung gestellt.

Funktionelle Lösung

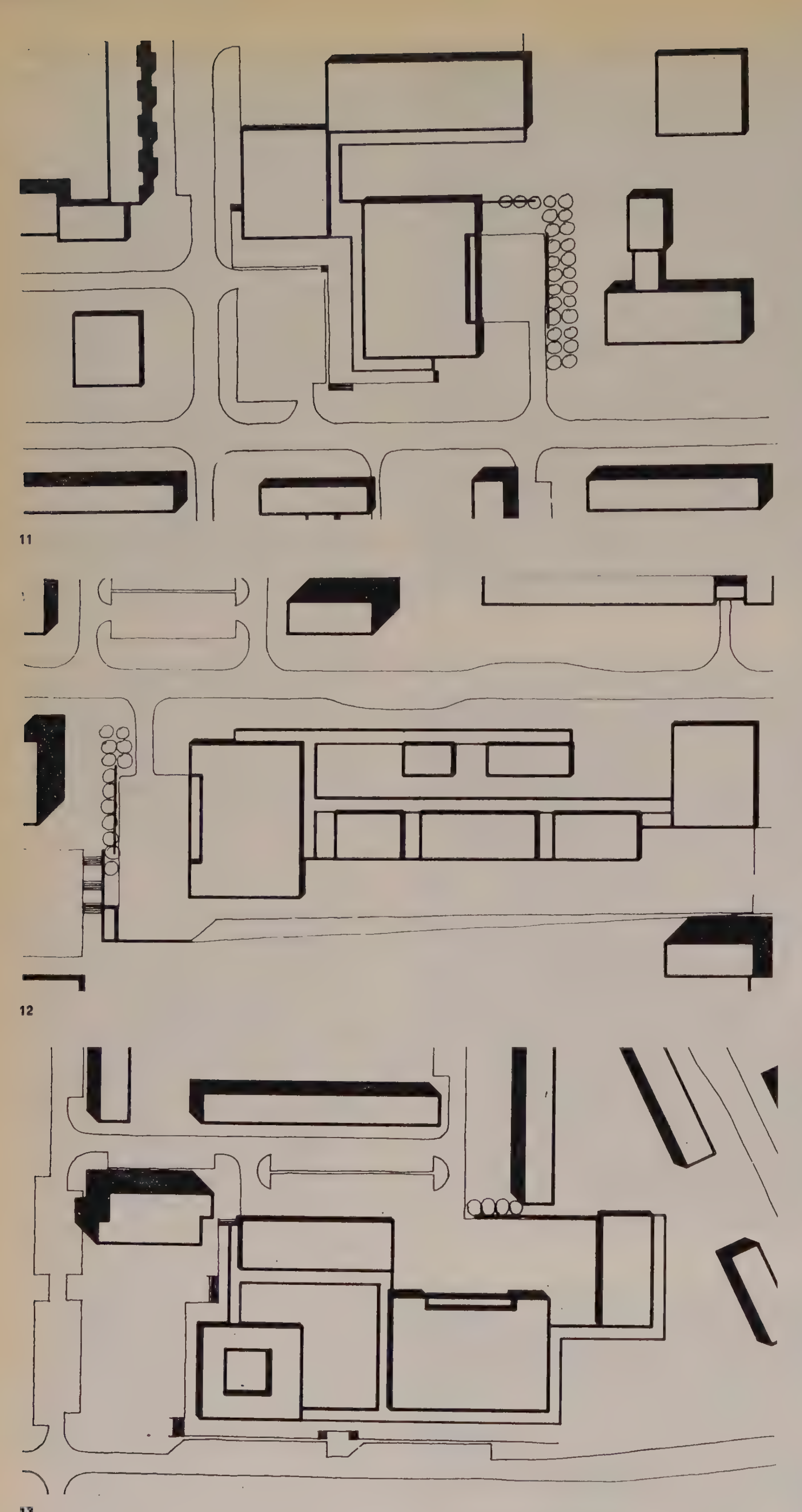
Nachdem der Kunde die Kaufhalle betreten hat, stapelt er das Leergut in einen Einkaufswagen, fährt es zur Rückgabe (Flaschen werden gezählt, Pfandgeld zurückgegeben) und stellt danach die Flaschen in bereitstehende Paletten ab. Anschließend begibt er sich, entgegen dem Uhrzeigersinn, mit seinem leeren Einkaufswagen zu den Warenträgern, um in Selbstbedienung seinen Bedarf an Waren des täglichen Bedarfs zu decken. Dabei werden Fleisch- und Wurst- sowie Konditoreiwaren auch an individuellen Verkaufsständen angeboten.

Neben den individuellen Verkaufsständen ist ein Sonderverkaufsraum ausgewiesen. Hier sollen der saisonbedingte Verkauf für bestimmte Sortimente oder der Verkauf von Obst und Gemüse ermöglicht werden.

Über geradlinige Verkehrswege kann der Kunde auf kürzestem Weg mit seinem Einkaufswagen die Kassenzone erreichen. Nach der Bezahlung packt der Kunde seine Waren auf dafür vorgesehenen Packtischen ein und stellt seinen Einkaufswagen neben dem Packtisch ab, wo ihn ein neuer Kunde sofort wieder entnehmen kann. Der Verkaufsprozeß kann von einer Dispatcherkanzel überwacht und gesteuert werden.

Tabakwaren und hochwertige Spirituosen werden an einem besonderen Bedienungsstand außerhalb der Kassenzone, in der Nähe des Kundenein- und -ausgangs, angeboten.

Die Warenannahme ist auf die Bedingun-



11
Einordnung der Kaufhalle in das Ensemble gesellschaftlicher Einrichtungen im Wohnkomplex IX in Hoyerswerda (Alternativvorschlag)

12
Einordnung der Kaufhalle in den Wohnkomplex IV Wilhelm-Pieck-Stadt Guben

13
Einordnung in den Wohnkomplex IX Cottbus

gen des Massenumschlages abgestimmt. Die Anlieferungen sind weitestgehend als Komplexlieferungen bei einem maximalen Einsatz von Paletten und Behältern für den Transport, die andererseits auch für die Lagerung und den Verkauf genutzt werden können, vorgesehen. Die Warenübernahme ist auf Kolli-Basis geplant.

Die Arbeitsgänge in der Warenannahme sind: Annahme und Kontrolle der Lieferung, Bearbeitung von Reklamationen und Bereitstellung der Waren für den Weitertransport in den Verkaufsraum.

Das Personal erreicht das Objekt über einen gesonderten Personaleingang und kann nach dem Passieren der Personalkontrolle die Büroräume (Kaufhallendirektor, Betriebswirtschaft und Buchhaltung) und die Sozial- und Sanitärräume (Wasch-, Toiletten-, Umkleide-, Aufenthalts- und Ruheräume) erreichen.

In der Nähe der Ein- und Ausgangskontrolle wird ein Abstellraum angeordnet, in dem das Personal die selbst gekauften Waren lagert.

Im Nebenfunktionssegment befinden sich ferner Hausanschluß-, Versorgungs- und Technikräume, der Kühlraumkomplex sowie der Dekorationsarbeitsplatz und die Lagerfläche für Eigenbedarf, Werkzeuge usw.

Warenlager und Verkaufsbereich werden über Flure erschlossen. Angaben zum Raumprogramm, zu den Raumgrößen und zum Arbeitskräftebedarf erarbeitete das Büro für Rationalisierung. Im Prozeß der Projektbearbeitung wurden diese Werte weiter konkretisiert.

Für die Anordnung der einzelnen Räume ist die allgemeingültige Funktionsordnung über die Zuordnung der Räume maßgebend.

Gestaltung und städtebauliche Einordnung

Grundsätzlich wurde ein einfacher, klar gegliederter Baukörper gefordert, der optimal mit anderen Gebäudeformen kombinierbar sein muß, der ausgewogene Raum-, Baukörper- und Flächenverhältnisse aufweist.

Die hier vorgestellte Kaufhalle entstand aus Angebots- oder Einzelelementen des Gesellschaftsbaus in der weitestgehend anpassungsfähigen, flexiblen Fertigteilbauweise mit einer großen Variationsbreite der Elemente – der Leichten Geschoßbauweise. Die angestrebte Beschränkung auf eine relativ geringe Elementezahl läßt bauliche Strukturen entstehen, die einem modularen Ordnungssystem unterliegen, und damit die Erweiterung, Anpassung, Differenzierung und Rhythmisierung ermöglichen. Für den Baukörper der Kaufhalle wurde ein geschlossener Rechteckkörper gewählt. Die Kaufhalle ist in ihrer räumlich-funktionellen Gliederung klar geordnet, schließt Flächenzersplitterungen aus und läßt sich den verschiedensten Anforderungen anpassen. Relativ große geschlossene Fassadenflächen erlauben die Anbindung anderer Baukörper oder den Anbau von Ergänzungssegmenten.

Auch die zwei Varianten für die Anbindung des Kundenein- und -ausganges ermöglichen Variationen.

Die eingezogene Anlieferungsrampe ist vollkommen überdacht. Ein Vordach schützt den Freiverkauf, nimmt den Windfang des Kundeneinganges auf und bildet den Wetter- und Sonnenschutz für die Schaufensterzone.

Alle Haupt- und Nebenfunktionsflächen der Kaufhalle wurden im Erdgeschoß untergebracht (keine Unterkellerung). Damit wurde eine weitestgehende Vereinheitlichung der Primärstruktur des Gebäudes erreicht. Dieses Prinzip erlaubt es auch, Standorte mit hohem Grundwasserstand zu bebauen.

Bauweise und Konstruktion

Diese Kaufhalle entstand als Wiederverwendungsprojekt des Bezirkes Cottbus in der Leichten Geschoßbauweise des VEB WBK Cottbus und ist ein eingeschossiges Gebäude ohne Unterkellerung. Das Dach wird aus 12-m-Riegeln und Industriekassettenplatten gebildet.

Die Außenwände bestehen aus Stahlbeton-Streifenelementen; die Elemente sind mit Rollkies beschichtet. Das Dach ist als Bitumendämmdach ausgebildet.

Zwischen Verkaufsraum und Lager sowie Leergutrücknahme sind Trennwände aus PUR-Aluminium angeordnet.

Gaststätte „Seeblick" im Wohngebietszentrum Senftenberg „Am See"

Bauingenieur Eberhard Kühn, Architekt BdA/DDR
VEB Wohnungsbaukombinat Cottbus,
KB Projektierung

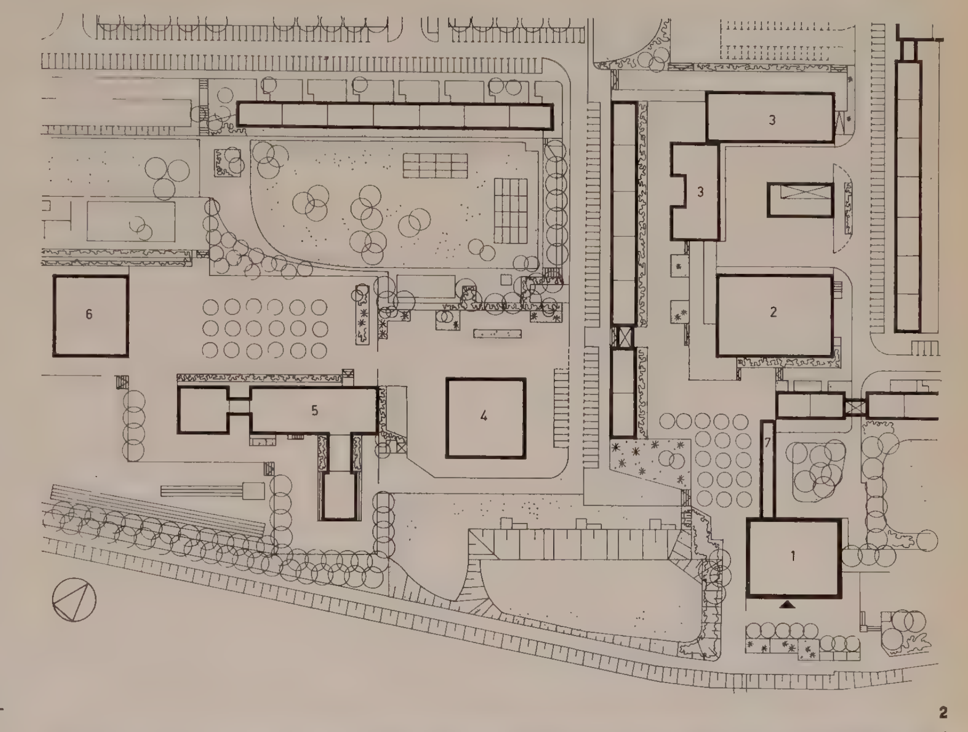
1
Blick auf die Gaststätte, die als Wiederverwendungsprojekt auch in Weißwasser errichtet wurde.

2
Einordnung der Gaststätte in das Ensemble der gesellschaftlichen Bauten
1 Gaststätte
2 Kaufhalle
3 Dienstleistungsbereich
4 Ambulanz
5 Schule
6 Sporthalle

3
Die Gaststätte wurde in unmittelbarer Nähe des „Senftenberger Sees" angeordnet.

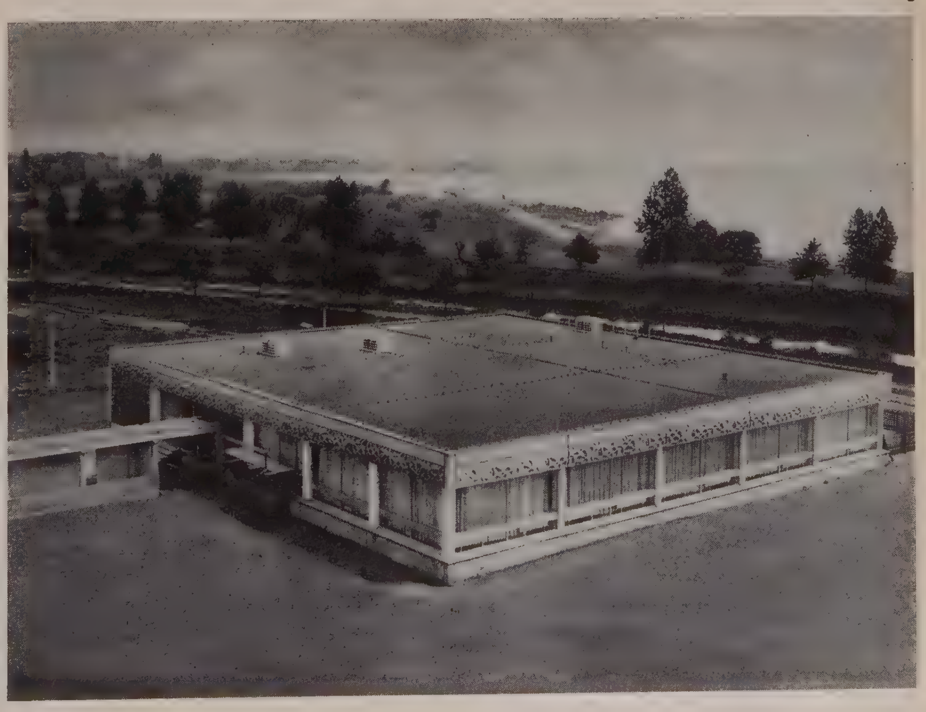


1



2

3



Autor:
Bauingenieur Eberhard Kühn, Architekt BdA/DDR

Mitarbeiter:
Dipl.-Ing. Ingeborg Weber, Architekt BdA/DDR
Günter Bergner, Architekt BdA/DDR
Bauingenieur Ernst Suma

Statik:
Bauingenieur Josef Epka

Heizungstechnik:
Ingenieur Renate Heinze

Sanitärtechnik:
Ingenieur Günther Nitsche

Lüftungstechnik:
Ingenieur Gerhard Fiedler

Elektrotechnik:
Techniker Bernd Poller

Schwachstromanlagen:
VEB Fernmeldeanlagenbau Dresden, Betriebsteil Cottbus
Kollegin Brendel

Kühlanlagen:
VEB Kühlanlagenbau Dresden

Technologie:
Konsumbezirksverband Cottbus
Büro für Rationalisierung des Handels
Kollege Jerosch, Kollege Müller

Kapazität

Gaststättenplätze:	250 Plätze (zusätzlich 1500 Portionen für Schulspeisung)
Terrasse:	50 bis 200 Plätze (standortabhängig)

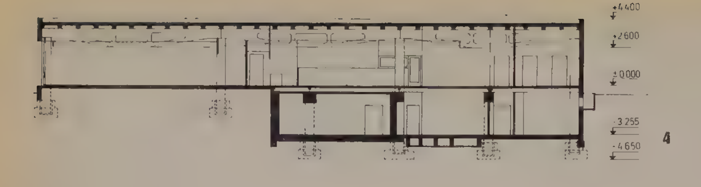
Flächenaufwand

Nettofläche:	1605 m²	Umbauter Raum:	7230 m³
Hauptfläche:	487 m²		
Nebenfläche:	905 m²	Fläche je Gast:	1,97 m²
Nutzfläche:	1392 m²		
Beschäftigte	36		

Städtebauliche Einordnung

Die Gaststätte „Seeblick" liegt direkt am Nordufer des Senftenberger Sees und begrenzt das Wohngebietszentrum in südlicher Richtung. Sie entstand als Anwendungsbeispiel eines Angebotsprojektes, das eine Vielzahl von konkreten Varianten ermöglicht.
Die gesamte Entwurfskonzeption für diese Gaststätte basiert auf folgenden Grundsätzen:

- die bebaute Fläche so gering wie möglich zu halten
- das Gebäude im Aufbau und in architektonischer Gliederung so zu gestalten, daß es sowohl für sich allein stehen kann als auch







4
Schnitt 1 : 500

5
Erdgeschoß 1 : 500
1 Hauptzugang
2 Garderobe
3 Verkaufsstand
4 Gastraum 1
5 Gastraum 2
6 Gastraum 3
7 Büro
8 Büro des Leiters
9 Warenannahme
10 Raum für Müll
11 Raum für Küchenabfälle
12 Aufzug
13 Reinigungsgeräte
14 Küchenleiter
15 Handlager, zweiteilig
16 Kalte Küche
17 Warme Küche
18 Geschirrspüle
19 Topfspüle
20 Fleischvorbereitung
21 Gemüsevorbereitung
22 Geflügelvorbereitung
23 Handlager
24 Vorkühlraum
25 Fleischkühlraum
26 Kühlraum für Molkereiprodukte
27 Tiefkühlraum
28 Leergutraum

6
Kellergeschoß 1 : 500
1 Aufzugschacht
2 Haustechnik
3 Kühlmaschinen
4 Möbellager
5 Getränkekühlraum
6 Trockenlager
7 Gemüselager
8 Spezialtrockenlager
9 Lager Eigenbedarf
10 Umkleideraum Frauen
11 Frauenruheraum
12 Personalaufenthaltsraum
13 Umkleideraum Männer

7
Haupteingangsbereich

8
Gastraum 1
(174 Plätze)

9
Sitznischen
im Gastraum 1

10
Zugang zum Gastbereich

11
Gastraum 3 – Bar
(35 Plätze)



in ein komplexes städtebauliches Ensemble (z. B. in das Wohnkomplexzentrum) einzuordnen ist
- die Oberflächenstruktur und die Beschichtung der massiven Fassadenfläche variabel zu ermöglichen.

Bei der städtebaulichen Einordnung waren folgende Kriterien zu beachten:

Funktions- und Verkehrsbeziehungen zur angrenzenden Bebauung bzw. bei freistehenden Objekten landschaftlich-topographische Aspekte.
Standort zur Himmelsrichtung
die höchsten Werte des Grundwasserstandes und damit die Höheneinordnung des Gebäudes
die Höhenlage und Grundrißlösung von Gebäuden, an die direkt angebaut werden soll

Prüfung geplanter oder vorhandener Außenanlagen und Aufschließungsmaßnahmen.

Für die jeweilige örtliche Anpassung wurden standortbedingte Erläuterungsberichte erarbeitet.

Funktionelle Lösung

In Zusammenarbeit mit dem Rationalisierungsbüro des Konsumbezirksverbandes und der Bezirksdirektion der HO wurde die vorliegende Konzeption vom Autor entwickelt und im technischen Rat des WBK abgestimmt.
Auf dieser Grundlage erarbeitete der technologische Projektant, Konsumbezirksverband Cottbus, Büro für Rationalisierung des Handels, das technologische Projekt.
Auf Grund der Funktionsbeziehungen ergeben sich folgende Raumgruppen:

- Gästebereich (Eingang, Terrassen- und Sonderverkauf, Gästeräume mit Bar)
- Küchenvorbereitungs- und Kochbereich
- Personalbereich (Räume für die Leitung und Verwaltung, Sanitärräume)
- Lagerzonen (Warenannahme, Kühlräume, Leergut, Müll- und Abfallraum)
- Räume für die technische Erschließung.

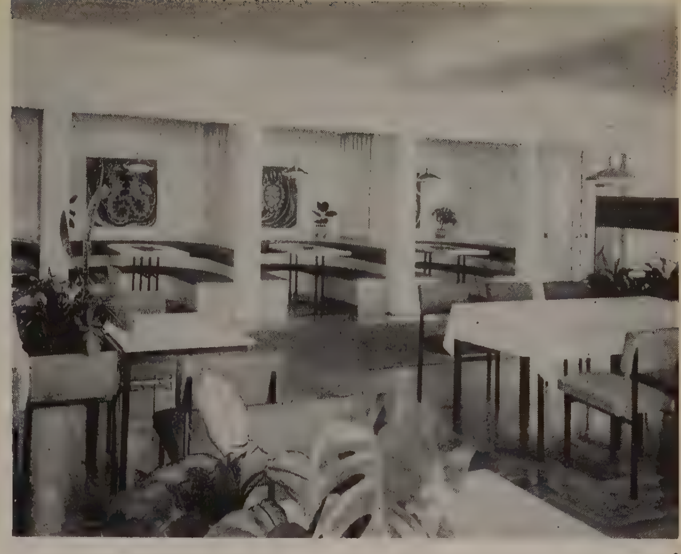
Im Bereich der Sanitäranlage des Gästebereiches, der Lager und der Räume der technischen Versorgung ist das Gebäude unterkellert.
Keller- und Erdgeschoß sind durch zwei Treppenläufe und einen Aufzug miteinander verbunden.
Besuchereingang und Warenanlieferung sind voneinander getrennt angeordnet. Das Personal verfügt über einen separaten Eingang. Von der Eingangshalle mit Garderobe werden die drei Gasträume erschlossen:

Gastraum 1:
174 Plätze (Speisen- und Tanzgaststätte)
Gastraum 2:
40 Plätze (mögliche individuelle Nutzung)
Gastraum 3:
35 Plätze (einschließlich Barhocker)

Diese Bereiche sind durch Harmonika-Faltwände voneinander getrennt, können im Bedarfsfall aber auch untereinander räumlich verbunden werden.
Der Barbereich kann entweder als Wein- oder Milchbar ausgestattet werden. Weitere denkbare Nutzungsvarianten sind Eisbar, Cafébar oder Bierbar.
Neben dem Gästeeingang ist der Terrassenverkauf mit dem entsprechenden Handlager angeordnet. 50 bis 200 Terrassenplätze können gastronomisch betreut werden.
In besonderen Fällen (z. B. beim Anbau an ein bestehendes Gebäude) wird der Terrassenverkauf von einem Kiosk aus abgewickelt.
Die Anlieferungsrampe ist so angelegt, daß sie nicht aus der Gebäudeflucht heraus-



8



9

ragt, und ein direkter Zugang zur Warenannahme, zum Leergutraum und zu den Räumen für Müll und Abfälle möglich ist.

Der Raum für Warenannahme, der gleichzeitig als Warenschleuse dient, liegt mit dem Aufzug (1000 kp) zentral zu den Kühl- und Vorbereitungsräumen im Erdgeschoß und zu den Lagerräumen des Kellers.

Die Kochküche ist in zwei Kochstrecken gegliedert, eine dient dem normalen Gaststättenbetrieb, die andere der Schulspeisung.

Die Ausgabe der Speisen und Getränke an die Gäste erfolgt auf der Grundlage des Selbstbedienungs- bzw. des Kellnerbedienungssystems. Entsprechende Festlegungen treffen jeweils die Nutzer.

Ein Frauenruheraum, die Wasch-, Umkleide- und WC-Räume für das Personal befinden sich im Kellergeschoß.

Die technischen Räume sind in einem gesonderten, zusammengefaßten Komplex untergebracht.

Gestalterische Lösung

Die gewählte gestalterische Lösung steht in enger Beziehung zu den funktionellen Anforderungen und der eingesetzten Bauweise.

Für die Gestaltung der Außenflächen war maßgebend, alle vier Außenflächen gleichwertig zu betonen. Hauptgestaltungselemente der Außenflächen sind der ausgeprägte Traufenstreifen mit Strukturplatten, großen Fensterflächen in Stahlaluminium, Wandscheiben mit farbiger Besplitterung und ein einheitlich beschichteter Sockel. Dem Gästeeingang wird ein auf Stahlstützen gelagertes Vordach, das gleichzeitig den Bereich des Terrassenverkaufs überdacht, vorgelagert. Stufen, Podest und Vordach können, wenn es die Situation verlangt, entfallen oder durch eine Variantenlösung ersetzt werden.

In der Eingangshalle dominiert eine großzügige Spiegelwand, im Gastraum die durch Raumteiler arrangierten Tischgruppen, die intime, abgegrenzte und überschaubare Bereiche schaffen. Die optische Raumhöhe ist relativ gering. Als Luftraum steht jedoch auch der Dachraum oberhalb der abgehängten Decke zur Verfügung.

Die Längswand des Gastbereiches ist durch Gipsstuckleisten gegliedert, die bereits in der Eingangshalle angewendet wurden und sich auffassungsgerecht am Raumteiler der Bar fortsetzen.

Für die Beleuchtung wurden Hängeleuchten und indirektes Licht (aus den Gipsstuckvouten unterhalb der großen raumüberspannenden Riegel) vorgesehen.

Die künstlerisch gestaltete Rückwand der Bar wird besonders beleuchtet.

Der Bartresen mit Rückschrank, der Raumteiler in der Bar und die Raumteiler in den übrigen Gasträumen erhielten Edelholzfurniere.

Die Innenraumgestaltung ist im Angebotsprojekt so ausgewiesen, daß sie den jeweiligen Bedürfnissen angepaßt werden kann.

Stellungnahme des Konsumbezirksverbandes Cottbus zum Angebotsprojekt

Vom VEB WBK Cottbus wurden den Konsumgenossenschaften Weißwasser und Senftenberg Anfang 1975 zwei Wohngebietsgaststätten mit je 250 Plätzen und zusätzlich 1500 Portionen für die Schulspeisung übergeben.

Bereits während der kurzen Nutzungszeit beider Gaststätten können wir die volle Funktionstüchtigkeit der Objekte bestätigen. Besonders erwähnt sollte werden:

- die Möglichkeit der Schaffung verschiedener, unabhängig voneinander funktionierender Gastbereiche
- ohne große technologische Umstellungen sind zwei Bedienungsformen (Selbstbedienung und individuelle Bedienung) möglich
- der Produktionsbereich ist technologisch klar gegliedert, dadurch entstanden kurze Warenwege, die einzelnen Arbeitsprozesse überschneiden sich nicht und die Beschäftigten erhalten gute Arbeitsbedingungen.
- Außenverkauf für die Terrassenversorgung bzw. Straßenverkauf unabhängig von den Öffnungszeiten des Objektes
- gute soziale und sanitäre Bedingungen für das Personal und die Gäste.

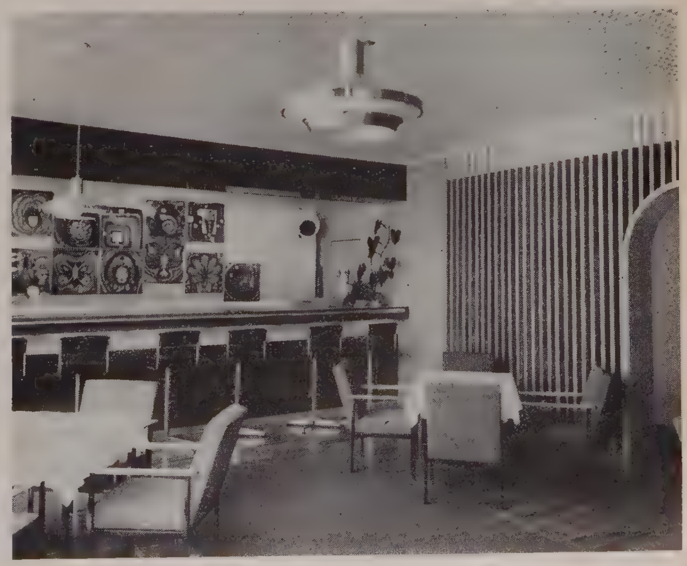
Ein besonderer Vorteil des Baukörpers ist die gute Eingliederungsmöglichkeit in Wohngebietszentren (auch bei Nachfolgemaßnahmen).

Jerosch, Konsumbezirksverband Cottbus

10



11





1

Volksbuchhandlung Oberhof

Dipl.-Arch. Karl-Heinz Barth

Die Bedeutung Oberhofs als Ferienzentrum nimmt ständig zu, und daraus erwachsen natürlich auch dem Volksbuchhandel größere Aufgaben, die den Bau einer neuen Verkaufseinrichtung erforderten.

Der gewählte Standort liegt in unmittelbarer Nähe des Einkaufszentrums von Oberhof und hat günstige Anschlußbedingungen hinsichtlich Versorgung und Verkehr.

Entsprechend der städtebaulichen Konzeption von Oberhof, ausladende Dachflächen zu zeigen (Interhotel „Panorama", Gaststättenkomplex „Oberer Hof", Tankstelle), bot sich ein Zeltdach an. Um die Hanglage optisch zu betonen, wurde ein asymmetrisches Kehlbalkendach in Holzklebebauweise gewählt, bei dem die Sparren auf der flachgeneigten Dachfläche 3 m im Freien liegen. Dadurch wird die große Dachfläche aufgelockert, und das Gebäude gewinnt an Plastizität. Diese Wirkung unterstützen auch die zurückgesetzten Giebel.

Bei der Festlegung der Gestaltungsabsichten kam es darauf an, die kulturpolitische Bedeutung der Volksbuchhandlung und ihre landschaftliche Einbindung zu berücksichtigen. Durch naturverbundenes Bauen kann das Landschaftserlebnis erhöht werden. Der Einsatz der für diese Gegend typischen Baumaterialien wird zum wichtigen Gestaltungselement. Die tragende Holzkonstruktion auf Sichtbetonfundamenten, die schiefergedeckte Dachfläche und die Holzverbretterung der Außenwände sind die wesentlichen Materialien, die die Wirkung des Baukörpers mitbestimmen. Durch die farblose Behandlung der Holzteile wurde der Holzcharakter erhalten und durch entsprechende Anstriche Schutz gegen Witterungseinflüsse geboten. Die Fenster und die Eingangstür sind farblich zur Holzverschalung im Farbton Kaffeebraun abgesetzt.

Die klimatischen Bedingungen in Oberhof erforderten besondere Beachtung bauphysikalischer Faktoren. Die Außenwände bestehen aus Mehrschichtenelementen mit Polyurethanhartschaumkern und Deckschichten aus Asbestzementtafeln und Holzverschalung. Schaufenster und Windfang wurden in Stahlkonstruktion mit Aluminiumverblendung und Thermoverglasung vorgesehen. Das Dach wurde im Nutzungsbereich als Kaltdach ausgebildet. Für die Sparren der flachgeneigten Dachfläche wurden sichtbare Einzelfundamente gewählt. Wegen des zu erwartenden Schneefalls machte es sich erforderlich, den hinteren (südlichen) Giebel in Erdgeschoßhöhe in Sichtbeton auszuführen.

Es wurde angestrebt, die Innengestaltung der Außengestaltung anzupassen.

Im Verkaufsraum bleiben die Holzleimbinder und Kehlbalken als statische Elemente sichtbar. Dazwischen liegt zurückgesetzt eine Holzverschalung mit Zierfalz. Diese Verbretterung wiederholt sich an den Wänden zwischen Regalen und Decke. Die umlaufenden Regaleinbauten schließen die Tür zu den Arbeitsräumen mit ein. Einen Gestaltungsschwerpunkt soll die Wandfläche hinter der Kasse bilden. Die ornamentalstrukturelle Holzplastik wurde gewählt, um die gestalterische Einheit mit dem Raum herzustellen und gleichzeitig den rustikalen Charakter der Inneneinrichtung zu betonen.

Das Lärchenholz und die Verblendklinker des Fußbodens geben in Verbindung mit der sichtbaren Konstruktion (Kiefer) dem Raum einen besonderen Charakter mit anheimelnder Atmosphäre, der durch die Massivholzplastik und durch die Klarglaskugeln der Beleuchtung besondere Akzente erfährt. Dabei wirkt der relativ kleine Raum (55 m²) nicht überladen.

Die Beleuchtung erfolgt zusätzlich durch Leuchtstofflampen an der Decke – verdeckt durch die Kehlbalken – und als Regalbeleuchtung hinter Beleuchtungsblenden. Die Heizung wurde durch Nachtstromspeicheröfen unter der Schaufensterauslage entsprechend der für Oberhof geltenden Bestimmung (Abbau der Umweltverschmutzung, Erhöhung des Erholungsfaktors) gelöst. Die Regalkonstruktion ermöglicht das Frontalstellen der Bücher. Dadurch kommt die Handelsware optisch zur Geltung, und die Funktion des Gebäudes wird betont.

Die Arbeits- und Personalräume sind in Anlehnung an den Verkaufsraum gestaltet. Der Einsatz von Fußbodendielung, Holzverschalung der Wände und Decken ist auch hier bestimmend. Der Zugang zu den im Obergeschoß befindlichen Personalräumen ist durch Innen- und Außentreppe gegeben. Neben den Arbeitsräumen wurden Aufenthaltsraum, Kaffeeküche und WC einschließlich Dusche angeordnet. Die Arbeitsbedingungen und sozialen Einrichtungen konnten durch den Neubau entscheidend verbessert werden, und eine angenehme Arbeitsatmosphäre wurde erreicht.

Baukörpergestaltung:
Dipl.-Ing. Peter Freund, Leipzig
Dipl.-Arch. Karl-Heinz Barth, Architekt BdA/DDR, Zwickau

Projekt:
Dipl.-Ing. Peter Freund, Baufa Leipzig

Statik:
Dipl.-Ing. Wolfgang Trützschler, VEB Ingenieurbüro Leipzig

Innenprojekt und Holzplastik:
Dipl.-Arch. Karl-Heinz Barth, Volksbuchhandel Leipzig

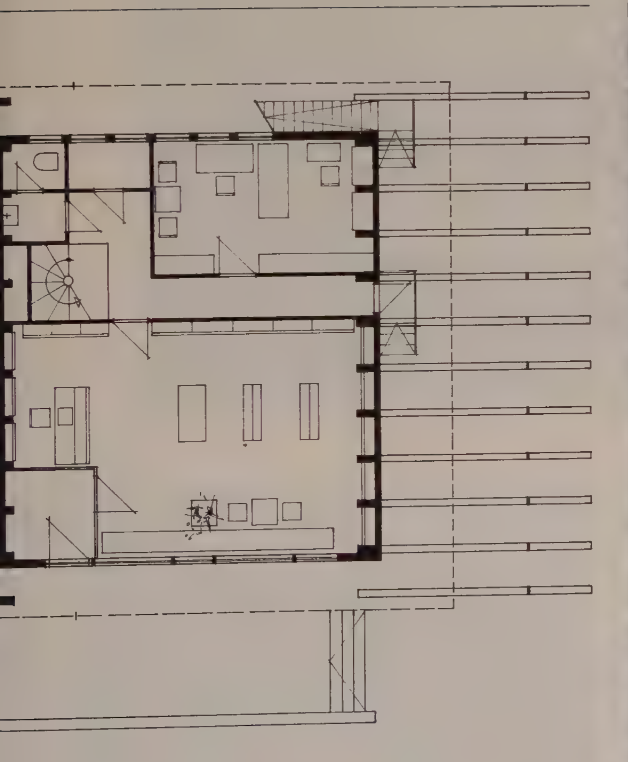


2



3

4







5

1 Blick auf die Buchhandlung mit den zum Teil freiliegenden Bindern

2 Holzplastik im Verkaufsraum

3 Blick in den Verkaufsraum

4 Erdgeschoß 1 : 200

5 Holz (Lärche und Kiefer) und Klinker bestimmen den Farbcharakter des Verkaufsraums



1

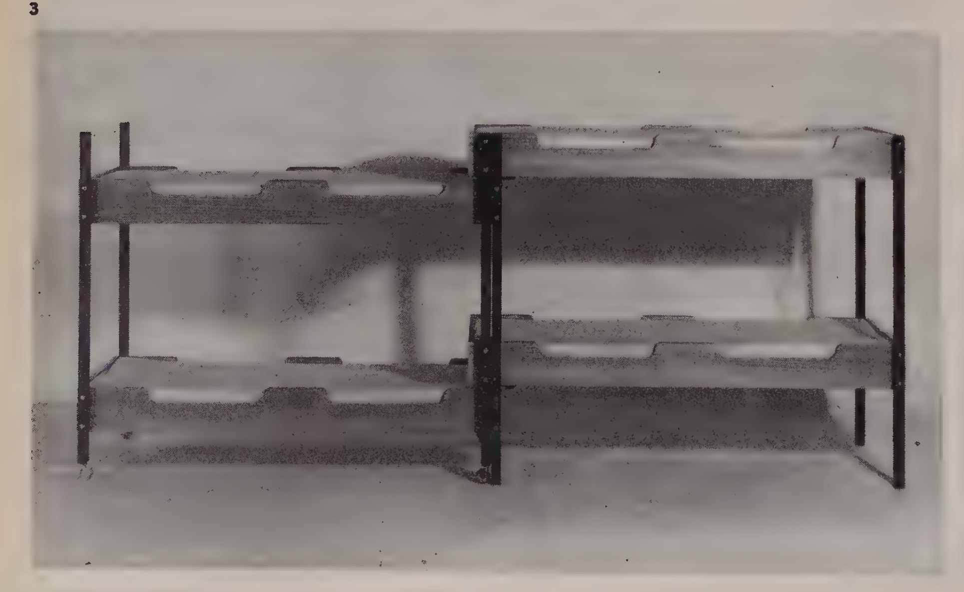
2

Rationelle Ausbaugestaltung einer Kindergarten-doppelgruppe

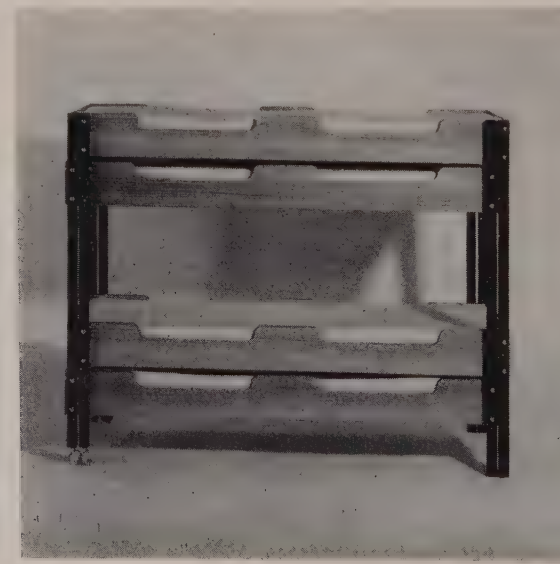


Dozent Dr.-Ing. Wolfgang Geisler
Direktor der Sektion Produkt- und Umweltgestaltung im Bereich des Wohn- und Gesellschaftsbaus Hochschule für industrielle Formgestaltung Halle — Burg Giebichenstein

3



4



Teilthemen:

Gestaltung spezieller Ausbauelemente im Eingangsbereich, im Mehrzweckraum und im Bereich der Doppelgruppe

Gestalter: Gerhard Piehler
Betreuer: Dozent Dr.-Ing. Wolfgang Geisler

Gestaltung eingebundener und mobiler Behälterstrukturen und der an sie gebundenen speziellen Funktionselemente im Gruppenraum

Gestalter: Angelika-Christina Brzóska
Betreuer: Prof. Diplomformgestalter Rudolf Horn

Gestaltung mobiler Funktionsträger für Beschäftigen, Spielen, Mahlzeiten und Feiern im Gruppenraum

Gestalter: Anna Schwelgin
Betreuer: Dipl.-Arch. Hedi Jaeckel, Oberassistent

Gestaltung von Textilien und Signets im Rahmen einer Farb- und Materialkonzeption für den Bereich Gruppenraum

Gestalter: Christel Föllmer
Betreuer: Dozent Diplomformgestalter Irmgard Glauche

Gestaltung von Textilien im Rahmen einer Farb- und Materialkonzeption für den Bereich Mehrzweckraum

Gestalter: Christine Kaufmann
Betreuer: Dozent Diplomformgestalter Irmgard Glauche

Gestaltung von Gefäßen für Mahlzeiten und Getränke

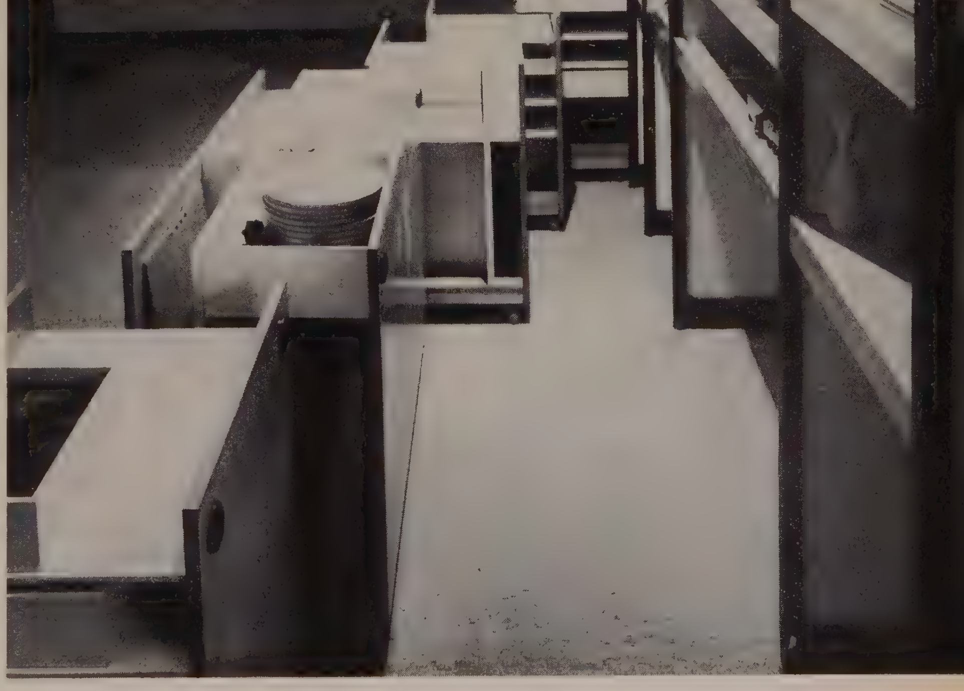
Gestalter: Bärbel Fettback
Betreuer: Dozent Diplomformgestalter Hans Merz





5

6



Die Sektion „Produkt- und Umweltgestaltung im Bereich des Wohn- und Gesellschaftsbaus" an der Hochschule für industrielle Formgestaltung Halle–Burg Giebichenstein hat in enger Zusammenarbeit im Rahmen des praxisbezogenen Studiums mit dem Amt für industrielle Formgestaltung beim Ministerrat der DDR als Auftraggeber, dem Ministerium für Volksbildung, der Pädagogischen Akademie der Wissenschaften und der Arbeitsstelle Bauten der Volksbildung, weiteren Einrichtungen und mit Praktikerinnen aus Kindergärten im Studienjahr 1973/74 das Komplexthema „Produkt- und Ausbaugestaltung für die Funktionseinheit einer Kindergartendoppelgruppe, einschließend der zentralen Funktionsbereiche, der Eingangszone und des Mehrzweckraumes" bearbeitet.

Das Thema schloß sowohl die Gestaltung der Ausbauelemente, der gesamten mobilen und textilen Ausstattung dieser Bereiche als auch von Trink- und Eßgefäßen sowie des Freiraumes ein. Ausgangsbasis für die Themenbearbeitung war die von der Bauakademie der DDR – Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau – entwickelte Grundrißstruktur, die mit Elementen der Wohnungsbauserie 70 konzipiert ist und die zur Realisierung im laufenden Fünfjahrplan vorgesehen ist (s. Baum, G.: Kombinierte Vorschuleinrichtung mit Elementen der WBS 70, Architektur der DDR **24** (1975) 3, S. 145 bis 148).

„Der Kindergarten verwirklicht die ihm von der sozialistischen Gesellschaft gestellten Aufgaben, die im Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem fixiert sind und im Bildungs- und Erziehungsplan ihren konkreten Ausdruck finden. In enger Zusammenarbeit mit den Eltern hat der Kindergarten dafür Sorge zu tragen, daß die Kinder gesund aufwachsen und sich durch systematische Bildung und Erziehung allseitig entwickeln" (1).

Die ständig steigenden Anforderungen an den Prozeß der pädagogischen Arbeit erfordern, daß die materiellen Voraussetzungen parallel dazu qualifiziert werden.

Folgende Grundsätze sind Richtschnur für die Produkt- und Umweltgestaltung im Kindergarten (2):

- Die Kinder sind zur selbständigen Gestaltung ihres Lebens zunehmend zu befähigen.
- Die gesunde körperliche Entwicklung und die ästhetische Erziehung der Kinder ist zu unterstützen.
- Für alle Mitarbeiter des Kindergartens sind günstige Arbeits- und Lebensbedingungen zu schaffen.
- Eine rationelle Nutzung der räumlichen Gegebenheiten ist zu ermöglichen.

Aufbauend auf den vorangestellten Ausgangspositionen wurde die Aufgabe so gesehen, daß sowohl die gegenständliche Umwelt der Kinder und des Erzieher- und Betreuerkollektivs zu gestalten ist und daß vor allem aber auch spezifische Lebensvorgänge durch hohe Gebrauchswerte der Funktionslösungen zu stimulieren sind.

Im Hauptfunktionsbereich, dem Gruppenraum, erfordert der häufige Wechsel der Ordnungsformen eine mehrmalige Umgestaltung des Raumes im Tagesablauf; muß doch in diesem Raum in einer Zeit von etwa 10 Stunden am Tage folgendes durchgeführt werden:

1
Blick in den Gruppenraum. Modellfoto

2
Betteneinheit für 8 Kinder (mit angehängter Ablageplatte, Schlafsack und Leiter)

3
Betteneinheit auseinandergezogen

4
Betteneinheit zusammengeschoben

5
Behälterstruktur

6
Ausgefahrene containerartige Behälter



7

- Spiel
- Beschäftigung
- Mahlzeiten
- Schlaf.

Gegenwärtig werden alle dafür erforderlichen Funktionsträger und -elemente (wie Stühle, Tische, Liegen, Spielmittel) von Kindern und Erzieherinnen oftmals am Tag transportiert, geordnet und gestapelt.

Als das Hauptproblem für die funktionellen Abläufe und letztlich auch für die Gestaltung des Gruppenraumes wurde das Schlafen mit den erforderlichen Vor- und Nachbereitungen erkannt. Beobachtungen und Zeitnahmen ergaben, daß das Liegenaufstellen im Durchschnitt 15 Minuten dauert. Die Erzieherin nimmt die Liegen beispielsweise aus einem Regal, zwei Kinder tragen dann eine Liege in den Gruppenraum oder von einem Bereich im Raum zum anderen, hier aber müssen die anderen Funktionsträger bereits auf einer begrenzten Fläche zusammengestellt oder gestapelt sein. Fast alle Spiel- und Beschäftigungssituationen sind vorher abzubauen, die Verrichtungen haben immer in terminlichen Grenzen abzulaufen.

Bis die allgemeine Ruhe im Raum hergestellt ist, vergehen weitere 10 Minuten. Es ist festzustellen, daß in diesem Zeitraum Kindergärtnerin und Kinder sichtlich überfordert und daß im Hinblick auf Ordnung und Gestaltung oft unbefriedigende Zustände vorhanden sind.

Die Liegen werden gegenwärtig in Regalen oder Schränken außerhalb oder innerhalb des Gruppenraumes und in Liegenwagen außerhalb des Gruppenraumes aufbewahrt.

Es sind ferner Versuche bekannt, die Liegen aus Wandschränken oder -regalen herausfahr- oder -klappbar im Gruppenraum anzuordnen. Diese Lösungen blockieren zum einen mindestens beide Längswände, zum anderen bedeutet das Herausklappen eine Unfallgefahr für die Kinder. Das Herausklappen kann folglich nur von der Kindergärtnerin vorgenommen werden.

Ein weiterer interessanter Vorschlag ist die festmontierte Doppelstockliege, die im zusammengeklappten Zustand gleichzeitig raumteilend und nischenbildend ist. Durch die feste Montage wird aber die Variabilität der Raumnutzung eingeschränkt.

Als Ergebnis der Entwicklungsarbeit wird eine Betteneinheit vorgeschlagen, die folgende Merkmale aufweist und in ihren Parametern den derzeitig gültigen TGL-Vorschriften entspricht:

- Fußbodenabstand der untersten Liegeflächen: 250 mm
- Höhendifferenz zwischen den Liegeflächen: 600 mm
acht Liegeflächen in vier Etagen
- Die 1. und die 3. Etage sowie die 2. und 4. Etage sind miteinander verbunden
- Beim Herausziehen der 1. und 3. Etage werden die darin befindlichen Liegeflächen zur Benutzung frei
- Im zusammengeschobenen Zustand werden für 20 Liegeflächen 2,75 m^2 Grundfläche benötigt, im Zustand der Nutzung sind es 7,00 m^2.

Diese Lösung hat zur Folge, daß in nahezu allen Fällen die im Raum befindlichen Funktionsträger einschließlich der aufgebauten Spielsituationen während des Schlafens in ihrer Stellung nicht verändert werden müssen und bestehen bleiben können.

Der Lösung des Problems Fallschutz kam die Festlegung entgegen, daß in den Kindergärten die Benutzung von Schlafsäcken eingeführt wird.

Für die Betteneinheit ist ein Schlafsack entwickelt worden, der an der Holzkonstruktion des Bettes angebunden ist, in dem sich das Kind frei bewegen kann, der eine Durchlüftung durch verschiedene Stellungen von Reißverschlüssen gewährleistet, der sowohl das Herausrollen des Kindes aus dem Bett als auch die gegenseitige Störung beim Schlaf verhindert. Der Fallschutz wird unterstützt durch das seitliche Rahmenholz, das in Augenhöhe, in Körpermitte und am Fußende eine Erhöhung aufweist.

Die Betteneinheit kann (in den Raum gefahren) raumteilend oder begrenzend wirken oder in eine Spielsituation (z. B. Puppentheater) mit eingeordnet werden.

Zur Zeit erfolgt noch die Ablage der Kleidung der Kinder vor dem Schlafen auf Stühlen und anderen Funktionsträgern.

Im Sinne des pädagogischen Anliegens ist für diese Tätigkeit ein gesondertes Ablageelement gestaltet worden, welches am Bett als auch an der Wand angebracht werden kann.

Die Leitern für die Betten, es sind je Einheit 4 Stück erforderlich, werden vor dem Zusammenschieben in entsprechende Konstruktionsteile an der Unterseite der Liegeflächen eingehängt.

Die spezifischen Form- und Farbwerte der Ausbau- und Ausstattungselemente schaffen in harmonischem Zusammenspiel das Milieu des Kindergartens.

Die Vielzahl der Ausstattungselemente mußte sich einem Gestaltungs- und Konstruktionsprinzip unterordnen. Ausgangspunkt dafür war das zentrale Objekt des Gruppenraumes – die Betteneinheit. Alle weiteren Funktionsträger und -elemente erhielten analog grün gebeizte, massive Buchenstollen und mit Lärche furnierte Frontflächen.

7
Stuhl-Tisch-Ensemble für Kinder

8
Blick in den Gruppenraum. Hinten links das Spielelementesystem, vorn rechts der Platz der Erzieherin

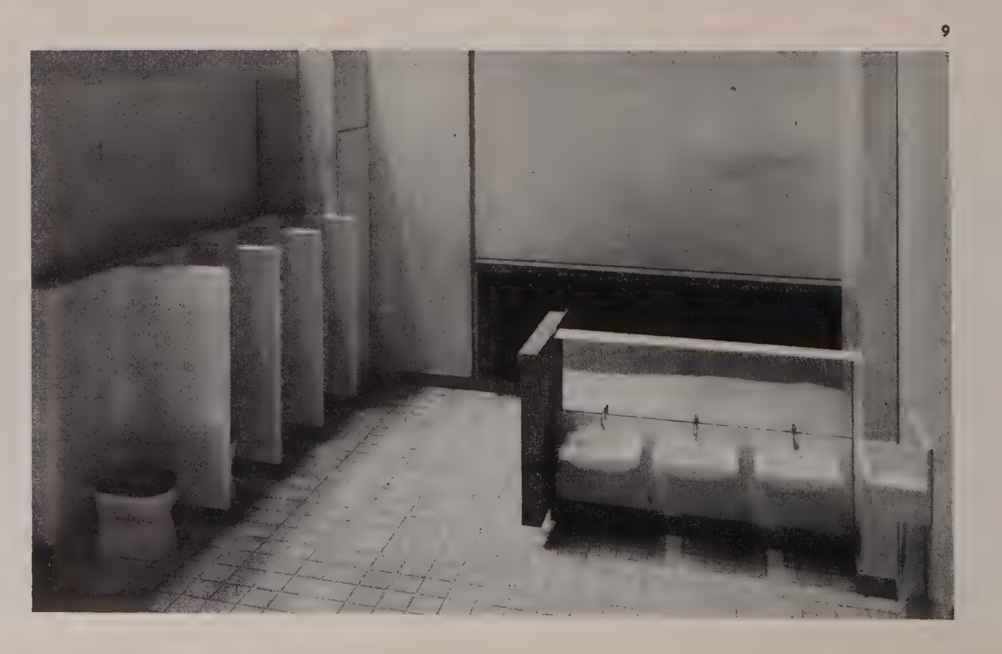
9
Modellaufnahme der Sanitärzelle. (Wand zwischen WC und Reinigungsbereich ist bei der Modellaufnahme herausgenommen.)

Trennwände im WC aus Plastwerkstoffen, Installationen hinter demontierbaren Plastelementen liegend. Die ebenfalls aus Plastwerkstoffen konzipierten Elemente zur Aufbewahrung von Reinigungs- und Pflegemitteln ersetzen den Wandbelag aus Fliesen und das herkömmliche mobile Element aus Holzwerkstoffen.

10
Heizkörperverkleidung

11
Element zur Aufbewahrung von Reinigungs- und Pflegemitteln aus Plastwerkstoffen. Modellausschnitt

9



8



10

11

Ergänzt wurden diese Material- und Farbwerte durch weiße Begrenzungs- und Ablageflächen.
Die Klarheit der Formen und Farben einschließlich ihrer zahlenmäßigen Begrenzung entspricht dem bildhaft anschaulichen Denken der Vorschulkinder.
Analysen ergaben, daß an Behälter folgende spezifische Anordnungen gestellt werden müssen. Die einzelnen Behälter sollten sein

- offen und geschlossen
- groß und klein
- fest montiert und im Raum mobil
- kombinierbar und untereinander austauschbar
- leicht und kindgemäß zu handhaben
- informativ gut gestaltet und
- stand- und funktionssicher (einschl. Verschlußelemente).

Mit den Behältern sollten Strecken, Ecken und Räume gebildet werden können, und der Gruppenraum sollte optimal genutzt werden.
Entsprechend seiner konstruktiven Struktur ist die Behälterstruktur in vertikaler und horizontaler Richtung beliebig addierbar.
Die geschlossenen Behälter dienen zur Aufbewahrung der vielfältigsten, an den Gruppenraum gebundenen Materialien. Das Volumen dafür wird durch die entsprechenden Forderungen festgelegt.
Die fahrbaren containerartigen Behälter nehmen vorrangig die verschiedenartigsten Spielmittel auf. Die Container ermöglichen das Heranfahren der Spielmittel an den Spielort, sie sind gleichzeitig selbst Spielmittel, da sie als Raumteiler fungieren können und die als Wandtafel ausgebildete Rückwand das Spiel unterstützt.
Der Kinderstuhl als der mobilste und damit am meisten strapazierte Funktionsträger im Raum ordnet sich in die Gesamtgestaltung durch seine Struktur und seine Materialien ein. Für die Kinder werden Stühle mit drei, maximal vier verschiedenen Sitzhöhen und -tiefen gefordert.
Der entwickelte Stuhl erlaubt durch seine Konstruktion die Realisierung dieser Forderung mit einem einzigen Funktionsträger.
Durch Sitz und Lehne sind die drei Größen durch die Erzieherin einstellbar. In dem schrägstehenden Stollen der A-förmigen Struktur wird die Lehnenhöhe und Sitztiefe reguliert, während über beide Stollen die Sitzhöhe einzustellen ist.

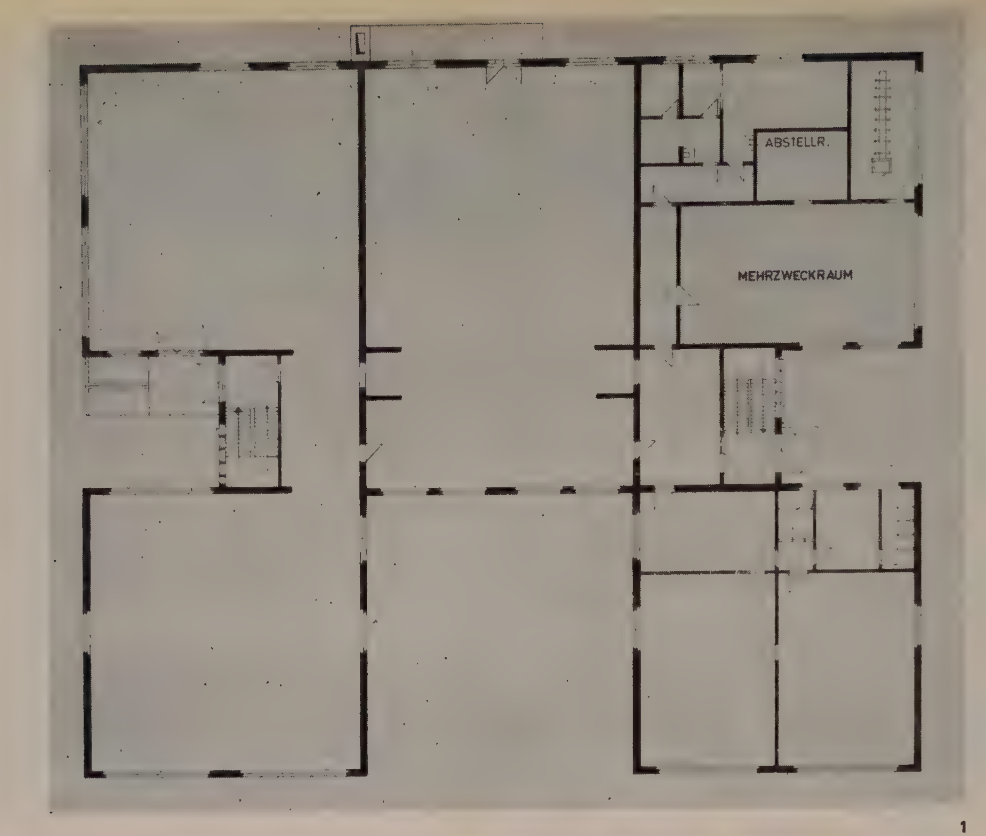
Eingebunden in die vorangestellten Gestaltungs- und Konstruktionsprinzipien wurden außerdem Spielelemente gestaltet. Den Kindern dienen sie als didaktisches Material zur Erfassung ihrer Umwelt. Sie ermöglichen ein schnelles Vordringen zu einer Vorstellung, die aus der genauen Beobachtung der Umwelt entspringt. Die entstehenden Objekte sind in ihrer Vielfalt real vom Kind benutzbar. Der konstruktive Schwierigkeitsgrad ist dem geistigen und körperlichen Vermögen der Kinder angepaßt.
Die Spielelemente fördern sowohl das kollektive als auch das individuelle Spiel.
Im Rahmen der komplexen Lösung der Aufgabe sind ferner alle textilen Flächengebilde, die Gefäße zur Speiseneinnahme und eine Reihe wichtiger Ausbauelemente gestaltet worden.
Ein weiterer Schwerpunkt war die Gestaltung des Sanitärbereiches der Kindergartendoppelrunde, ausgenommen blieben die sanitären Objekte.
Das gesellschaftliche Anliegen dieser Arbeit war es, einen wichtigen Umweltbereich zu gestalten, in dem unsere Kinder in Übereinstimmung mit dem Elternhaus eine sozialistische Erziehung für ihre geistige, moralische und körperliche Entwicklung erhalten.
Die Persönlichkeitsbildung des Vorschulkindes wird entscheidend mit durch die ästhetische Umwelt im Kindergarten geprägt. Die vorgeschlagene einheitliche Prinziplösung sollte sowohl bei den zukünftigen Neubauten als auch bei Rekonstruktionsmaßnahmen eingesetzt werden, da bei ihr die Aspekte der Pädagogik, der Physiologie und der Psychologie im Hinblick auf die kindgemäße Gestaltung der Gegenstände berücksichtigt wurden.

Literatur:

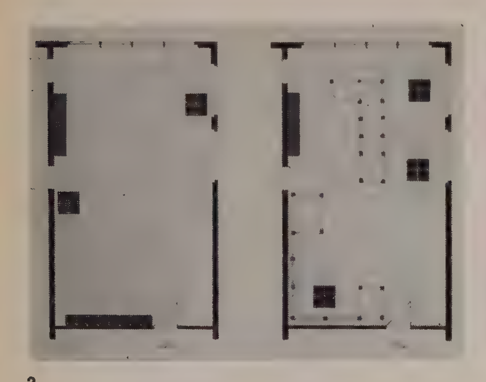
(1) Bildungs- und Erziehungsplan für den Kindergarten, Volk und Wissen, Volkseigener Verlag, Berlin 1967, S. 7
(2) Edda Kraemer, Unterrichtsmittel – Information, Sonderheft 1. Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut, 1970
(3) Angelika-Christina Brzoska, Vergleichende Betrachtung zur Ausbaugestaltung von Kindergärten im nationalen und internationalen Maßstab bezogen auf die mobile Ausstattung, Diplomarbeit an der Hochschule für industrielle Formgestaltung Halle-Burg Giebichenstein, 1974

Gestaltung mobiler Funktionselemente in Vorschuleinrichtungen

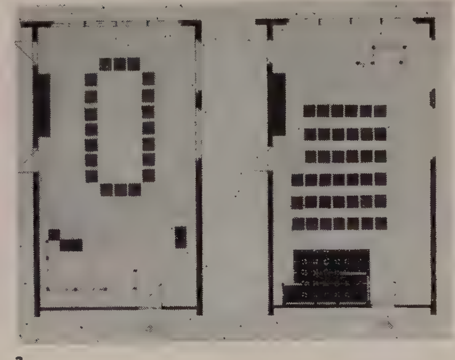
Architekt Horst Stäudtner
Hochschule für industrielle Formgestaltung,
Halle–Burg Giebichenstein,
Sektion III, Forschungs- und Entwicklungsstelle
Leiter: Prof. Diplomformgestalter Rudolf Horn



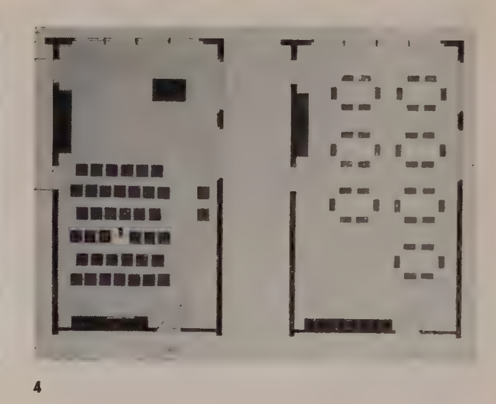
1



2



3



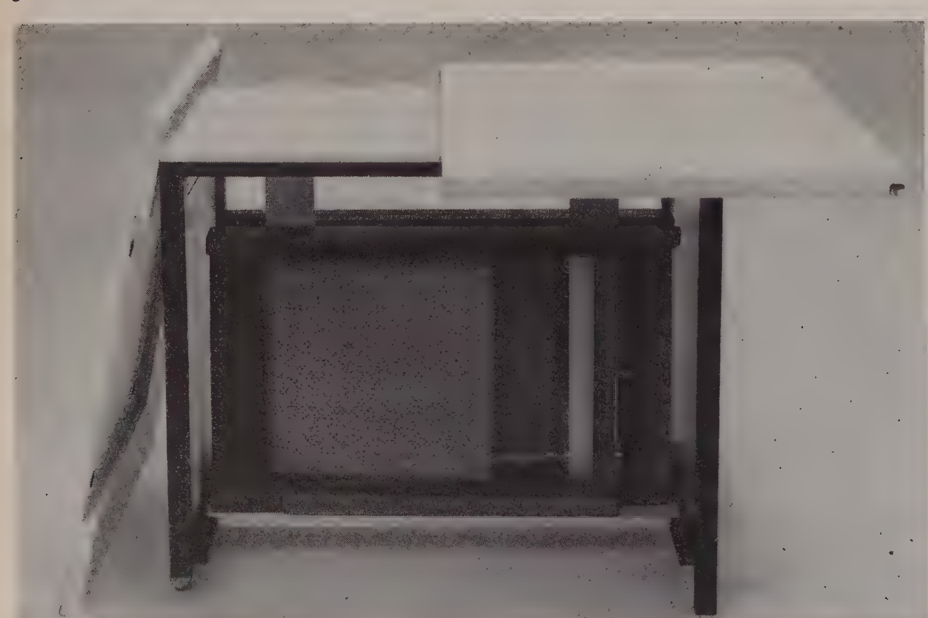
4

Die der Bearbeitung zugrunde liegende Grundrißstruktur einer kombinierten Vorschuleinrichtung mit Elementen der WBS 70 sieht neben den Gruppenräumen als Hauptfunktionsbereichen und den zugeordneten Sanitär- und Garderobenbereichen einen Mehrzweckraum mit einer Grundfläche von insgesamt 60 m² vor. Dieser Mehrzweckraum erfüllt eine zentrale Aufgabe und steht allen Gruppen zur Verfügung. Da ein derartiger Mehrzweckraum noch nicht in allen Kindergärten vorhanden ist, mußten ausgehend von den entsprechenden wissenschaftlichen Untersuchungen über allgemeine Anforderungen, in Gesprächen mit Praktikerinnen aus Kindergärten die detaillierten Möglichkeiten zur unterschiedlichen funktionellen Nutzung ermittelt werden.

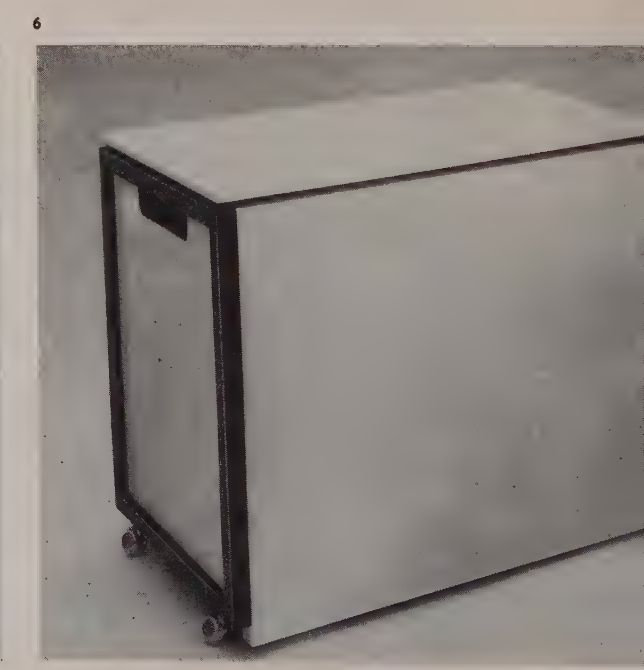
Dabei wurden als Hauptfunktionsmöglichkeiten herausgearbeitet:

- Turnen einzelner Gruppen bei ungünstiger Witterung
- Rollen- und Stegreifspiele, die über den Umfang einer Gruppe hinausgehen, oder innerhalb einer Gruppe, wenn die notwendigen Spielmittel über einen bestimmten Zeitraum stehenbleiben sollen

5



6



7

1
Lage des Mehrzweckraumes innerhalb der kombinierten Vorschuleinrichtung

Möblierungsbeispiele für unterschiedliche Nutzungsmöglichkeiten

2
Links: Sport
Rechts: Ausstellung von Kinderarbeiten

3
Links: Elternversammlung
Rechts: Rollenspiel

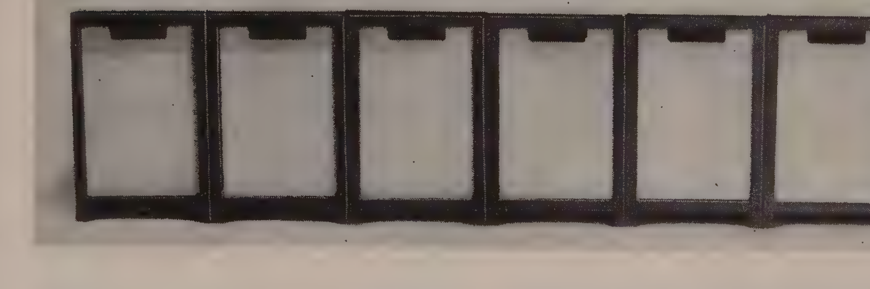
4
Links: Lichtbildervortrag
Rechts: Veranstaltung für das Personal

5
Tisch-Stuhl-Container mit aufgeschobener Tischplatte und eingestellten Klappstühlen

6
Ein Tisch-Stuhl-Container in unbenutztem Zustand

7
Tisch mit sechs Klappstühlen für die aktive Nutzung

8
Tisch-Stuhl-Container in der Reihung



8

- Gemeinschaftsveranstaltung mehrerer Kindergartengruppen
- Veranstaltungen der Kinder in Anwesenheit der Erzieher und Eltern
- Ausstellungen von Kinderarbeiten aus verschiedenen Bereichen
- Veranstaltungen für das Mitarbeiterkollektiv, Elternversammlungen (rund 40 Personen)

Die Notwendigkeit, diesen Raum sowohl ausschließlich für Kinder oder Erwachsene als auch für gemeinsame Veranstaltungen zu nutzen, erforderte für die Gestaltung des Mobiliars eine Konzeption, die für die unterschiedlichen Anforderungen optimale Gebrauchswerte bei vertretbarem ökonomischem Aufwand gewährleistet. Dabei wurde davon ausgegangen, daß die Nutzung durch die Kinder vorwiegend aktiv, durch die Erwachsenen dagegen passiv ist, und daß entsprechend der jeweiligen Nutzung eine optimale Fläche zur Verfügung steht — bei gleichzeitigem minimalem Platzaufwand für unbenutztes Mobiliar, das im Raum verbleibt.

Das Mobiliar des Mehrzweckraumes besteht aus

- einer Behälterstruktur, die der im Gruppenraum entspricht, jedoch durch entsprechende Zusatzelemente erweitert wurde
- Tischen — Stühlen — Containern
- einem System von sogenannten Selbstbauelementen, deren Einzelteile bei Nichtbenutzung vorwiegend in der Behälterstrecke untergebracht werden.

Alle Funktionselemente entsprechen in der Konzeption der Gestalterscheinung denen des Gruppenraumes, um die Einheitlichkeit der Gestaltwirkung und bedingten Handhabung durch die Kinder zu gewährleisten.

Es wird davon ausgegangen, daß die Kinder die Stühle für den Mehrzweckraum selbst holen. Für die Nutzung des Raumes durch Erwachsene wurden spezielle Klappstühle entwickelt, von denen je sechs in einem sogenannten Tisch-Container untergebracht und durch die beidseitig vertikal aufgehängten Tischplattenteile verdeckt werden.

Für die Unterbringung dieser Stühle ist daher ein Minimum an Stellfläche erforderlich bei gleichzeitig staubfreier und ästhetisch einwandfreier Unterbringung (Stellflächenaufwand für sieben Tische und 42 Stühle $= 294\ m^2$).

Es ist kein zusätzlicher Lagerraum erforderlich, und die Raumgestaltung wird nicht beeinträchtigt. Die Container wirken in unbenutztem Zustand als kompakte Behältnismöbel und können gereiht als Ablage genutzt werden.

Die Selbstbauelemente bestehen aus dünnwandigen Flächen und Massivholzstollen, die durch einen Knoten und einen einfachen, von Kindern leicht zu handhabenden Plastbeschlag zu unterschiedlichen Spielsituationen oder Spielmitteln (z. B. Häuser, Kaufmannsladen, Garagen, Tunnel, Puppentheater), als optische Raumtrennungen, Exponatträger für Ausstellungen, Kulissen für Theateraufführungen u. ä. formiert werden können.

Ergänzt werden diese Teile durch in Folie eingeschweißte Würfelelemente (Kantenlänge 380 mm) aus Schaumpolystyrol, deren geringes Gewicht eine leichte Handhabung durch die Kinder gewährleistet.

Dieser Würfel kann auch mit den Stollen der Selbstbauelemente verbunden werden; er dient als Sitzgelegenheit für Kinder und Erwachsene, als Turngerät und ermöglicht die Bildung von Podesten für Theateraufführungen usw. Bei Nichtbenutzen können die Würfel platzsparend übereinandergestapelt werden.

Durch diese Selbstbauelemente ist es möglich, das Rollenspiel als Hauptbestandteil des Bildungsprozesses zur Wissensaneignung der Kinder aktiv zu unterstützen und im Vergleich zu bisher zur Verfügung stehenden Elementen eine höhere Qualität zu erreichen.

1

Zur Gestaltung des Freibereichs von Vorschuleinrichtungen

Prof. Diplomformgestalter Erwin Andrä
Hochschule für industrielle Formgestaltung
Halle – Burg Giebichenstein
Fachbereich Spielmittelgestaltung

Komplexthema:	Ausstattung einer Kindergarteneinheit
Teilthema:	Gestaltung des Freibereiches
Gestalter:	Helgard Mühlig Petra Leichsenring
Betreuer:	Prof. Diplomformgestalter Erwin Andrä

Im Fachbereich Spielmittelgestaltung der Sektion III unserer Hochschule wurde der Freibereich eines Kindergartens als Teil einer komplexen Gestaltungsarbeit zur Ausstattung einer Kindergarteneinheit auf der Grundlage der WBS 70 konzipiert und gestaltet.

An der Lösung der Aufgabe waren zwei Studentinnen des vierten Studienjahres beteiligt, deren Aufgabe weiterhin in der Entwicklung und Gestaltung von Spielmitteln bzw. Gerätesystemen zur Unterstützung und Förderung des Bewegungs- und des Rollenspiels bestanden.

Ausgangspunkt aller Überlegungen und analytischer Untersuchungen war die Fragestellung, wie Kinder im Kindergarten durch das Spiel und die Beschäftigung im Freien die Erziehungs- und Bildungsziele in einer höheren Qualität erreichen können und wie die besonderen Möglichkeiten, die das Spiel, die Beschäftigung und die Arbeitstätigkeit im Freibereich zur Persönlichkeitsbildung am effektivsten genutzt werden können.

Diese Zielstellung sollte durch eine sinnvolle Gestaltung der zur Verfügung stehenden Fläche und durch die Neukonzipierung und Gestaltung interessanterer Geräte und Spielmittel erreicht werden. Weiterhin wurden die Standards für Spielplätze der Typenkatalog-Kinderspielplatzgeräte und die Erfahrungen von Experten kritisch analysiert.

Als Konsultationspartner standen die Pädagogische Akademie, die Fachschule für Kindergärtnerinnen in Halle und das Sportgerätewerk Karl-Marx-Stadt zur Verfügung.

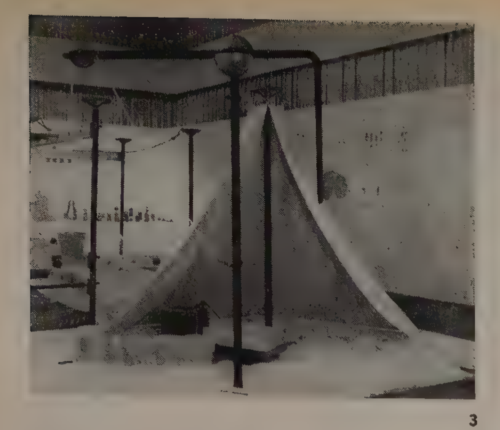
Die Gestalter verstanden ihre Aufgabe uneingeschränkt als Sachwalter der Kinder und als einen Beitrag zur Unterstützung des Bildungs- und Erziehungsprozesses im Kindergarten.

Alle Teilschritte dienten der Erreichung dieser Zielsetzung. Dabei versteht sich von selbst, daß alle Überlegungen und Vorschläge unter dem Gesichtspunkt günstiger ökonomischer und technologischer Bedingungen erarbeitet wurden. Vor der Konzipierung der Freifläche galt es, die Frage nach der Funktion des Freiraumes zu beantworten.

Sollen die Beschäftigungen und Spiele, die im Normalfall im geschlossenen Raum des Kindergartens durchgeführt werden, bei entsprechendem Wetter lediglich in das Freie

2





3

1
Gestaltung der Freifläche und Zuordnung zum Gebäudekomplex

2
Variables System zur Unterstützung und Förderung der körperlichen Entwicklung der Vorschulkinder

3
Variables System zur Unterstützung und Förderung des Rollenspiels (Kran und als Zelt)

4
Variables System zur Unterstützung und Förderung der körperlichen Entwicklung der Vorschulkinder (Kletternetz, Hantelstrecke, Laufrad, Balancierbalken und Rundlauf)

4

verlegt werden, oder bieten die Beschäftigung und das Spiel im Freien weitere interessantere Möglichkeiten, die sich positiv auf die Persönlichkeitsbildung auswirken können (z. B. zeichnet man im geschlossenen Raum auf relativ kleinformatige Blätter, während im Freiraum großformatiges künstlerisches Gestalten an Wänden und auf Fußbodenflächen möglich ist)? So bietet das Zeichnen und Gestalten im Freien weitaus größere Möglichkeiten zur künstlerisch-schöpferischen Auseinandersetzung mit der Umwelt und deren Gestaltung im Kollektiv.

Bei den konsultierten Pädagogen gab es dazu sehr unterschiedliche Auffassungen; die Autoren entschlossen sich deshalb, sowohl die Voraussetzungen zur Übertragung der Beschäftigung und des Spiels aus dem Raum in die Freifläche zu ermöglichen, darüber hinaus aber alle Vorzüge des Freiraumes mit seinen spezifischen Möglichkeiten zu nutzen.

Die Standards für Freibereiche gehen von einem Gruppenbetrieb aus; das bedeutet, daß für jede Kindergartengruppe gleichmäßige Ausrüstungen wie Sandkästen, Sitzgelegenheiten usw. vorhanden sein sollten. Im vorliegenden Fall bedeutete das, zehn einheitlich gestaltete und ausgerüstete Gruppenplätze zu schaffen. Um die besonderen Möglichkeiten des Freibereiches zu nutzen, wurden Vorschläge für eine differenzierte Gestaltung mit 15 unterschiedlichen Einheiten unterbreitet, also für einen „Stationsbetrieb", der den Besonderheiten der einzelnen Spiele gerecht wird, sie unterstützt und eine entsprechende Atmosphäre schafft.

Die Autoren gelangten zu der Überzeugung, daß der Stationsbetrieb keinen Widerspruch zum Gruppenbetrieb bilden muß. Diese Auffassung wurde von Theoretikern und erfahrenen Pädagogen der Kindergartenpraxis unterstützt und bestätigt, wenngleich festgestellt werden muß, daß es auch hierbei unterschiedliche Auffassungen gab und gibt.

Zweifellos erfordert der Stationsbetrieb eine höhere Form der Planung und Organisation des Tagesablaufes.

Zur Aktivierung und Bereicherung des Spiels sowie der Gliederung und Gestaltung der Fläche wurde ein Spielberg konzipiert. Durch diese Anlage entsteht auf relativ kleiner Grundfläche eine wesentlich größere Spielfläche mit interessanten Möglichkeiten für das Bewegungs- und Rollenspiel. Im Abwägen zwischen einer leichteren Pflege des Geländes und der Optimierung von Spielmöglichkeiten wurde der zweiten Überlegung der Vorzug gegeben.

Die erarbeiteten Vorschläge gehen von einer Optimalvariante mit 26,6 m² je Kind aus und schließen eine Minimalvariante mit 17,0 m² je Kind ein. In beiden Fällen gliedert sich der Boden in Rasen-, Sand-, Hartplatz- und Wegeflächen; weiterhin steht ein Terrassen- und Wasserbereich zur Verfügung. Dazu kommen Pflanzbeete für die Arbeitstätigkeit im Kindergarten.

Als Stationen wurden konzipiert:

Kletterbereich
Bewegungsspiel mit Fahrzeugen
Sandberg (vorwiegend zum Bauspiel)
Puppenecke
Theater
Puppentheater und Stegreifspiele
Mal-und Zeichenflächen
Flächen für Ball- und Kreisspiele, Konstruktionsspiele
mehrere Plätze für unterschiedliche Beschäftigungen und eine
Erzählerecke, die auch zum Singen usw. genutzt werden kann.

Diese Stationen wären zugleich für einen begrenzten Zeitraum die Gruppenplätze für zehn Gruppen. Es erschien notwendig, ein Gerätehaus zu konzipieren, in dem folgende Funktionsbereiche untergebracht sind:

Platz für Hocker, Bänke, Stühle usw.
Platz für rund zehn fahrbare Geräte
Platz für Großraumspielzeug
Regale für kleinere Spielmittel und Werkzeuge
Werkplatz für Reparaturen an Spielmitteln und Geräten.

Der Entwurf für das Gerätehaus sieht eine vorgebaute Wand als Unterbringungsmöglichkeit für Puppen-, Stegreif- und Verkaufsspiele vor. Zwei Wände wurden für das Malen und Zeichnen vorgesehen. Die entwickelten Spielgeräte bestehen aus einem System von Einzelelementen, die untereinander variabel kombinierbar sind. Damit können die verschiedensten Spielgeräte sowohl für das Bewegungsspiel als auch für das Rollenspiel zusammengestellt werden. Das System ist in Größen und Abmessungen den Körpermaßen der Vorschulkinder angepaßt. Es kann vom Kind allein nicht aufgebaut und umgestellt werden; hierbei müssen die Erzieherinnen helfen.

In der Freifläche sind dafür Fundamente im Rastermaß 2 m × 2 m vorgesehen, in die die Trägerelemente eingesetzt werden, an denen alle Funktionselemente befestigt werden können. Zur Unterstützung des Turnens und des Bewegungsspiels können unterschiedliche Varianten zusammengestellt werden, um z. B. Klettern, Balancieren, Kriechen, Hangeln und Schaukeln zu können. Dabei kann das System den unterschiedlichen Größen der Kinder und verschiedenen Schwierigkeitsgraden angepaßt werden.

Zur Förderung, Anregung und Unterstützung des Rollenspiels wurde das System vor allem in Richtung des Bauspiels ausgelegt. In Verbindung mit dem Spielberg eignet es sich besonders als Transportspielmittel (z. B. als Seilbahn, Kran oder Förderband). Ebenso sind einfache Zelte und eine Vielzahl anderer Möglichkeiten zur Unterstützung des Rollenspiels aufzubauen. Das System wird dafür mit einem mobilen Element, einem kugelgelagerten Element, an der Aufnahmemöglichkeiten für andere Bauelemente angebracht sind, komplettiert.

Mit dem vorgestellten System, das auf dem Baukastenprinzip beruht, besteht die Möglichkeit, den Kindern und Erziehern für das Spiel und die Beschäftigung funktionell und in der visuellen Erscheinung wechselnde, den jeweiligen Erfordernissen entsprechende Geräte anzubieten. Für die Produktion wird mit diesem System die Möglichkeit geschaffen, eine rationelle Bauteilfertigung aufzunehmen, die an die Stelle der Produktion von fertigen Geräten, die in einer geringen Stückzahl produziert werden, treten kann.

Der Klub im Haus

Zu einigen Problemen der Kommunikation im Neubaugebiet

Hans Lühmann, Berlin



1

Die Architekten und Bauschaffenden unserer Republik betrachten es als ihr wesentliches Anliegen, den Bewohnern der von ihnen entworfenen und errichteten Städte und Wohngebiete günstige Bedingungen für ein harmonisches Zusammenleben, für Wohlbefinden und Lebensfreude zu schaffen. Die Ergebnisse der Architekturwettbewerbe legen dafür beredtes Zeugnis ab. Diese Aufgabe erhält in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft einen immer höheren Stellenwert. So formulierte Erich Honecker in seinem Schlußwort auf der 6. Baukonferenz: „Komplexer Wohnungsbau – das heißt mit einem Wort: weitere Ausgestaltung der gesellschaftlichen sozialistischen Beziehungen."

Die Hausgemeinschaften vieler Neubaublocks treffen sich im Vorkeller, bringen ihre Stühle mit, beschränken die Aussprache auf Organisatorisches und laufen baldmöglichst wieder auseinander. Diese Form des Beisammenseins in einer ungemütlichen Umgebung ist unbefriedigend. Sie wirkt sich auf die Qualität der gesellschaftlichen Beziehungen im Haus negativ aus. Das bessere Kennenlernen, das zwanglose Gespräch in einer angenehmen Atmosphäre führt letztlich zu guten Nachbarschaftsbeziehungen, zu gesellschaftlicher Aktivität, zum schnellen Heimischwerden im neuen Wohngebiet. Diese Erfahrung machten die Ausgestalter und Nutzer der seit elf Jahren in Berlin-Johannisthal, Springbornstraße 20, bestehenden Kellerbar, Bewohner eines viergeschossigen Blocks, der aus 48 Wohnungen besteht. Auch die Mieter der dreißig Zweizimmerwohnungen des Segments Nr. 16 einer zehn-



2

1
18geschossige Wohnbauten des Ensembles Holzmarktstraße

2
Hausklub im Kellergeschoß 1 : 100
1 Klubraum
2 Bastelraum
3 Wandbänke
4 Tische
5 Zugangsbereich
6 Küche
7 Schränke

3
Klubraum. Decke, Wandverkleidung, Tische und Bänke entstanden im „Mach-mit!"-Wettbewerb

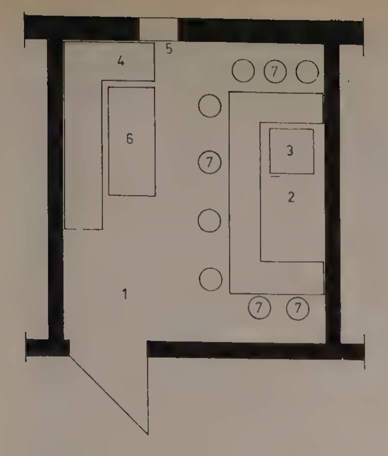
4
Beratung eines Elternaktivs im Hausklub

3



4





6

5

In der Springbornstraße 20 (Berlin-Johannisthal) besteht seit über 10 Jahren ein Hausklub als Kommunikationszentrum.

6

Hausklub 1 : 100

1 Tanzfläche
2 Bar
3 Kühlschrank
4 Eckbank
5 Fenster
6 Tisch
7 Barplätze

7

Blick in den Hausklub

8

Blick auf den Barbereich

5

geschossigen Wohnscheibe am Berliner Leninplatz, die ihren Kellerklub zielstrebig für gesellige, erbauliche und informative Zusammenkünfte nutzen, bestätigen das. Nicht zuletzt die Mieter des Hauses Holzmarktstraße 69, eines 18geschossigen Punkthauses in Berlin-Mitte, haben mit ihrem selbstgestalteten Klubraum (zu dem auch eine kleine Kaffeeküche, ein Waschraum, ein Bastelraum und WC gehören) eine wesentliche Voraussetzung für Veranstaltungen unterschiedlichster Art geschaffen.

Sozialistische Beziehungen entwickeln sich nicht von selbst. Wird der Neubaublock bezogen, stehen sich seine Bewohner in der Regel völlig fremd gegenüber. Je schneller dieses Fremdsein überwunden ist, um so eher fühlen sie sich in ihrer neuen Umgebung heimisch, denn in hohem Maße entscheidend für das Wohlbefinden der Menschen ist erfahrungsgemäß die Qualität der gesellschaftlichen Beziehungen. Erste Kommunikationsmöglichkeiten bieten sich im Aufzug, in der Kaufhalle, der Gaststätte, auf der Bank am Kinderspielplatz. Engere Kontakte ergeben sich beim gemeinsamen Zupacken im „Mach mit!"-Wettbewerb, bei Veranstaltungen der Hausgemeinschaften.

Eine Form der Begegnung im kleinen Kreis, des sich gegenseitigen Kennenlernens, der Festigung gutnachbarlicher Beziehungen hat sich in den Hausklubs entwickelt. Die räumlichen Voraussetzungen für Hausklubs sind in keinem Bebauungsplan erwähnt. Kein Projekt weist sie aus, im mehrgeschossigen Wohnungsbau nicht und nicht im vielgeschossigen. Sie entstehen durch Initiative der Mieter mit Unterstützung durch die Wohnungsverwaltung bzw. die AWG. Mehr oder weniger geeignete Kellerräume werden umgebaut. Die Bar mit ihren modernen und formschönen Einbauten, Bänke, Tische, Hokker sind das Ergebnis vieler gemeinsamer Arbeitsstunden der Mieter, unter denen sich meist ein Fachmann findet, der die notwendige handwerkliche Anleitung übernimmt.

Klubs dieser Art sind inzwischen überall dort entstanden, wo die Mieter ihre Interessen aktiv wahrnehmen. Und sie entwikkelten sich nicht als Ersatz für fehlende Konzerthallen, Gaststätten oder Betriebsklubhäuser. Sie erweisen sich in der Praxis der Hausgemeinschaften als eine notwendige und wünschenswerte Ergänzung zu den anderen Möglichkeiten, den Alltag in geselliger und geistig-kultureller Hinsicht sinnvoll und angenehm zu gestalten. Was ihrem Entstehen und ihrer Weiterentwicklung Grenzen setzt, sind die baulichen Bedingungen. Geeignete Räume müssen vorhanden sein, Wasseranschlüsse, Möglichkeiten der Entlüftung, der Installierung eines zusätzlichen WC in nicht allzugroßer Entfernung vom Klub. Die Mieter stehen in jedem einzelnen Fall vor einer Fülle von Problemen. Und nicht immer sind die Voraussetzungen vorhanden, ihrer Herr zu werden.

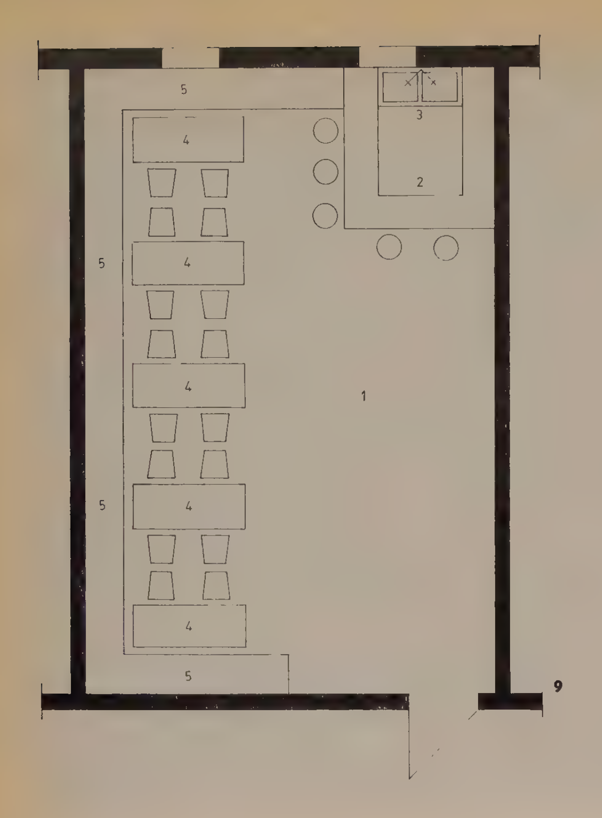
„Wir haben kein Recht, die Arbeit der Nationalen Front in den Keller zu verbannen", antwortete mir der Direktor eines Wohnungsbaukombinates auf die Frage, ob der Betrieb bereit sei, einen Teil des Kellers der

7



8





9
Hausklub 1 : 100
1 Tanzfläche
2 Bar
3 Spüle
4 Tische
5 Eckbank

10
Hausklub im Segment Nr. 16 am Leninplatz

11
Detail. Barbereich

Wohnscheiben so zu projektieren, daß es möglich ist, dort einen Klub einzurichten. Im Gegensatz zu vielen Hausgemeinschaften, die sich in ihrer selbstgestalteten Kellerbar sehr wohl fühlen, war der Mann vom Bau prinzipiell gegen Klubs im Keller. Er schlug vielmehr vor, für diese Zwecke einen Raum in der Erdgeschoßzone zu reservieren.

Dieser Vorschlag ist es wert, eingehend geprüft zu werden. Er sollte baldmöglichst in die Projektierungsunterlagen, in die Praxis einfließen. Denn: Ob im Keller oder im Erdgeschoß – der Hausklub wird für immer mehr Menschen zu einer notwendigen Stätte der Begegnung und der gegenseitigen Kommunikation. Die Mieter wollen nicht unbedingt eine mit allen technischen Raffinessen ausgestattete Bar vorfinden, wenn sie ihr Haus beziehen. Im Gegenteil. Oft wird der Wunsch spürbar, den Raum nach eigenen Vorstellungen zu gestalten. Hier spielt die Freude am Selbstgeschaffenen eine Rolle und die Tatsache, daß gemeinsame Erfolge die Kollektivität stärken.

Beim Ausbau des Raumes lernt man sich näher kennen. Daher sind die Hausgemeinschaftsleitungen bemüht, möglichst viele Menschen in die Arbeit einzubeziehen, auch jene, deren handwerkliche Fertigkeiten nicht über Gebühr entwickelt sind. Die Gespräche, die das gemeinsame Tun begleiten, lassen gemeinsame Interessen sichtbar werden. Und das Kennenlernen hat noch einen weiteren wesentlichen Aspekt: Hier wächst die Bereitschaft, sich gegenseitig zu unterstützen, beispielsweise die Kinder eines abwesenden Nachbarn für eine gewisse Zeit zu beaufsichtigen. Fremden hätte er seine Sorgen kaum anvertraut. Aber in der gemeinsamen Arbeit ist man sich nähergekommen. Einsatzbereitschaft, Leistung und Einblick in die menschliche Qualität des Nachbarn führen zum Wachsen des gegenseitigen Vertrauens. Er wird die Kinder seiner Obhut überlassen. Die Hausbewohner rücken näher zusammen, erkennen besser, wo geholfen werden muß.

So sind viele Klubs entstanden, so wurden sie Teil der Wohnbedingungen in vielen Neubaugebieten. Kurt Hager sagte in diesem Zusammenhang: „Eine große Rolle spielt als Bestandteil der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen für die Menschen ihre Wohnsituation: die Wohnung im engeren und die baulich-räumliche Umwelt im weiteren Sinn. Von ihrem Charakter hängen in hohem Maße die Möglichkeiten der Entwicklung und Befriedigung kultureller Bedürfnisse ab, sie beeinflussen weitgehend die Persönlichkeitsentwicklung." Der Einweihung der Klubs folgen weitere gesellige Veranstaltungen, Quellen der Entspannung nach des Alltags konzentrierter Tätigkeit.

Im Kellerklub entstehen auch oft Ideen für die gemeinsame Lösung von aktuellen Aufgaben: für die Pflege und Gestaltung der Grünflächen, der Kinderspielplätze, der Wege im Wohngebiet. Hier wird nicht die Freizeit des einzelnen „verplant". Er engagiert sich aus Freude an der Gestaltung seiner Wohnumwelt, nicht selten auch aus Interesse am „Ausgleichssport", den die Pflegearbeiten nun einmal mit sich bringen.

Bald schon haben sich – bei einem regen Klubleben – Gleichgesinnte zusammengefunden, Schach- und Skatfreunde, Literatur- oder Musikbegeisterte. Experten einer bestimmten Disziplin treffen sich zur kleinen Fachsimpelei, tauschen die neuesten Erkenntnisse und Erfahrungen aus. Aktuelle Ereignisse aus Tagespolitik und Wirtschaftsleben werden besprochen. Ausgehend von den Interessen der einzelnen erarbeitet die Hausgemeinschaftsleitung Vorschläge für das monatliche Klubprogramm. Sie ruft die Mieter auf, ihre Fähigkeiten und Kenntnisse entsprechend zur Programmgestaltung einzusetzen. Ein Lichtbildervortrag weckt Erinnerungen an den Urlaub, vermittelt Anregungen, Erfahrungen, konkretes Wissen über Land und Leute und nicht zuletzt auch Freude an schönen Fotos. Im Gespräch über innen- und außenpolitische Fragen wächst das politische Verständnis, bilden sich Schlußfolgerungen heraus für das Verhalten des einzelnen im Alltag unserer Republik.

Für größere Veranstaltungen steht den Nutzern der drei hier vorgestellten Klubs eine Gaststätte zur Verfügung. Es ist auch möglich, Säle für Wohngebietsveranstaltungen zu bekommen. Der Hausklub bleibt jedoch die kleinste, die intimste, bisweilen die wichtigste Stätte der Kommunikation. Sie möchten ihn nicht missen.

Die Praxis zeigt: Hier haben sich neue Formen der sozialistischen gesellschaftlichen Beziehungen entwickelt. Die Wohnungs- und Gesellschaftsbaukombinate werden Bedürfnissen dieser Art in Zukunft Rechnung tragen müssen. Allerdings nicht in der Form, daß in jedem Segment der WBS 70 ein perfekter Hausklub mit Bar und allem Komfort zum Standard gehören wird – im Gegenteil. Die gemeinsame Arbeit an der Gestaltung und Ausstattung des Hausklubs ist ein entscheidender Faktor. Und auch die staatlichen Normative müssen nicht zusätzlich strapaziert werden. Im Gegenteil – Holzverschläge, die nicht eingebaut sind, brauchen nicht herausgerissen zu werden. Notwendig aber ist dieses: einen Raum im Plan vorzusehen, der grundsätzliche Voraussetzungen für die Ausgestaltung zu einem Klubraum bietet, dessen Wände verputzt sind und der fachgerecht entlüftet werden kann.

Möglichkeiten der Kommunikation zu schaffen ist Anliegen des Architekten. Er wird diesem Anliegen auch dadurch gerecht, daß er den Klubraum in seine Projekte mit einbezieht. Ob dabei der Keller oder das Erdgeschoß zur Diskussion steht, diese Frage scheint mir zweitrangig zu sein. Sie muß von Fall zu Fall entschieden werden.

Probleme der Nutzung gesellschaftlicher Einrichtungen

Dipl.-Ök. Joachim Zacharias,
Bauakademie der DDR
Institut für Städtebau und Architektur

Die Wirksamkeit gesellschaftlicher Einrichtungen in Wohngebietszentren wird in entscheidendem Maße dadurch beeinflußt, wie es gelingt, die Probleme der Organisation dieser Einrichtungen und ihre Kooperation zu bewältigen. Es wäre jedoch falsch, diese Fragen einseitig als rechtlich-organisatorische Probleme anzusehen.

„Die dritte Ebene sozialplanerischer Qualität, die Lösung organisatorischer Probleme, wird gemeinhin nicht als städtebauliches oder architektonisches Problem betrachtet und findet deshalb in Bebauungskonzeptionen kaum Beachtung. Aber auch die beste bauliche Lösung wird damit volkswirtschaftlich uneffektiv, wenn die organisatorischen Probleme ihres zweckmäßigen Funktionierens ungelöst bleiben." (1)

Die Probleme der Nutzung gesellschaftlicher Einrichtungen und Zentren werden gegenwärtig von keiner Forschungseinrichtung komplex und kompetent bearbeitet. Fragen wie z. B. die der Entwicklung der einzelnen Einrichtungen hinsichtlich ihrer Eignung zur Kooperation und multifunktionalen Nutzung sind noch weitgehend ungeklärt.

Eine im Jahre 1974 durchgeführte Analyse der Organisation und Kooperation der Einrichtungen in gesellschaftlichen Zentren neuer Wohngebiete in Erfurt, Karl-Marx-Stadt, Eisenhüttenstadt, Jena und Bad Salzungen zeigte, daß sich die Aufgaben und der Betrieb der Einrichtungen in den gesellschaftlichen Zentren der neuen Wohngebiete nicht verändert haben. Sie unterscheiden sich nicht von Einrichtungen gleicher Art, die ihren Standort nicht im Wohngebietszentrum haben.

Der gegenwärtige Stand der Nutzung von Gebäuden gesellschaftlicher Einrichtungen weist nur in geringem Maße Formen der Kooperation auf. Am weitesten sind solche Kooperationsbeziehungen zwischen Einrichtungen der Gastronomie (einschließlich Schülerspeisung) und der Kultur entwickelt. Zur Organisierung der Schülerspeisung stellt die Gastronomie einen Raum zur Verfügung, der am Wochenende und auch in der Woche abends für Tanzveranstaltungen genutzt wird. Hierbei beschränkt sich die Mitwirkung des Bereichs Kultur auf Abstimmungen zwischen den einzelnen Veranstaltungen und ihrer Propagierung. In Jena-Lobeda und Karl-Marx-Stadt/Wohngebiet Hans Beimler ist der Bereich Kultur als Institution vertreten und verfügt über eigene Räume und Mitarbeiter.

Dort ist außerdem die Zusammenarbeit zwischen den Bereichen Kultur und Gastronomie entsprechend entwickelt. Diese Einrichtungen, besonders in Jena-Lobeda, können auch hinsichtlich der Organisation ihres Betriebes als Beispiel dienen. Zwischen den anderen Einrichtungen in den untersuchten Zentren gibt es keine Kooperation im Nutzungsprozeß; die Aufgabenstellung für jede einzelne Einrichtung wird gesondert erarbeitet. Es gibt keine zentrumstypische oder -spezifische Verschmelzung der Aufgaben dieser gesellschaftlichen Einrichtungen und keine Kooperation für ihre Aufgaben in Wohngebietszentren. Unseren Wohngebietszentren fehlt häufig noch — bei aller Vielfalt der baulichen Lösungen — die konsequente Planung auch der Verflechtung ihrer gesellschaftlichen Einrichtungen, bzw. gibt es hier nur einzelne Beispiele. Deshalb liegen auf „diesem Gebiet auch — von wenigen Ausnahmen abgesehen — keine verallgemeinerungsfähigen Erfahrungen zum Problem der Mehrzwecknutzung vor.

Es scheint, als sei für das gesellschaftliche Zentrum und seine Organisation und damit für die Gestaltung sozialer Prozesse im Wohngebiet niemand verantwortlich und in der Praxis ist eine solche Verantwortung auch nur global nachweisbar. Eine konkrete Aufgabenstellung durch die zuständigen örtlichen Organe würden den Prozeß der Organisation des Zentrums wesentlich voranbringen und beschleunigen. Als günstig hat sich erwiesen, wenn das zuständige örtliche Organ mit der Grundsatzentscheidung auch einen Beschluß über die Aufgaben und Funktionsbereiche des gesellschaftlichen Zentrums faßt. Unter Leitung eines Ratsmitgliedes — in der Regel dem Verantwortlichen für Kultur — wird ein „Rat des gesellschaftlichen Zentrums" gebildet, dem die Leiter aller Einrichtungen und gesellschaftlichen Organisationen angehören, die im Zentrum untergebracht werden sollen. Die rechtzeitige Beschlußfassung über die Aufgaben und die Bildung des gesellschaftlichen Rates tragen dazu bei, noch vor der Fertigstellung des Zentrums die anstehenden Probleme der Leitung und Organisation kollektiv zu lösen und die Zusammenarbeit der Einrichtungen im Zentrum sowie die Nutzung insgesamt vorzubereiten.

Für Einrichtungen, deren Betriebsablauf nicht exakt zu planen ist sowie für die Kooperation zwischen den Einrichtungen sollte durch Planspiele die Nutzung vorbereitet und so bisher übliche, spätere Anpassungen, wie sie sich bisher häufig in der Praxis bei multifunktioneller Nutzung ergeben, weitgehend eingeschränkt werden. Vor Inbetriebnahme des Zentrums wird eine für alle Nutzer (2) verbindliche Nutzungsordnung durch das örtliche Organ erlassen, die die Rechte und Pflichten der einzelnen Nutzer festlegt. Die Leiter der im Zentrum vertretenen und miteinander kooperierenden Einrichtungen bilden ein Gremium, das sich zu wöchentlichen Beratungen und Abstimmungen über die Probleme der gemeinsamen Arbeit trifft und verbindliche Entscheidungen fällt. Leiter dieses Gremiums sollte der Verantwortliche für Kultur im gesellschaftlichen Zentrum sein. Probleme, über die keine Einigung erzielt werden konnte, werden dem „Rat des gesellschaftlichen Zentrums" zur Beratung und Entscheidung vorgelegt. Die Einbeziehung der gesellschaftlichen Kräfte des Wohngebietes könnte zur Erfüllung dieser Aufgaben wesentlich beitragen. Zu diesem Zweck empfiehlt es sich einen Beirat zu bilden, der maximal 12 bis 15 Personen umfaßt. Diesem Beirat sollten angehören:

- Vertreter des WBA der Nationalen Front und anderer gesellschaftlicher Organisationen (FDJ, DFD usw.)
- Abgeordnete der örtlichen Volksvertretung
- Mitglieder der ehrenamtlichen Handelskommissionen bzw. Versorgungsaktive
- Vertreter der Elternbeiräte der Schulen des Wohngebietes.

Hauptaufgabe des Beirates sollte die Mitwirkung bei der Verwirklichung des vom örtlichen Staatsorgan gefaßten „Beschlusses über die Aufgaben und Funktion des gesellschaftlichen Zentrums" sein.

Außerdem könnte er besonders mitwirken in der Öffentlichkeitsarbeit und bei der Lösung von anstehenden aktuellen Problemen. Die Analyse zeigte auch, daß bisher eine Reihe von Faktoren nicht genügend beachtet wurden, die sich negativ auf die Bereitschaft zur Kooperation und Mehrzwecknutzung des Gebäude und Anlagen sowie zur Übernahme der Rechtsträgerschaft auswirkten. Auf Grund mangelnder Erfahrungen auf diesem Gebiet erhielten die Nutzer bisher teilweise Gebäude, Anlagen und Ausrüstungen zur Nutzung, die nicht ihren Vorstellungen und Voraussetzungen entsprachen. Im gesellschaftlichen Zentrum am Leninplatz in Bad Salzungen z. B. ist keine exakte Abgrenzung der laufenden Kosten (Strom, Wasser, Heizung,) zwischen den einzelnen Einrichtungen möglich. Die Kosten werden, da keine separate Messung des Verbrauchs vorgesehen wurde, pauschal auf die einzelnen Nutzer umgelegt.

Die Übernahme der Rechtsträgerschaft von kombinierten Einrichtungen wird gegenwärtig häufig von den Nutzern und anderen dafür in Frage kommenden Organen abgelehnt. Gründe dafür bestehen darin, daß ein geeigneter eigener Verwaltungs- und Betreuungsapparat in dem dafür erforderlichen Umfang nicht zur Verfügung steht. Es müßte auf fremde Kapazitäten, besonders bei Reparaturen und Instandsetzungen zurückgegriffen werden, was zu einem unverhältnismäßig großen, nicht vertretbaren Arbeitsaufwand führen würde. Die gegenwärtige Rechtslage auf diesem Gebiet gibt den Organen weitere Argumente, die Übernahme der Rechtsträgerschaft abzulehnen.

Außerdem war festzustellen, daß die Rechtsträger bisher keinen oder nur ungenügenden Einfluß auf das Investitionsgeschehen hatten. Sie wurden erst spät oder gar nicht über die zu übernehmenden Objekte informiert und hatten so kaum Möglichkeit entsprechend ihrer spezifischen Bedingungen Einfluß zu nehmen. Der Rechtsträger war daher nicht oder nur ungenügend in der Lage sich auf die speziellen Probleme des Gebäudes und der Anlagen einzustellen und Mitarbeiter entsprechend zu qualifizieren. Unter diesen Bedingungen kann sich der Rechtsträger nur sehr pauschal auf die speziellen Probleme der Nutzer einstellen.

Daraus ergeben sich die Forderungen:

- dem Rechtsträger rechtzeitig alle erforderlichen Unterlagen zu übergeben, ihn kontinuierlich und rechtzeitig in den Informationsprozeß zum Investitionsablauf einzubeziehen. Zwischen den künftigen Nutzern und den Rechtsträger sind rechtzeitig Informationen über gegenseitig interessierende Fragen auszutauschen
- der Rechtsträger ist bei der Vorbereitung und Qualifizierung seiner Mitarbeiter durch alle Beteiligten zu unterstützen
- die Festlegung des Rechtsträgers für Gebäude und Anlagen muß in der Phase der Erarbeitung der Investitionsvorentscheidung (IVE) erfolgen und Bestandteil der IVE und ihrer Bestätigung durch das zuständige örtliche Organ sein.

Häufig ist es noch so, daß nach Fertigstellung des Objekts von den übergeordneten Organen Rechtsträger auf dem Wege der Weisung bestimmt wurden bzw. In besonders krassen Fällen sogar, daß Einrichtungen seit Jahren Gebäude und Anlagen nutzen, für die es keinen Rechtsträger gibt.

Hinsichtlich der Übernahme der Rechtsträgerschaft an Gebäuden und Anlagen kombinierter gesellschaftlicher Einrichtungen und Zentren bieten sich in der augenblicklichen Situation drei Möglichkeiten an:

1. Der Hauptnutzer oder ein Nutzer, der über gute Voraussetzungen hinsichtlich des Verwaltungs- und Betreuungsapparates verfügt, wird Rechtsträger. Der Vorteil dieser Lösung liegt in der Möglichkeit effektiverer Nutzung. Im Prozeß der Entwicklung notwendig werdende Veränderungen an Gebäuden und Anlagen müssen nicht erst mit dem Rechtsträger in meist langwierigen Verhandlungen abgestimmt werden.

2. Der VEB Gebäudewirtschaft bzw. die KWV wird Rechtsträger. Dieser Vorschlag hat den Vorzug, daß ökonomisch sinnvolle Verwaltungs- und Werterhaltungseinheiten gebildet werden können. Zwischen den einzelnen dieser Einheiten ist ein höherer Spezialisierungsgrad möglich. Nachteilig wirkt sich aus, daß Nutzung und Rechtsträgerschaft nicht in einer Hand liegen. Da die Interessen von Rechtsträger und Nutzer nicht immer identisch sind, kann es bei notwendig werdenden Veränderungen, Reparaturen usw. zu Verzögerungen und unterschiedlichen Meinungen kommen.

3. Es wird ein neuer Betrieb gegründet, der die Rechtsträgerschaft übernimmt. Gleichzeitig könnten von diesem Betrieb bestimmte zentrale Funktionen übernommen und allen Nutzern als Dienstleistungen angeboten werden (z. B. Reinigung, Telefonzentrale, Wachdienst). Der Vorteil dieser Variante liegt darin, daß hier ein Betrieb entstände, der auf die Verwaltung gesellschaftlicher Einrichtungen und Dienstleistungen für diese spezialisiert ist. Nachteilig würde sich auch hier das Nutzer—Rechtsträgerverhältnis auswirken.

Die zu wählende Lösung ist u. a. abhängig von:

- den örtlichen Bedingungen
- der Art und Größe des Zentrums
- dem Grad der Integration und Kooperation im Zentrum.

Alle drei Varianten sind gegenwärtig in der Praxis anzutreffen. In einigen Zentren treten auch die Varianten eins und zwei gleichzeitig auf, d. h. ein Teil der Gebäude wird vom Nutzer (HO), der andere Teil und bestimmte Anlagen von der Gebäudewirtschaft verwaltet. Für größere Städte mit mehreren gesellschaftlichen Zentren und Einrichtungen mit hoher Verflechtung in der Nutzung dürfte Variante drei die optimale Lösung darstellen. Um zu weiteren und detaillierten Aussagen zu gelangen, wäre es notwendig, Untersuchungen über den Reproduktionsprozeß der Grundfonds in gesellschaftlichen Einrichtungen sowie über die Aufgaben und optimale Größe von Betrieben zur Verwaltung gesellschaftlicher Einrichtungen vorzunehmen.

Besondere Aufmerksamkeit ist bei der Planung der Mehrzwecknutzung von Räumen und Anlagen den Fragen der Hygiene zu widmen. In Karl-Marx-Stadt/Zentrum des Wohngebietes Hans Beimler wurde die gemeinsame Nutzung von Sozialräumen und im Kulturhaus in Jena-Lobeda die Benutzung der Laderampe und bestimmter Transportwege durch den Gaststättenbereich dem Bereich Kultur von der Hygieneinspektion untersagt.

Gegenwärtig werden von verschiedenen Organen Anstrengungen unternommen, die Zusammenarbeit sowohl in der Investitionsphase als auch in der Vorbereitung der Nutzungsphase zu verbessern. Durch einige Hauptauftraggeber werden Regelungen und Rahmenverträge erarbeitet, die die Beziehungen zwischen den Partnern in der Phase der Vorbereitung und Durchführung der Investitionen klären und auf vertraglicher Basis regeln sollen.

Anmerkungen

(1) Kulturelle Interessen und Freizeiteinrichtungen in neuen Wohngebieten.
Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau und Architektur 1973 (unveröff. Manuskript)

(2) Als Nutzer werden die Einrichtungen bezeichnet, die als Institutionen im gesellschaftlichen Zentrum vertreten sind (z. B. Gaststätte, Bibliothek, Post).



INFORMATIONEN

Bund der Architekten der DDR

Wir gratulieren unseren Mitgliedern

Architekt Joachim Weber, Berlin,
8. Februar 1926, zum 50. Geburtstag

Architekt Kurt Butzmann,
Potsdam-Babelsberg,
9. Februar 1926, zum 50. Geburtstag

Architekt Hochbauingenieur
Alfred Rämmler, Leipzig,
9. Februar 1911, zum 65. Geburtstag

Gartenarchitekt Herbert Spaete, Leipzig,
12. Februar 1896, zum 80. Geburtstag

Architekt Paul Große, Wusterwitz,
19. Februar 1911, zum 65. Geburtstag

Architekt Ingenieur Paul Starke,
Wernigerode,
23. Februar 1906, zum 70. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Martin Halwas,
Rostock,
26. Februar 1926, zum 50. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Reinhard Sylten,
Berlin,
28. Februar 1926, zum 50. Geburtstag

Bücher

Schloß und Park Burgscheidungen im Unstruttal

Hrsg. von Hans Berger

1. Auflage
Union Verlag Berlin 1975

224 Seiten, 112 Abbildungen, davon 100 Fotos und 12 Strichzeichnungen, Leinen, EVP: 17,20 M

Das vorliegende Buch ist – und dies sei gleich vorweg bemerkt – eine auf umfangreiches Quellenstudium gestützte, tiefschürfende Gemeinschaftsarbeit von vier Wissenschaftlern. Die Anteile der Autoren heben sich in der gesonderten Behandlung von Spezialthemen deutlich voneinander ab. B. Schmidt untersucht die frühe Geschichte des Schloßberges und seiner Bebauung und gelangt unter Auswertung der überlieferten schriftlichen Quellen und der Grabungsbefunde zu der bisher durchaus nicht allgemein gültigen Erkenntnis, daß eine Burg Scheidungen nicht schon zur Zeit des Thüringerkönigs Irminfrid bestanden haben kann, sondern erst im Rahmen der Burgen- und Landesorganisation des fränkisch-karolingischen Staates im 8./9. Jahrhundert gegründet wurde. P. Findeisen und F. Bellmann beschäftigten sich in ihren Ausführungen mit dem Gewordensein und der noch heute erlebbaren Gestalt des Schlosses und seines landschaftlichen Umraumes. Die dem Bauherrn Levin Friedrich von der Schulenburg gewidmete Untersuchung H. Gringmuth-Dallmers erlaubt vertiefte Einsichten in den historischen Hintergrund und die gesellschaftspolitischen Bedingtheiten des Schloßbaus. Der abschließende Beitrag P. Findeisens zu den Burgen und Schlössern im Unstruttal schließlich will das Schloß Bugscheidungen in die an Denkmalen der Kunst und Kultur reiche Landschaft einordnen, gleichzeitig aber allen sich dem Unstruttal zuwendenden Kunstinteressierten eine Orientierungshilfe sein. Diese Absicht wird durch die beigefügte Kartenskizze unterstützt.
In seiner heutigen Gestalt bietet sich das Schloß als eine Vierflügelanlage dar, die einen Hof umschließt und im Norden von einem Terrassengarten begleitet wird. West- und Südflügel haben während der Umbauten um 1530 und um 1600 ihr Gepräge erhalten und bergen Teile aus noch älterer Zeit. Ost- und Nordflügel sind als Ergebnis einer über viele Stufen zu verfolgenden Planung seit 1724 errichtet worden. Den Hauptinhalt des Buches bilden die unter der Leitung des sächsischen Baumeisters David Schatz vorgenommenen baulichen und gartengestalterischen Maßnahmen des Hochbarocks. Diese werden in den beiden zentralen Kapiteln mit einer den Gesamtgegenstand wie das Detail gleichermaßen beachtenden Sorgfalt und exakter kunstwissenschaftlicher Methode (Beschreibung einer Analyse, Planungsgeschichte, Bauverlauf, Deutung, Wertung und Einordnung) dargeboten. Planungsstufen und Ergebnis des Schloßbaus und der Gartengestaltung sind in umfangreichen stilkritischen Vergleichen in die thüringische, sächsische und gesamtnationale Architekturentwicklung eingebunden. So bleibt der im Vorwort gegebene Hinweis, daß es sich bei dem Schloß um „eine der besten Leistungen barocker Baukunst in Mitteldeutschland", bei dem Park um das „bedeutendste Denkmal der Gartenkunst zwischen Harz und Saale" handelt, keine leere Formel. Wünschenswert und im Sinne des kulturpädagogischen Anliegens der Publikation wäre es allerdings gewesen, wenn anhand des konkreten Bauwerks die allgemeinen Gestaltungsprinzipien des Barocks deutlicher herausgearbeitet worden wären. Laien und in den Anfangsgründen der Baugeschichte sich mühende Studenten der Architektur und Kunstwissenschaft hätten es den Autoren zu danken gewußt.
Die eingangs formulierte Aufgabe des Buches, „eine der Lücken (zu) schließen und ein kaum bekanntes Baudenkmal von hohem Rang vorzustellen", haben die Autoren glänzend gelöst. Sie legten eine Monographie vor, die, unterstützt durch zahlreiche schöne Fotos und beigefügte Zeichnungen, ein lange Zeit unbeachtetes Gesamtkunstwerk des Barocks wieder der Aufmerksamkeit von Wissenschaftlern und kunstinteressierten Laien empfiehlt, aber auch der Baugeschichte des Barocks (z. B. durch die Darstellung von Werk und Leistung David Schatz) ein Stück weiterer Erhellung anzubieten vermag.

Dieter Dolgner

Literatur zur Intensivierung und Rationalisierung im Bauwesen

Zur Thematik „schneller, besser, effektiver bauen" gibt der VEB Verlag für Bauwesen 1976 folgende Neuerscheinungen heraus.

Lemser
Grundlagen der Mechanisierung und Automatisierung der Bauprozesse
1. Auflage, etwa 220 Seiten, Pappband, etwa 10,– M,
Bestellnummer: 561 604 4

Dieses Lehrbuch ordnet sich in die Literaturreihe „Technologie der Bauproduktion" ein, die für das Studium an den Hoch- und Fachschulen des Bauwesens herausgegeben wird.
Nach einem einleitenden Abschnitt über die Mechanisierung und Automatisierung als Entwicklungsstufen des Produktionsprozesses werden in weiteren vier Abschnitten die maschinentechnischen, automatisierungstechnischen, methodischen und ökonomisch-organisatorischen Grundlagen für die Mechanisierung und Automatisierung der Bauprozesse behandelt. Den Abschluß bilden zwei Abschnitte über Instandhaltung sowie technische Verfahren und Wirkungsweisen der Baumaschinen. Besonders wird auf die Vermittlung von Wirkung, Funktion, richtiger Auswahl und effektivem Einsatz der Baumaschinen Wert gelegt, deren Kenntnis den Technologen und Bauingenieur befähigt, die Bauproduktion gut vorzubereiten und zu leiten.

Pörschmann
Transport-, Umschlag- und Lagerprozesse im Bauwesen
1. Auflage, etwa 200 Seiten, 59 Abbildungen, 26 Tafeln, Pappband, etwa 9,– M,
Bestellnummer: 561 704 7

Diese Broschüre ist Bestandteil der bautechnologischen Lehrbuchreihe. Die Rationalisierung des Transports, des Umschlags und der Lagerung hat für die Intensivierung der Bauprozesse eine große Bedeutung. Es ist das Anliegen der Veröffentlichung, Hoch- und Fachschulingenieuren des Bauwesens das erforderliche Wissen über dieses Gebiet zu vermitteln insbesondere im Hinblick auf die Bildung von Transportketten und die Darstellung rationeller Transport- und Umschlagtechnologien.

Tänzer und Kollektiv
Planung im Baukombinat
1. Auflage, etwa 240 Seiten, Broschur, etwa 15,– M,
Bestellnummer: 561 670 6

In der Broschüre wird dargestellt, wie und mit welchen Mitteln und Methoden ein Jahresplan im Betrieb ausgearbeitet wird. Dabei gehen die Autoren aus von der Rolle der Planung als Instrument zur Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus. Bei der Darstellung der einzelnen Teilpläne wird gezeigt, welche Zusammenhänge zwischen ihnen bestehen und wie diese zusammengefaßt werden zum komplexen Betriebsplan. Durch den Bezug auf die neuesten methodischen Regelungen der Betriebs- und Volkswirtschaftsplanung erreicht die Veröffentlichung eine hohe Aktualität.
Leser dieser Broschüre werden sowohl Studierende an Hoch- und Fachschulen sein als auch Praktiker.

Tänzer/Haaß/Schneider
Komplexe Grundfondsreproduktion in der Bauindustrie
1. Auflage, etwa 160 Seiten, 24 Abbildungen, 21 Tafeln, Broschur, etwa 10,– M,
Bestellnummer: 561 669 3

Mit der zunehmenden Bedeutung der Grundfonds im Reproduktionsprozeß der Baubetriebe wird die Grundmittelwirtschaft zu einem wesentlichen Intensivierungsfaktor. Deshalb soll mit der vorliegenden Veröffentlichung die Arbeit der Spezialisten und Leiter auf diesem Gebiet qualifiziert werden, indem vor allem wesentliche Erkenntnisse und Erfahrungen vermittelt werden, insbesondere über die Grundmittelausnutzung, Instandhaltung, Aussonderung, Erneuerung und Erweiterung der Grundfonds.

Aus dem Buchangebot des VEB Verlag für Bauwesen empfehlen wir ferner:

Bochmann
Statik im Bauwesen
Band II: Festigkeitslehre, 9. Auflage

Clemens
Technische Mechanik für Bauingenieure
Band I: Statik des starren Körpers,
2. Auflage

Berichtigung:

Die Bearbeitungsgebühr für aufgeforderte Kollektive im Wettbewerb „Nördlich der Langen Straße in Rostock", die durch einen Satzfehler in Heft 12/75 nicht richtig angegeben wurde, beträgt je 2000,– M.

Kurzfassung	Содержание

DK 711.58: 725 + 727 (430.2)

Prendel, W.

Wohngebietszentren in der DDR 12

Architektur der DDR, Berlin 25 (1976) 1, S. 12 bis 16, 8 Abbildungen

Auf der Grundlage des Wohnungsbauprogramms der DDR werden in den kommenden Jahren zahlreiche neue Wohngebiete errichtet. Der Autor legt dar, wie die Qualität der Wohngebietszentren besonders für die Versorgung, die kulturelle Betätigung und die Freizeitgestaltung der Bewohner weiter erhöht werden kann und welche grundsätzlichen städtebaulichen, funktionellen und ökonomischen Bedingungen bei der Planung und Gestaltung zu beachten sind.

УДК 711.58:725 + 727 (430.2)

Prendel, W.

Центры жилых районов в ГДР

Architektur der DDR, Берлин 25 (1976) 1, 12—16, 8 илл.

Программа жилищного строительства в ГДР предусматривает возведение большого числа новых жилых районов в будущих годах. Автор показывает возможности дальнейшего повышения качества центров жилых районов, особенно в областях обслуживания, культурной деятельности и проведения досуга жителей. Указано на принципиальные градостроительные, функциональные и экономические требования, которые должны быть выполнены при планировании и организации.

DK 711.58: 725 + 727.001.2

Fernau, H.

Wohngebietszentren in der DDR – geplante und gebaute Beispiele 17

Architektur der DDR, Berlin 25 (1976) 1, S. 17 bis 23, 10 Abbildungen, 1 Schema, 2 Tabellen, 20 Lagepläne

20 Beispiele von Wohngebietszentren für 5000 bis 28 000 Einwohner werden hinsichtlich ihrer Ausstattung mit gesellschaftlichen Einrichtungen tabellarisch erfaßt und verglichen und fünf unterschiedlichen Zentrumsformen zugeordnet. Aus der Analyse ergibt sich, daß Kompaktbauten heute nicht mehr und Standortkonzentration von Einzelobjekten nur dann vertretbar sind, wenn diese aufeinander architektonisch abgestimmt werden. Zentren an Fußgängerachsen und Passagen haben sich bewährt. Als eine besonders günstige Form werden die Zentren eingeschätzt, für die ein individuelles, für einen konkreten Standort erarbeitetes Projekt vorliegt.

УДК 711.58:725 + 727.001.2

Fernau, H.

Центры жилых районов в ГДР — примеры планирования и практического выполнения

Architektur der DDR, Берлин 25 (1976) 1, 17—23, 10 илл., 1 схема, 2 табл., 20 планов расположения

Двадцать примеров центров жилых районов для 5 000 до 28 000 жителей составлены в таблицах и сравнены с точки зрения оснащения с общественными устройствами. На этой основе каждый из них включается в одну из пяти различных форм центров. Из анализа следует, что компактные сооружения в настоящее время дальше не могут быть справедлимыми. Концентрация отдельных объектов на местонахождения целесообразна только в том случае, когда эти объекти согласовываются с их архитектурой. Расположенные на магистралях пешеходов и пролетах центры оправдали ожидания. Возведенные на основе индивидуального, разработанного для определенного местонахождения центры считаются особо благоприятным решением.

DK 711.58: 725 + 727 711.112/.113

Uhlmann, H.; Schönfelder, W.

Städtebauliche Einordnung gesellschaftlicher Zentren in Neubauwohngebieten 24

Architektur der DDR, Berlin 25 (1976) 1, S. 24 bis 27, 4 Schemata, 2 Übersichten, 4 Tabellen

Durch die Konzentration gesellschaftlicher Einrichtungen an einem Standort wird erreicht, daß sie zeitsparend genutzt werden können, und daß die Attraktivität und die volkswirtschaftliche Effektivität der Zentren sich erhöhen. Als größter Einzugsradius für Wohngebietszentren wird eine Entfernung von 1000 m vorgeschlagen, als kleinster 600 m. Es wird zwischen Hauptzentren und (als deren Ergänzung) Nebenzentren unterschieden. Als Grundlage für die Ausstattung der Wohngebietszentren wurden Standardprogramme entwickelt, die die städtebauliche Planungsarbeit erleichtern.

УДК 711.58:725 + 727 711.112/.113

Uhlmann, H.; Schönfelder, W.

Градостроительное включение общественных центров в жилые районы-новостройки

Architektur der DDR, Берлин 25 (1976) 1, 24—27, 4 схемы, 2 ситуационные плана, 4 табл.

Концентрация на одном местонахождении позволяет использовать общественные устройства при экономических затратах времени. Привлекательность и народнохозяйственная эффективность центров увеличиваются. Предложены расстояния 1000 м как наибольший, и 600 м как наименьший радиусы влияния указанных центров. Различается между главными и (как их дополнением) побочными центрами. Стандартные программы, облегчающие работу градостроительного планирования, разработаны как основа оснащения центров жилых районов.

DK 725.71 + 725.83 + 725.84/.85

Kupenkowa, V.

Kombinierte Einrichtungen für Kultur, Gastronomie und Sport 28

Architektur der DDR, Berlin 25 (1976) 1, S. 28 bis 32, 5 Tafeln, 13 Abbildungen

Für die Gestaltung gesellschaftlicher Zentren von Wohngebieten sind Funktionseinheiten entwickelt worden, die zu verschiedenartigen Einrichtungen für Kultur, Gastronomie und Sport kombiniert werden können. Die vorgestellten Prinziplösungen umfassen als Teilbereiche: Gaststätten, Schülerspeisung, Klub- und Hobbyräume, Mehrzwecksaal, Bibliothek, Sporträume, Sauna und Wirtschaftsräume.

УДК 725.71 + 725.83 + 725.84/.85

Kupenkowa, V.

Комбинированные устройства культуры, гастрономии и спорта

Architektur der DDR, Берлин 25 (1976) 1, 28—32, 5 табл., 13 илл.

Разработаны функциональные единицы для организации общественных центров жилых районов, которые позволяют комбинирование в разновидные устройства культуры, гастрономии и спорта. Представленные принципиальные решения включают парциальные области: Рестораны, места питания школьников, помещения для клубов и самодеятельной любительской работы, универсальный зал, библиотеку, спортивные помещения, сауну и хозяйственные помещения.

DK 725.211.5

Biernath, P.

Kaufhalle im Wohnkomplex IX in Hoyerswerda 33

Architektur der DDR, Berlin 25 (1976) 1, S. 33 bis 36, 7 Abbildungen, 1 Grundriß, 1 Schnitt, 3 Lageskizzen, 3 Details

Diese Kaufhalle entstand als eingeschossiges Gebäude ohne Unterkellerung in der Leichten Geschoßbauweise des VEB WBK Cottbus. Für den Verkauf von Waren des täglichen Bedarfs stehen 890 oder 1000 m² Verkaufsraumfläche zur Verfügung, wobei die zweite Nutzungsstufe eine zentralisierte Verkaufsvorbereitung voraussetzt.

Durch eine klare funktionelle Lösung für die einzelnen Bereiche entstanden gute Einkaufsbedingungen für viele Bürger. Dem Personal stehen großzügig gestaltete Personal- und Sozialräume zur Verfügung. Der einfache, klar gegliederte Baukörper ist optimal mit anderen Gebäudeformen kombinierbar und ermöglicht den Anbau von Ergänzungssegmenten.

УДК 725.211.5

Biernath, P.

Торговый центр в жилом комплексе № IX в г. Хойэрсверда

Architektur der DDR, Берлин 25 (1976) 1, 33—36, 7 илл., 1 гориз. проекц., 1 черт. в разр., 3 эскиза расположения, 3 детали

Описанный торговый центр возведен как одноэтажное здание без подвала по способу легкого строительства нар. предпр. ВБК Котбус. Площадь для продажи товаров широкого потребления покрывает 890 или 1 000 кв.м., вторая степень использования обусловливает централизованную подготовку продажи. Ясные функциональные решения для отдельных секций создали хорошие условия покупки для граждан. Включены также обширные помещения для персонала. Простой, ясно расчлененный корпус может быть легко комбинирован с другими зданиями и позволяет пристройку дополнительных сегментов.

DK 727.111: 645.4.017

Geisler, W.

Rationelle Ausbaugestaltung einer Kindergartendoppelgruppe 42

Architektur der DDR, Berlin 25 (1976) 1, S. 42 bis 45, 11 Abbildungen

An der Sektion Produkt- und Umweltgestaltung der Hochschule für industrielle Formgestaltung Halle-Burg Giebichenstein wurde innerhalb einiger Teilthemen untersucht, wie eine Kindergartendoppelgruppe durch sinnvoll gestaltete Möbel zweckmäßiger genutzt werden kann. Im einzelnen werden beschrieben: eine platzsparende Doppelbetteinheit für acht Liegeplätze, containerartige mobile Behälter, verstellbare Kinderstühle, Spielelemente und die verbesserte Gestaltung des Sanitärbereiches.

УДК 727.111:645.4.017

Geisler, W.

Рациональная организация расширения двойной группы детского сада

Architektur der DDR, Берлин 25 (1976) 1, 42—45, 11 илл.

Сотрудники секции оформления продуктов и окружной среды на Вузе индустриального оформления в г. Галле-Бург Гибихенштейн исследовали возможность более целесообразного использования двойной группы детского сада путем оптимально оформленной мебели. Описаны в отдельности: Малогабитная единица двойных коек на 8 местах, контейнервидные вместилища, регулируемые стулья, элементы для игр и улучшенная организация санитарной секции.

Summary	Résumé

DK 711.58 : 725 + 727 (430.2)

Prendel, W.

Centres of Housing Areas in the GDR

Architektur der DDR, Berlin 25 (1976) No. 1, pp. 12–16, 8 illustrations

Many new housing areas are going to be completed in the forthcoming years under the National Housing Programme of the GDR. Reference is made to possibilities for improvement in constructional quality, general standards of buildings and layout, services of all kinds, including cultural activity and leisure, as well as design, functionality, and economy parameters.

12

DK 711.58 : 725 + 727 (430.2)

Prendel, W.

Centres des zones d'habitation en RDA

Architektur der DDR, Berlin 25 (1976) 1, p. 12–16, 8 figures

Sur la base du programme de la construction des habitations en RDA, un grand nombre de zones d'habitation nouvelles sera prévu dans les années qui viennent. L'auteur explique les possibilités d'une amélioration de la qualité des centres des unités de voisinage, tout particulièrement dans les domaines de l'approvisionnement, des activités culturelles et de l'organisation du temps libre des habitants, et les conditions urbanistiques, fonctionnelles et économiques qui devraient être prises en considération pendant la planification et l'aménagement des centres.

DK 711.58 : 725 + 727.001.2

Fernau, H.

Planned and Completed Centres of Housing Areas in the GDR

Architektur der DDR, Berlin 25 (1976) No. 1, pp. 17–23,
10 illustrations, 1 diagram, 2 tables, 20 layouts

Twenty examples of community centres for populations between 5,000 and 28,000 are tabulated, compared, and coordinated with five different blueprints or categories for the construction of centres. Dwelling equipment and community services are the criteria for comparison. An analysis shows that monoblock designs can no longer be justified and that dense concentration of single structures on one and the same site is not justifiable unless architectural harmonisation is achieved of all projects involved. The location of centres close to pedestrian areas and passages has worked quite well. Very positive assessment is made of those centres which have in focus a somewhat unique project designed for that particular site and, consequently, adding to the identity of the place.

17

DK 711.58 : 725 + 727.001.2

Fernau, H.

Centres des zones d'habitation en RDA – exemples planifiés et réalisés

Architektur der DDR, Berlin 25 (1976) 1, p. 17–23,
10 figures, 1 schéma, 2 tables, 20 tracés

Vingt exemples des centres de zones d'habitation pour 5000–28000 habitants sont résumés, relatifs à leur équipement avec des bâtiments publics, dans les tables, comparés et associés à cinq formes différentes des centres. Il résulte de l'analyse, que les bâtiments compacts ne sont plus acceptables à présent et que les concentrations des sites de bâtiments individuels ne sont justifiées que dans le cas de leur adaptation architectonique. Des centres aux axes des piétons et des passages se jouissent d'une grande popularité. Les centres pour lesquelles il y a un projet individuel élaboré pour un site spécifique sont considérés comme une forme particulièrement avantageuse.

DK 711.58 : 725 + 727 711.112/.113

Uhlmann, H.; Schönfelder, W.

Community Centres – Their Smooth Incorporation in New Housing Areas

Architektur der DDR, Berlin 25 (1976) No. 1, pp. 24–27,
4 diagrams, 2 surveys, 4 tables

Site concentration of community services buys time and money and adds to both the attractiveness and economy of a centre. Journeys between homes and central areas should not be londer than 1,000 m and not shorter than 600 m. A differentiation is proposed between main centres and (complementary) sub-centres. The range of services provided for centres can be based on standard programmes which were developed to facilitate urban planning.

24

DK 711.58 : 725 + 727 711.112/.113

Uhlmann, H.; Schönfelder, W.

Intégration urbanistique des centres publics dans les zones d'habitation nouvelles

Architektur der DDR, Berlin 25 (1976) 1, p. 24–27,
4 schémas, 2 aperçus, 4 tableaux

Grâce à la concentration des bâtiments publics à un même site il devient possible de les utiliser à une façon économique. En outre, l'attractivité et l'efficacité économique des centres augmentent. Une distance de 1000 mètres est proposée comme rayon d'influence le plus grand des centres dans les zones d'habitation, et 600 mètres sont considérés comme le rayon d'influence le plus petit. On fait la distinction entre les centres principaux et les centres secondaires (supplémentaires aux premiers). Des programmes standardisés furent développés et seront la la base de l'équipement des centres des zones d'habitation tout en facilitant les activités de la planification urbanistique.

DK 725.71 + 725.83 + 725.84/.85

Kupenkowa, V.

Cultural Activity, Restaurant, and Sports under One Roof

Architektur der DDR, Berlin 25 (1976) No. 1, pp. 28–32,
5 tables, 13 illustrations

New functional units have been developed for community centres in housing areas. They can be combined according to local needs to include cultural activity, meals, and sports. Master solutions are proposed for restaurant services, school meals, clubs and hobby spaces, multi-purpose hall, library, gymnasiums, Finnish bath, and service rooms.

28

DK 725.71 + 725.83 + 725.84/.85

Kupenkowa, V.

Installations combinées de culture, des restaurants et du sport

Architektur der DDR, Berlin 25 (1976) 1, p. 28–32,
5 tableaux, 13 figures

Des unités fonctionnelles furent développées pour l'aménagement des centres publics. Ces unités peuvent être combinées aux installations les plus diverses de culture, des restaurants et du sport. Les solutions principales présentées dans l'article comprennent les domaines partiels suivants: restaurants, cantines pour les élèves, club et salles « hobby », salle à l'usage universel, bibliothèque, installations du sport, sauna finnois et locaux de service.

DK 725.211.5

Biernath, P.

Supermarket in Housing Estate IX of Hoyerswerda

Architektur der DDR, Berlin 25 (1976) No. 1, pp. 33–36,
7 illustrations, 1 floor plan, 1 section, 3 layouts

This supermarket is a lightweight single-storey structure with no cellar. The builders are VEB WBK Cottbus. Selling areas for every-day commodities are 890 sq.m or 1,000 sq.m, with some centralised sales preparation being required to make the bigger variant available.
Functions are distributed by a clear-cut pattern, which has provided good shopping conditions for many buyers. Generously laid out rest rooms and services are available for the personnel. The structure is simple, uninvolved, and it can be easily combined with other structural forms. Attachement of complementary wings or segments is possible.

33

DK 725.211.5

Biernath, P.

Centre d'achat dans l'unité de voisinage II, Hoyerswerda

Architektur der DDR, Berlin 25 (1976) 1, p. 33–36,
7 figures, 1 plan horizontal, 1 coupe, 3 esquisses du site, 3 détails

Ce centre d'achat est un bâtiment à un étage sans souterrain et construit par la méthode de construction légère qui fut développée par VEB WBK Cottbus. La vente des marchandises du besoin quotidien se déroule sur une superficie de 890 ou 1000 mètres carré, la deuxième phase de l'utilisation prévoit une préparation centralisée de la vente. Une solution claire fonctionelle des différents rayons a permis des conditions d'achat excellentes pour un grand nombre de citoyens. Le corps simple avantageusement divisé du bâtiment peut être combiné à une façon optima aux autres formes de bâtiments et rend possible l'annexion des segments supplémentaires.

DK 727.111 : 645.4.017

Geisler, W.

High-Economy Home Furnishing Ideas for Double-Group in Kindergarten

Architektur der DDR, Berlin 25 (1976) No. 1, pp. 42–45, 11 illustrations

Studies were conducted by the Product and Environment section at the Institute of Industrial Design of Halle, Burg Giebichenstein into better home furnishing for high-economy use of a double-group complex in a kindergarten. The following proposals are described in this paper: a space-saving double-bed unit for eight children, mobile containers, adjustable children chairs, toys, and improvement designs for sanitary installations.

22

DK 727.111 : 645.4.017

Geisler, W.

Achèvement intérieur rationnel d'un groupe double au jardin des enfants

Architektur der DDR, Berlin 25 (1976) 1, p. 42–45, 11 figures

Sur la base de plusieurs sujets partiels on a investigué, à la section de la configuration des produits et de l'ambiance, école supérieure de l'art appliqué dans l'industrie, comment on pourrait utiliser plus efficacement un groupe double au jardin des enfants par le développement des meubles qui se distinguent d'une configuration plus raisonnable. Les meubles suivants sont décrits; une couchette double permettant à huit enfants de se reposer, des caissons mobils du type container, des chaises d'enfant ajustables, des éléments de jeu et une configuration améliorée des équipements hygiéniques.



Jahresinhaltsverzeichnis 1975
XXIV. Jahrgang



Sachverzeichnis

Wohnungsbau und Wohngebiete

Planung, Intensivierung, Ökonomie

Gesellschaftliche Bauten

Bauten der Produktion

Aus sozialistischen Ländern

Diskussion

Aus der Tätigkeit des Bundes der Architekten der DDR

Bücher



Autorenverzeichnis



Index 31409